



ORIGINAL SOZIAL!

Kommunalprogramm

DIE LINKE.
Kreisverband Duisburg

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ihnen liegt unser aktualisiertes Kommunalprogramm vor. Es ist die verbindliche Arbeitsgrundlage für unsere Ratsfraktion, für unsere Bezirksvertreter und den Duisburger Kreisverband unserer Partei. Es berücksichtigt die programmatischen Dokumente der beiden Quellparteien, die sich 2007 zur LINKEN zusammengeschlossen haben. Eingeflossen sind die reichhaltigen Erfahrungen unserer Fraktion, die 1999 zum ersten Mal in den Duisburger Rat gewählt wurde. Eingearbeitet wurden zahlreiche Positionen und Forderungen der Bewegungen und Akteure unserer Stadt, mit denen wir zusammenarbeiten: Die Sozial-, Umwelt-, Migrantinnen- und die vielfältigen Emanzipationsbewegungen und nicht zuletzt die Gewerkschaftsbewegung.

DIE LINKE versteht sich als Programmpartei. Unser Programm umfasst dauerhafte politische Grundsätze und Ziele, aber auch aktuelle Einschätzungen und Forderungen. Unsere programmatischen Dokumente haben einen klaren Interessenbezug. Wir wollen die Interessen der abhängig Beschäftigten, der Rentner, der Frauen, der Jugend, der Ausgegrenzten und Benachteiligten zusammenführen, uns aber auch klar abgrenzen gegenüber denjenigen, deren Reichtum auf der Ausbeutung anderer beruht.

Unsere gemeinsam erarbeiteten und beschlossenen Programmdokumente stellen unsere Aktivitäten auf den verschiedenen staatlichen Ebenen (Kommune, Länder, Bund, EU) und politischen Handlungsfeldern in einen Zusammenhang.

Unsere programmatischen Dokumente werden ständig weiterentwickelt. Diese Weiterentwicklung ist gerade für DIE LINKE von größter Bedeutung. Programmdokumente müssen aktualisiert werden und die Erfahrungen und Forderungen der Menschen und fortschrittlichen Bewegungen aufgreifen. Nur wenn sich möglichst viele für ihre Interessen in Bewegung setzen, können Erfolge erzielt werden, können DIE LINKE und ihr Aktionsradius wachsen.

Unser Kommunalprogramm ist gewissermaßen unser „Kompass“, mit dem wir ein sozial gerechtes, demokratisches, umweltfreundliches, kulturell entwickeltes, emanzipiertes, lebens- und liebenswertes Duisburg erstreiten wollen. Eben: **Original sozial.** Wir laden Sie zur Mitarbeit ein, freuen uns auf Ihre Vorschläge und konstruktive Kritik. Wenn Ihnen unser Programm grundsätzlich zusagt, unterstützen Sie uns im Wahlkampf und helfen Sie, damit DIE LINKE gestärkt in Rat und Bezirksvertretungen einziehen kann. Für ein soziales, umweltgerechtes und städtebaulich zukunftsfähiges Duisburg lohnt sich der Einsatz.

Duisburg, im Dezember 2008
Kreisverband DIE LINKE Duisburg

Inhaltsverzeichnis

1.	Für demokratische und selbst verwaltete Kommunen	6
2.	Arbeits- und Sozialpolitik muss den Menschen dienen	11
3.	Demokratie demokratisieren	24
4.	Stadtentwicklung mit menschlichem Maß	32
5.	Frauen fördern statt benachteiligen	37
6.	Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten und ausbauen	45
7.	Chancengleichheit durch Bildungsoffensive herstellen	49
8.	Kinder und Jugendliche brauchen Zukunft	58
9.	Integration ist alternativlos	68
10.	Mobilität für alle bei geringer Umwelt- und Verkehrsbelastung	73
11.	Stadt barrierefrei gestalten	84
12.	Nachhaltiger Umwelt- und Ressourcenschutz	85
13.	Kulturpolitik für alle	98
14.	Neue Prioritäten im Sport	102
15.	Öffentliche Finanzen endlich neu ordnen	105

1. Für demokratische und selbst verwaltete Kommunen

Die sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse auf kommunaler Ebene prägen weitgehend unser Leben. An unsere Stadt Duisburg und andere Kommunen richten sich wesentliche Erwartungen: Bezahlbarer und komfortabler Wohnraum; ausreichende, gute und sichere Arbeitsplätze; gute verkehrliche Erschließung bei wenig Verkehrsbelastung und Lärm; Vorrang für ein Nahverkehrssystem mit günstigen Fahrpreisen, hoher Netzqualität und einfachen Tarifen; gute Kindertagesstätten, Schulen und Bildungseinrichtungen, ein umfassendes Gesundheitswesen; eine intakte Umwelt und gut erreichbare Naherholungsgebiete; vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, interessante und bezahlbare Kulturangebote, Sport-, Freizeit- und Gemeinschaftseinrichtungen für alle Alters- und Interessengruppen; bürgernahe Verwaltung; kostengünstige und ökologische sichere Abfallentsorgung; kurze Wege, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung usw.

Die Wirklichkeit bei uns und in zahlreichen Kommunen ist von diesen berechtigten Wünschen und Vorstellungen jedoch weit entfernt. Der neoliberale Kapitalismus durchdringt heutzutage fast alle Lebensbereiche. Alles soll zur Ware werden. Die Kaufkraft der Einzelnen, der Familien und Partnerschaften entscheidet mehr als je zuvor darüber, was wir uns leisten können, wie wir leben und was aus uns wird. Nach den neoliberalen Vorstellungen – die seit Jahren mehr oder weniger den Kurs der meisten Parteien bestimmen – soll der kommunale Aufwand möglichst gering sein, die Europa-, Bundes- und Landesvorgaben geräuschlos umgesetzt, das gesamte Leben weitgehend den Erfordernissen der Marktwirtschaft untergeordnet und von privaten Profitinteressen gesteuert werden. Infolgedessen wurde die kommunale Selbstverwaltung substanziell ausgehöhlt zugunsten der oberen staatlichen Ebenen. Ihre wirtschaftliche Eigenaktivität, alternative Formen von Dienstleistungen und Produktion sowie kulturelle Selbstbestimmung werden durch zahlreiche Gesetze und Verordnungen beschnitten und zurück gedrängt. Ideologische Kampagnen der interessierten Politik und mächtiger Medienkonzerne propagieren unablässig den angeblichen „Sachzwang Globalisierung“ und den neoliberalen Grundsatz „privat vor Staat“. Aufgrund der Finanzmisere, einschränkender Gesetze und neoliberaler Ordnungsvorstellungen geben die Kommunen durch immer weitere Privatisierungen demokratische Steuerungsinstrumente aus der Hand.

An den Kommunalwahlen nehmen immer weniger Menschen teil. Die Zahl der NichtwählerInnen ist oftmals schon größer als die der WählerInnen. Das ist die Quittung für die herrschende Politik des neoliberalen Parteienkartells von CDU, SPD, FDP und Grünen. Dahinter steht aber auch die Erfahrung, dass Kommunalpolitik den wirklich mächtigen Strukturen weitgehend ausgeliefert ist – privaten Unternehmerinteressen und der Landes- und Bundesebene. Große Teile der

zugewanderten Bevölkerung dürfen mangels Wahlrecht gar nicht an den Wahlen teilnehmen.

DIE LINKE findet sich damit nicht ab. Gesellschaftliche Frustration, Ohnmachtsgefühle, dauerhafte Wahlenthaltung und Ausschluss von Wahlen sind nicht nur unmenschlich, sie sind eine gefährliche Brutstätte für rechtspopulistische und neofaschistische Demagogie und mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar.

DIE LINKE unterwirft sich nicht den angeblichen Spar- und Sachzwängen, sondern deckt die Interessen auf, die dahinter stecken. Die schwere Finanzkrise und die herausziehende schwere Wirtschaftskrise haben erneut und schlaglichtartig deutlich gemacht, wessen Interessen in unserer Republik und in der EU Vorrang haben. Hunderte Milliarden Euro an Steuergeldern werden für Zockerbanken, Finanzjongleure und marode Konzerne zur Verfügung gestellt, während die berechtigten sozialen Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung als „Wünsch-Dir-was-Konzert“ abgetan werden. Forderungen nach Entschuldung der Kommunen werden als nicht finanzierbar zurück gewiesen. DIE LINKE kämpft für eine echte Selbstverwaltung der Kommunen und ein selbst bestimmtes Leben aller ihrer BewohnerInnen.

DIE LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die sich wehren und ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten wollen. DIE LINKE hat sich gegründet, um all denen eine Stimme zu geben, deren Interessen missachtet und übergangen werden. DIE LINKE will die Demokratisierung der Demokratie. DIE LINKE als Parteiorganisation ist vorrangig da aktiv, wo die Menschen leben und arbeiten: Im Stadtteil und in den Betrieben, an Schulen und Universitäten. Wir beteiligen uns an Kommunalwahlen, um auch in Rat und Bezirksvertretungen die Belange der arbeitenden Bevölkerung, ihrer Familien, die Interessen der Frauen, der Einwanderungsbevölkerung und der ausgegrenzten Minderheiten zu vertreten.

Unsere Kommunalpolitik wird die Grundsätze einer neuen sozialistischen Politik immer wieder deutlich machen:

- Unsere Kommunalpolitik ist demokratisch und emanzipatorisch. Sie ist darauf gerichtet, Entscheidungen partnerschaftlich zu treffen und umzusetzen bzw. Entscheidungen direkt der Gesellschaft zu übertragen. Dazu gehören die umfassende Information der Einwohnerschaft, öffentliche Versammlungen, bürgerschaftliche Beiräte auf allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern; umfassende Bürgerbeteiligung in Haushaltsfragen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu fairen Bedingungen.

- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz sozialer Gerechtigkeit geleitet. Chancengleichheit für alle in der Bildung und Ausbildung, im Berufsleben und bei der kulturellen Teilhabe haben für uns oberste Priorität. Soziale Sicherheit angesichts wachsender Lebensrisiken in allen Lebenslagen und -abschnitten ist für DIE LINKE programmatischer Kernbestandteil.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit geprägt. Ressourcenschonung, Natur- und Umweltschutz, die weitgehende Ablösung der Wirtschaft auf Basis fossiler Energieträger zugunsten umweltverträglicher Techniken und Verfahren sind zur Überlebensfrage der Menschheit geworden. Umweltschutz und soziale Sicherheit bilden für uns keinen Gegensatz, sondern eine Einheit.

DIE LINKE wird in ihrer Politik den Gegensatz von dem, was möglich ist, und dem, was von anderen nicht zugelassen wird, immer wieder aufdecken und Alternativen aufzeigen. Wir wollen mit allen Menschen, die sich uns anschließen und mit allen, die daran Interesse haben, gemeinsam für andere und bessere Verhältnisse kämpfen.

DIE LINKE will eine umfassende kommunale Selbstverwaltung, sie will Kommunen mit informierten und selbstbewussten EinwohnerInnen.

Zur Sicherung und zum Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge brauchen wir handlungsfähige, finanzkräftige Städte und Gemeinden. Dazu müssen das Gesamtsteueraufkommen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen neu aufgeteilt und ein kommunales Entschuldungsprogramm aufgelegt werden. Die kommunalen Aktivitäten und Ausgaben resultieren vor allem aus der Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen. Die Finanzausstattung für diese Aufgaben hat sich immer wieder als völlig unzureichend erwiesen. Vor allem diese – seit Jahrzehnten falsche und kommunalfeindliche Politik – hat zahlreiche Kommunen in die Schuldenfalle getrieben. Hinzu kommen zahlreiche örtliche Fehler und Fehlentwicklungen. Wir brauchen einen starken öffentlichen Sektor. Die Beschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung für die kommunale Ebene müssen zurück genommen und ihre Rechte erweitert werden. Der Versuch von EU-Kommission und NRW-Landesregierung, das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen zugunsten privater Banken auszuhebeln, darf keinen Erfolg haben. Die mit der Sparkassennovelle der Regierung Rüttgers bzw. CDU und FDP betriebene, schleichende Privatisierung muss verhindert werden. Neben der Entschuldung und besseren Finanzausstattung muss die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene durch weitreichende Mitbestimmungsrechte gegenüber den übergeordneten staatlichen Ebenen wiederhergestellt und gesichert werden.

DIE LINKE ist deshalb die Alternative zu den etablierten Parteien. Sie ist die Alternative gegen eine Politik der Verarmung, Ausgrenzung und Spaltung. DIE LINKE ist nach mehreren Jahrzehnten des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft die Alternative sowohl zu CDU und FDP, aber auch zu SPD und Grünen. Letztere haben unter den Regierungen von Schröder/Fischer vor allem die massiven Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme gesellschaftsfähig gemacht und mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen auf allen Ebenen, bis in die Kommunen, durchgesetzt.

LINKE Kommunalpolitik

Unsere kommunale Politik hat drei miteinander verbundene Bestandteile:

- Widerstand und Protest
- Politische Gestaltung
- Über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen

Für DIE LINKE ist gesellschaftlicher Protest, der Einsatz für soziale Verbesserungen, die Entwicklung von Reformalternativen unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinaus weisen, kein Gegensatz. Keiner dieser drei Aspekte wird zu Gunsten der anderen vernachlässigt werden.

Uns ist bewusst: Sozialistischer Kommunalpolitik sind Grenzen gesetzt, denn aus den Zwängen der Gesamtgesellschaft kann sich eine Kommune allein nicht lösen. Erst wenn ein einschneidender Politikwechsel auf Bundesebene eingeleitet worden ist, bestehen auch in den Kommunen hinreichende Voraussetzungen, um tief greifende Verbesserungen zu erreichen. Auf dem Weg dahin wollen wir auf kommunaler Ebene alles erreichen, was möglich ist und den gesamtgesellschaftlichen Politikwechsel mit vorantreiben.

Widerstand und Protest

DIE LINKE ermutigt und unterstützt gesellschaftliche Selbstorganisation, Widerstand und fortschrittliches bürgerschaftliches Engagement. Gemeinsam mit Initiativen, Vereinen und Verbänden protestieren wir gegen den Abbau sozialer Sicherungen und demokratischer Rechte, kämpfen wir für ihren Erhalt und Ausbau, wollen wir tariflich abgesicherte Arbeitsplätze erhalten und vermehren, wollen wir eine umfassende Bildungsreform, fördern wir Umwelt- und Naturschutz und wer-

ben öffentlich dafür, dass auch in den Kommunen die Weichen für ein soziales, nachhaltiges und emanzipatorisches NRW gestellt werden.

Wir wollen dazu beitragen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu verändern. Gemeinsam mit starken Kräften der Gewerkschaften, globalisierungskritischen und anderen sozialen Bewegungen, der Umweltbewegung, der Friedensbewegung und der Frauenbewegung, mit gesellschaftskritischen Initiativen und progressiven Vertretern aus Wissenschaft und Kultur stellen wir uns aktiv gegen den Neoliberalismus und alle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft. Als Partei werden wir die Anliegen und Aktivitäten dieser Bewegungen aufgreifen und mit unseren Möglichkeiten unterstützen. Unsere Mitglieder werden in diesen Bewegungen aktiv mitarbeiten, ohne sie zu instrumentalisieren.

Gerade in der Kommune wird nur etwas zu verteidigen, zu gestalten und durchzusetzen sein, wenn es genügend öffentlichen Druck gibt und wenn sich die Menschen für die Durchsetzung ihrer Belange selbst engagieren.

Gestaltung

Wir stehen in grundsätzlicher Opposition gegen diejenigen Kräfte, die in den Kommunen eine reaktionäre und neoliberale Politik betreiben. Gleichzeitig ergreifen wir immer und überall die Gelegenheit, um wirkliche Verbesserungen durchzusetzen.

Seit vielen Jahren treten wir mit unserem Engagement und mit unseren gewählten MandatsträgerInnen bereits den Beweis an: Wir unterstützen nicht nur berechtigte Proteste und halten gegen, sondern unterbreiten konkrete Vorschläge und werben für ihre Umsetzung. Unsere kommunale Arbeit zielt eben auch drauf ab, hier und heute die Lebenslage der Menschen zu verbessern.

Unsere Praxis beweist: Die VertreterInnen der LINKEN in den Räten, Bezirksvertretungen, Kreistagen und kommunalen Vertretungskörperschaften wollen sich nicht bereichern, sie beteiligen sich nicht an prinzipienlosem Kuhhandel, sondern engagieren sich für unser Programm an der Seite der Bevölkerung.

Die Erfolge der Partei DIE LINKE haben dazu geführt, dass das Thema soziale Gerechtigkeit bei den etablierten Parteien überhaupt erst wieder diskutiert wird und überall ein Thema ist. Dem Druck der LINKEN ist es zu verdanken, dass inzwischen Konzessionen gemacht wurden wie z. B. bei den Studiengebühren in Hessen, dem Kinder- und Wohngeld, bei der Versorgung mit Schulbüchern oder bei den Hartz-IV-Regelsätzen. Wann und wo immer die neoliberale Parteienallianz aus CDU, SPD, Grünen und FDP sich jedoch noch stark genug fühlt, wird die wirtschaftshörige Politik fortgesetzt. Um eine Politik im Interesse der Menschen zu

fördern, muss DIE LINKE flächendeckend und stark in die Parlamente und in die kommunalen Vertretungskörperschaften einziehen. Bei der Kommunalwahl 2009 bietet sich hierfür eine einmalige Chance, in Duisburg die Vorherrschaft der schwarz-grünen Koalition zu überwinden und einen sozialen Kurswechsel einzuleiten. Die folgenden Bundestagswahlen im Herbst und die Landtagswahlen 2010 in NRW können und müssen weitere Erfolge der LINKEN bringen.

Systemalternative

DIE LINKE formuliert in ihren programmatischen Eckpunkten den Anspruch, *„gemeinsam dafür zu streiten, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist“*. Diesen Auftrag wollen wir auch in der kommunalen Arbeit im Auge behalten: Wir wollen dazu beitragen, dass sich in der Bevölkerung das Bedürfnis nach einem grundlegenden Politikwechsel verbreitet und dafür wollen wir eine programmatische Orientierung geben.

Diese Politik der Selbstbestimmung und des Widerstands ist bunt und radikal; mitunter ist sie auch voller Widersprüche. Sie entspricht in keiner Weise den glatten Konzepten und technokratischen Modellen anderer Parteien. Aber sie hat all den anderen etwas voraus: Sie ist Leben.

Links schlägt nicht nur das Herz, links ist die Zukunft.

2. Arbeits- und Sozialpolitik muss den Menschen dienen

DIE LINKE will eine solidarische, demokratische und selbst bestimmte Gesellschaft, die beständig an der Herstellung von Bedingungen arbeitet, unter denen sich freie, selbstbewusste und befähigte Individuen heranbilden können.

Wir wollen, dass jeder Mensch ein Recht auf einen Erwerbsarbeits- und Ausbildungsplatz hat; in der alle Kinder das Recht haben, durch einen kostenlosen Zugang zu allen Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuwachsen; in der alle Menschen das Recht haben, in Würde alt zu werden.

Die Beseitigung von Massenerwerbslosigkeit und materieller Not zählt zu den entscheidenden gesellschaftlichen und politischen Zielen der LINKEN. Wir wollen die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, die Beendigung aller Formen von Lohndumping. Es muss sichergestellt werden, dass Erwerbslose ausschließlich an Unternehmen vermittelt werden, die tarifliche und gesetzliche Bestimmungen einhalten. Die Rente mit 67 muss wieder zurückgenommen und Maßnahmen zur

Verhinderung von Altersarmut getroffen werden. Wir wollen eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine gleichberechtigte Verteilung der unbezahlten und bezahlten Arbeit auf beide Geschlechter, um die Geschlechterdiskriminierung abzubauen. DIE LINKE will einen gesetzlich garantierten Mindestlohn von „8 Euro +“ im ersten Schritt und eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Std. bei vollem Lohn- und Personalausgleich, eine Ausbildungs Offensive für Jugendliche und ein kostenloses, umfassendes und effizientes Gesundheitssystem. DIE LINKE ist jedoch im Gegensatz zu den neoliberalen Parteien die einzige, die gleichzeitig sagt, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Privatbanken und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen zurückgedrängt wird. Davon wird abhängen, ob die in diesem Programm geforderten Alternativen durchgesetzt werden können.

Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitslose verwalten

Die Lebensverhältnisse in Duisburg sind entgegen der offiziellen Statistik von einer besonders hohen Arbeitslosigkeit geprägt. Unter Berücksichtigung sämtlicher bei der ARGE gemeldeten erwerbsfähigen Arbeitssuchenden liegt die Arbeitslosenquote bei mehr als 20 % sämtlicher erwerbsfähiger Personen zwischen 15 und 65 Jahren. Die in der letzten Zeit konjunkturell bedingte Zunahme an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Duisburg hat in erster Linie die Zahl der prekären und Leiharbeitsverhältnisse ausgeweitet, jedoch keine Arbeitsverhältnisse geschaffen, die mit einem Existenz sichernden Entgelt verbunden sind. Insbesondere haben die Arbeitsagentur und die ARGE in keiner Weise zu einem nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit in Duisburg beitragen können.

Duisburg ist nach wie vor wichtigster Stahlstandort in der Bundesrepublik. Doch auch in der Stahlindustrie geht die Arbeitsplatzvernichtung weiter. Gleichzeitig werden Beraterfirmen wie McKinsey oder Berger in den privaten Unternehmen, immer stärker auch in der öffentlichen Verwaltung, in Krankenhäusern, Ministerien usw. eingesetzt, deren Rationalisierungskonzepte in erster Linie zum Ziel haben, in immer stärkerem Maße Arbeitsplätze abzubauen und in der Sozialpolitik den Rotstift anzusetzen.

Insbesondere die Schließung von Schacht Walsum Mitte 2008 hat erneut mehrere tausend weitere Arbeitsplätze mit Auswirkungen im ganzen Ruhrgebiet gekostet. Zwar hat Duisburg in den letzten Jahren Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich (Verwaltungen, Büros, Lager- und Transportlogistik, Call-Center, Service und Gastronomie) hinzugewonnen. Dieser positive Beschäftigungseffekt wurde durch den Arbeitsplatzabbau in anderen Bereichen weitestgehend neutralisiert. Zudem sind gerade im Dienstleistungsbereich in erheblichen Ausmaß prekäre und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse entstanden, die die Menschen zwingen, zusätzlich

Hartz IV in Anspruch zu nehmen. Die heraufziehende Wirtschaftskrise droht die Erwerbslosigkeit wieder massiv ansteigen zu lassen.

Die Öffnung der Grenzen in Europa wird von vielen Unternehmen ausgenutzt, um die Arbeitskosten zu drücken und sich auf die Beschäftigung von Billigkräften zu verlegen. Die seit Mitte der achtziger Jahre betriebene gesetzliche Erleichterung von Leiharbeit trägt ebenfalls massiv dazu bei. Eine solche Politik lehnen wir ab.

Land und Kommunen in NRW vergeben öffentliche Aufträge oft nach dem Prinzip des „niedrigsten Preises“. Damit werden Lohn- und Sozialdumping sowie ein brutaler Preiswettbewerb befördert. Leidtragende dieser und anderer Maßnahmen sind die Beschäftigten, die trotz Arbeit arm bleiben.

Mit der Einführung der sog. Hartz-IV-Gesetzgebung hat sich die soziale Lage der Bevölkerung in Deutschland massiv verschlechtert. Hier wurde ein perfides System ausgebrütet, das den Weg in Armutslöhne wies. Der niedrige Eckregelsatz ist dabei der Dreh- und Angelpunkt der Gesetzgeber. Für 1,4 Mio. Kinder zwischen 7 und 17 Jahren wurden die Regelsätze gekürzt. Damit ist keine gesunde Ernährung im Schulalter möglich. Freizeitvergnügen, Fahrten und Sport gehören nicht mehr zu den Lebenswelten dieser Kinder. Schulbücher und andere Materialien wurden erst gar nicht in den Regelsatz eingerechnet. Das erhöht den Druck auf die Eltern, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Mit dem massiven Einsatz von sog. 1-Euro-Jobs wurde ein dritter Arbeitsmarkt installiert, der sich als Dauerlösung für die „Überflüssigen“ etabliert. Die „selbstverschuldete Notlage“ soll in der Logik des Gesetzes durch den „Dienst an der Gemeinschaft“ abgedient werden. Hinzu kommt, dass selbst die niedrigen Ansprüche nach Hartz IV – wegen der Kompliziertheit der Materie, Unerfahrenheit des ARGE-Personals oder gewollter „Einsparungen“ durch eine Vielzahl von internen Erlassen und Richtlinien oft nicht erfüllt werden. Eine Vielzahl von Bescheiden erweist sich als fehlerhaft. Zahlreiche Sozialgerichtsprozesse haben den Betroffenen Recht gegeben. In Duisburg wird der bei der ARGE eingerichtete Ombudsmann – Ansprechpartner für Betroffene – in seiner Arbeit behindert.

Gleichzeitig wird durch den Einsatz von sog. 1-Jobs z. B. der enorme Bedarf an sozialer Arbeit in den öffentlichen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (Altenheime, Krankenhäuser, Kindergärten usw.) gedeckt, wo festes Personal eingespart wurde und entsprechende Arbeiten liegen geblieben sind. Auch beim Verleih durch die GfB an kommunale Betriebe (Grünflächenpflege, Stadtreinigung, Begleiter in Bussen und Bahnen, Ordnungskräfte usw.) oder ihren Einsatz bei Wohlfahrtsverbänden nehmen sie ebenfalls oft Aufgaben wahr, die reguläre Arbeitsplätze vernichten.

DIE LINKE hält die Hartz-Gesetze für einen Skandal. Hartz IV ist Armut per Gesetz und muss abgeschafft werden.

Da Kommunen die größten öffentlichen Investoren sind, können sie durch eine gezielte Politik die Erwerbsbeschäftigung vor Ort sichern und fördern. Die öffentliche Investitionsquote in Feldern des gesellschaftlichen Bedarfs muss deutlich angehoben werden. Dazu muss die Finanzausstattung der Kommunen wesentlich verbessert werden. Als Arbeitgeberin hat die Kommune Vorbildcharakter. DIE LINKE ist sich mit den Sozialverbänden, Gewerkschaften und vielen weiteren gesellschaftlichen Kräften einig, dass öffentlich finanzierte Beschäftigung eine wirksame Alternative zur gegenwärtigen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung ist. Dazu müssen auf Bundes- und Landesebene die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der nach folgenden Prinzipien aufgebaut wird: Nachhaltigkeit statt Kurzfristigkeit, Demokratisierung statt Diktat, Regionalisierung statt Zentralismus.

Das will DIE LINKE:

- Erhalt und Ausbau von regulären Arbeitsplätzen in der städtischen Verwaltung und in den städtischen Beteiligungsbetrieben.
- Radikaler Abbau von Überstunden in allen Bereichen.
- Verbot der Leiharbeit durch Bundesgesetz.
- Ausbau beschäftigungswirksamer Teilzeitbeschäftigung, v. a. in den oberen Gehalts- und Besoldungsgruppen.
- Beibehaltung und Ausbau der Altersteilzeitmodelle.
- Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zu tariflichen Bedingungen anstelle von 1- bzw. 2-Euro-Jobs. Dies insbesondere in der Krankenpflege und Altenbetreuung, der Gesundheitsberatung, in Projekten für Kinder und Jugendliche, bei Umweltschutzvorhaben, in der Kultur- und Integrationsarbeit, Erhöhung der Ausbildungsplätze innerhalb der Verwaltung und in den stadteigenen Betrieben.
- Erhalt des Ombudsmanns bei der ARGE. Er muss seine Beratungs- und Vermittlungstätigkeit unabhängig und frei von Weisungen wahrnehmen können.

- Förderung von Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen, durch die langfristige und reguläre Erwerbsarbeitsplätze geschaffen werden, die der Monostruktur entgegenwirken.
- Ausbau der Jugendwerkstätten mit breitem Ausbildungsangebot für Jugendliche, die auf dem Arbeitsmarkt ohne Ausbildungsplatz geblieben sind.
- Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Betriebe die ausbilden, tariflich bezahlen und soziale und ökologische Kriterien einhalten.

Recht auf Leben in Würde

Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird in einer auf Warenproduktion und Profitwirtschaft gründenden Gesellschaft wesentlich durch Einkommen bzw. Vermögen bestimmt. In Duisburg verarmen seit Jahren wachsende Teile der Bevölkerung. Sie werden von der sozialen und kulturellen Teilhabe immer stärker ausgegrenzt. Die sozialräumliche Aufspaltung in arme und reiche Wohnviertel/Stadtteile wächst. Der in Deutschland besonders skandalöse Zusammenhang zwischen Bildung und sozialer Situation wurde vielfach nachgewiesen.

Nach dem Sozialbericht 2007 (Zahlen aus 2005) kommen auf 1.000 Einwohner 182, die von Transfereinkommen leben müssen (insbesondere alle Bezieher von Arbeitslosengeld II, ergänzenden Hilfen oder Sozialgeld). Duisburg nimmt dabei unter den 16 deutschen Großstädten eine Spitzenposition ein. Auch der Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die Sozialgeld in Anspruch nehmen müssen, ist außerordentlich hoch. Dies betrifft 26,7 % aller Kinder. Das heißt: Jedes 4. Kind unter 15 Jahren ist arm. Dadurch ist für diese Kinder der soziale Abstieg vorprogrammiert, da in keinem anderen Land der Zusammenhang zwischen sozialer Situation und Bildungschancen so groß ist wie in Deutschland.

Die gute Wirtschaftskonjunktur in den Jahren 2004 bis Ende 2007 erreichte auch in Duisburg insbesondere von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen nicht. Außerdem entstanden neue Arbeitsplätze überwiegend in prekärer Form, wie Leiharbeit oder Teilzeitjobs. Das heißt, auch der Anteil derjenigen, die arm sind trotz Arbeit stieg weiter an. Der erarbeitete Reichtum wurde keineswegs an die Arbeitnehmer weitergegeben, im Gegenteil, die überwiegende Zahl der Haushalte hat heute weniger Einkommen als noch vor vier Jahren. Welche Auswirkungen die internationale Finanzkrise und die sich abzeichnende Wirtschaftskrise haben werden, vermag Ende 2008 noch niemand zu sagen. Mit Sicherheit wird sie jedoch weitere soziale Verwerfungen mit sich bringen.

Nach dem Sozialbericht 2008 (Zahlen aus 2007) waren in Duisburg rd. 148.000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Frauen waren dabei mit 36,8 % deutlich weniger als Männer beschäftigt und Menschen aus der Migrant*innenbevölkerung mit 31,2 % nochmals geringer vertreten. Immerhin bilden Frauen die Mehrheit der Duisburger Bevölkerung.

Duisburg hat mit 15.412 Euro (2005) das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen aller kreisfreien Städte in NRW. Der statistische Durchschnitt verbirgt außerdem die Tatsache, dass die Masse der erwerbstätigen Frauen noch darunter liegt. 31.100 Personen waren nach dem Sozialbericht 2008 überschuldet, das sind 7,6 % der Gesamtbevölkerung. Da es sich hierbei lediglich um diejenigen handelt, die beim Amtsgericht registriert sind, dürfte die Zahl in Wirklichkeit weit höher liegen.

Eine der schlimmsten Folgen zunehmender Verarmung ist die faktische Ausgrenzung von der Teilnahme an kulturellen, sportlichen und sozialen Aktivitäten. Insbesondere ist durch Hartz IV die Situation für die betroffenen Menschen noch erheblich verschärft worden: Der Zwang, praktisch jede Arbeit anzunehmen, ob im Bereich der prekären Beschäftigung oder der 1- bzw. 2-Euro-Jobs; umzuziehen, wenn die Unterkunftskosten angeblich zu hoch sind. Der Druck, die gestiegenen Energiekosten aus eigener Tasche zahlen zu müssen, weil die massiven Preiserhöhungen nicht berücksichtigt werden. Das fehlende Geld für Schulbücher und Mittagessen für Schulkinder, was ebenfalls nicht im Regelsatz enthalten ist. DIE LINKE fordert deshalb eine am Bedarf orientierte und repressionsfreie Grundsicherung, die vor Armut schützt und Bedürftige nicht durch Entzug sozialer Sicherheit bestraft.

Bestandteil kommunaler Sozialpolitik und Armutsbekämpfung müssen umfassende Preisvergünstigungen für die Nutzung kommunaler Einrichtungen, Dienstleistungen und Verkehrseinrichtungen sein. Damit soll für alle mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze (nach OECD-Kriterien 938 €) z. B. die kostenlose Nutzung von Büchereien, Museen, Bildungskursen sowie der ermäßigte Eintritt in Bädern, Theatern und Konzerten ermöglicht werden. Mit einem Sozialticket (ähnlich wie in Dortmund oder Köln) für die DVG und ihre Partner soll das Recht dieses Personenkreises auf Mobilität gesichert werden, da Mobilität erst die Voraussetzung schafft, am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Wir wollen außerdem einen Sozialtarif der Stadtwerke bei Strom und Gas für Bedürftige.

Das will DIE LINKE:

- Kostenlose Mahlzeiten für alle Kinder in Kindertagesstätten und Schulen.
- Lernmittelfreiheit für SchülerInnen.
- Einrichtung eines Budgets für freiwillige Leistungen, vor allem für Gesundheits- und Schulbedarf sowie einer Weihnachtsbeihilfe.
- Kostenlose Ausgabe der sog. Schokotickets.
- Einführung des Duisburg-Passes mit Sozialticket.
- Die Erstattung der Kosten der Unterkunft muss erhöht werden, bis sie mindestens der mittleren Kategorie des aktuellen Mietspiegels entspricht.
- Erstattung der tatsächlich anfallenden Heizkosten.
- Die sofortige Beendigung von Zwangsumzügen durch Anerkennung der tatsächlichen Wohn- und Mietnebenkosten.
- Einführung von Sozialtarifen für Strom und Gas.
- Förderung von Selbsthilfeinitiativen.
- Erhalt der Personalkapazitäten in der kommunalen Schuldnerberatung; Ausweitung der Beratung auf kleine Gewerbebetriebe sowie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung.
- Erhalt und Ausbau unabhängiger Beratungsstellen für Erwerbslose.
- Verstärkte Hilfen bei besonderem individuellem Hilfebedarf.
- Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Menschenwürdiges Wohnen ist Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. DIE LINKE steht für eine Wohnungspolitik, die allen EinwohnerInnen menschenwürdige Wohnverhältnisse und eine größtmögliche Selbstbestimmung ermöglicht.

Wir wollen eine Planung, die eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur erhält. Wir wollen sozial-ökologische Sanierungspläne, die auch bei steigenden Energiepreisen günstigen Wohnraum sichert.

Den kommunalen Wohnungsunternehmen (GEBAG und DBV) kommt dabei eine herausragende Rolle zu. DIE LINKE lehnt einen Verkauf des kommunalen Wohnungsbestands von noch ca. 15.000 Wohnungen ab. Die Kommune würde damit ein wichtiges Steuerungsinstrument aus der Hand geben. Die wohnungspolitische Orientierung auf das Gemeinwohl darf nicht aufgegeben werden. Auch die Landesregierung darf sich nicht weiter aus der Verantwortung ziehen. Wir fordern eine Wiederankurbelung des sozialen Wohnungsbaus. Für Menschen mit Niedrigeinkommen ohne Anspruch auf SGB II- und SGB XII-Leistungen muss das Wohngeld so gestaltet werden, dass die Wohnung nachhaltig gesichert ist.

In Duisburg steigt die Zahl einkommensarmer Gruppen, die preiswerten Wohnraum nachfragen. Das ist das Ergebnis hoher Erwerbslosigkeit und der Ausweitung des Billiglöhnssektors. Durch Hartz IV sind immer mehr EinwohnerInnen faktisch von Zwangsumzügen betroffen, weil ihre Mieten und Wohnnebenkosten angeblich zu hoch sind. Besitzer von Wohneigentum werden zum Verkauf gedrängt und in Mietwohnungen genötigt, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Der explosionsartige Anstieg der Energiepreise zieht weitere unsoziale Folgen nach sich. Jährlich wird in Duisburg rd. 8.300 Haushalten der Strom und fast 1.000 der Bezug von Gas von den Stadtwerken gesperrt, weil sie ihre Rechnungen nicht mehr begleichen können. Die Folgen sind menschenunwürdig, vor allem wenn Kinder und Kranke davon betroffen sind. Kommunale Sozialpolitik muss auch hier gegensteuern, solange die Landes- und Bundespolitik versagt.

Im Gegensatz zu der Nachfrageentwicklung steht die Verringerung von preiswerten Wohnungen, sodass auch die Zahl derjenigen steigt, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder akut betroffen sind. Im Jahr 2005 waren es 4.100. Rund ein Drittel davon waren Alleinerziehende, in der Regel Frauen mit Kindern. In diesen Fällen muss der Erhalt des Wohnraums oberste Priorität haben. Bei Frauen ist häusliche Gewalt einer der wichtigsten Auslöser von Wohnungsverlust. Hier ist auf kommunaler Ebene die konsequente Anwendung des Gewaltschutzgesetzes gefordert.

Das will DIE LINKE:

- Übernahme von Mietrückständen, um Obdachlosigkeit und Zwangsumzüge zu verhindern.
- Förderung und Erhalt intakter Nachbarschaften.

- Festlegung von sozialen Mietobergrenzen.
- Schaffung und Förderung sinnvoller Verbindungen von Wohnen und Arbeiten.
- Mehr Wohnungen für Obdachlose mit regulären Mietverträgen.
- Ständige Erfolgsüberprüfung der Arbeit der Fachstelle zur Verhinderung von Wohnungsverlusten.
- Erarbeitung eines kommunalen Wohnraumversorgungskonzepts, das u. a. einen Beitrag gegen die zunehmenden Spaltung von Reich und Arm leistet
- Bedarfsgerechte Gestaltung des Wohnraums, des Wohnumfelds und des Sozialraums.
- Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen beim kommunalen Wohnungsbau und der Wohnumfeldgestaltung.
- Förderung alternativer Wohnprojekte.

Gesundheit ist keine Ware, PatientInnen sind keine Kunden

Mit den Gesetzen zur sog. Gesundheitsreform wird der Zugang breiter Bevölkerungskreise zu Gesundheitsleistungen einschneidend erschwert. Besonders betroffen sind Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen, RentnerInnen und generell Menschen mit geringem Einkommen. Die Folgen sind weithin sichtbar. Zum Ende eines Quartals werden KassenpatientInnen oft nicht mehr behandelt. Die Leistungen für Zahnersatz sind nicht kostendeckend. Die Auswirkungen dieser Politik sind offensichtlich an schadhafte oder fehlenden Zähnen bei vielen Menschen. Die Praxisgebühr und die Zuzahlungspflicht zu Medikamenten bringen Menschen dazu, nicht zum Arzt/zur Ärztin zu gehen. Viele Programme zur Gesundheitsförderung und zur Vorsorge sind mit Gebühren belegt und somit nur für den besser verdienenden Teil der Bevölkerung zugänglich. Bei der Ernährung können nur Menschen mit einem überdurchschnittlichen Einkommen sich vollwertige Nahrungsmittel leisten. Diese Benachteiligungen in Gesundheitswesen und Krankheitsbehandlung zeigen sich für die Betroffenen in einer um Jahre kürzeren Lebenserwartung.

Auch die Verteilung von Ärzten/Ärztinnen ist, auf die Stadtteile bezogen, sehr unterschiedlich. Die Teil-Privatisierung der Städtischen Kliniken am Kalkweg – durch CDU und Grüne auf den Weg gebracht – steht weithin für eine angestrebte Zweiklassengesellschaft in der kommunalen Gesundheitspolitik. Zu einer verantwortlichen Gesundheitspolitik gehört auch die Versorgung psychisch kranker Straf-

täter. Wie in allen Bereichen der Behandlung und der Pflege muss auch die Forensik gemeindenah angesiedelt sein. Deshalb hat sich DIE LINKE auch für den Bau einer Forensik in Duisburg eingesetzt. Die therapeutischen Standards müssen komplett angewendet werden. Für eine ausreichende Personalausstattung ist zu sorgen. Auch für die Zeit nach der Entlassung aus der stationären Therapie muss die ambulante Betreuung gesichert sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitwirkung des bürgerschaftlichen Beirats auch künftig gewährleistet ist.

Wir sind gegen die Auslieferung der öffentlichen Daseinsvorsorge an Profit orientierte Unternehmen. DIE LINKE steht für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher, darunter auch kommunaler Hand. Einrichtungen, Dienstleistungen und Produkte der Gesundheitswirtschaft müssen auf qualitativ hohem Niveau nachhaltig preisgünstig gesichert angeboten werden. Diese Leistungen müssen allen zugänglich sein.

Die Gesundheit der Duisburger Bevölkerung ist durch die Belastungen am Arbeitsplatz, Umweltgifte sowie durch die Auswirkungen der hohen Dauererwerbslosigkeit besonders beeinträchtigt. Im Sozialbericht der Stadt Duisburg ist aufgezeigt, dass die Duisburger Bevölkerung im NRW-Vergleich eine höhere Erkrankungs- und Sterblichkeitsrate hat. Hinzu kommen Umweltbelastungen, die in einigen Stadtteilen immer noch die gesetzlichen Grenzwerte z. B. für Lärm und Feinstaub dramatisch überschreiten. Die pro Jahr erlaubten Überschreitungen der Grenzwerte sind schon nach wenigen Monaten erreicht. Die Dioxinwerte sind in einigen Stadtteilen, vor allem im Süden, immer noch viel zu hoch. Der Zusammenhang zwischen erhöhten Belastungen durch Staub, Schwermetalle oder organische Komponenten und vermehrten bzw. typischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen wurde bereits in der Studie „Umwelt und Gesundheit an industriellen Belastungsschwerpunkten“ (sog. Hot Spot-Studie) im Jahr 2004 festgestellt.

Auch die Schließung von Bädern, Sportstätten, Kinderspielplätzen verschärft die negativen gesundheitlichen Folgeentwicklungen. Hinzu kommen die gesundheitsschädigenden Auswirkungen durch eine den Straßengüter- und PKW-Verkehr fördernde Politik sowie eine Stadtentwicklung, die auf Flächenverbrauch und Reduzierung von Frischluftschneisen angelegt ist.

Eine demokratische und soziale Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Die Interessen von chronisch Kranken, alten oder behinderten Menschen werden vernachlässigt. Sie leiden unter sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung.

Wir setzen uns für ein flächendeckendes und nachhaltiges kommunales Gesundheitssystem ein, in dem alle Menschen einen gleichen Leistungsanspruch haben.

Und wir setzen uns für eine Gesundheitsförderung im Sinne der Ottawa-Charta der WHO ein, um die Gesundheitsressourcen und -potenziale der Stadtbevölkerung zu stärken. Neben der Veränderung der individuellen Lebensbedingungen müssen auch die Arbeits-, Umwelt-, Verkehrs- und Wohnverhältnisse qualitativ verbessert werden.

Das will DIE LINKE:

- Den Erhalt von öffentlichem Eigentum, insbesondere innerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge. Keine weiteren Privatisierungen.
- Rückabwicklung der bereits eingeleiteten Privatisierung bei den städtischen Kliniken sowie eine deutliche Verbesserung der Personalsituation.
- Berufung von Ombudspersonen, die als Ansprechpartner für PatientInnen in den Duisburger Krankenhäusern und Altenheimen zur Verfügung stehen.
- Bildung von bürgerschaftlichen Gesundheitsbeiräten, die bei allen Fragen der kommunalen Gesundheitspolitik beteiligt werden.
- Erhalt und Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens.
- Medizinische Versorgung von Menschen, die nicht versichert sind (z. B. Kinder ohne Aufenthaltspapiere, Obdachlose).
- Ausbau der kommunalen Gesundheitskonferenz.
- Ausbau der kommunalen Gesundheitsberichterstattung und Planung.
- Für eine Drogenpolitik, die nicht kriminalisiert, sondern aufklärt und hilft.
- Ausbau der wohnbereichsnahen sozialpsychiatrischen Versorgung.
- Ausbau des städtischen umweltmedizinischen Dienstes.
- Systematische Schwerpunktuntersuchungen über Krankheitsbilder und mögliche Umgebungseinflüsse insbesondere in Stadtteilen mit chemie- und schwerindustrieller Ansiedlung.
- Systematische Aufklärung über umweltbedingte Gesundheitsgefahren.

- Sicherstellung der Arbeit der örtlichen AIDS-Hilfe, der Drogenberatung sowie der medizinischen Obdachlosenarbeit.

Für ein geachtetes und selbst bestimmtes Leben im Alter

Grund für die Finanzierungskrise der Rentenversicherung sind vor allem langfristige Einnahmefälle auf Grund der Massenerwerbslosigkeit, des massiven Anstiegs von prekären Beschäftigungsverhältnissen, der Belastung der Rentenkassen durch versicherungsfremde Leistungen sowie der Unfähigkeit der Politik, die Finanzierungsgrundlagen des Rentensystems rechtzeitig und sinnvoll zu reformieren. DIE LINKE wendet sich gegen alle Versuche, Alt und Jung gegeneinander auszuspielen.

Ob Riester-Rente, Nachhaltigkeitsfaktor oder Rente mit 67 – all diese Maßnahmen haben zum Ziel, das Vertrauen in die solidarische Sicherung durch die gesetzliche Rente systematisch zu zerstören und privaten Rentenfonds und Versicherungen riesige Anlagefelder zu schaffen. Das Ergebnis ist Altersarmut. Millionen Menschen müssen damit rechnen, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Wer im Alter seinen Lebensstandard halten will, ist dazu gezwungen, einen immer größeren Teil des Einkommens in mehr oder weniger zuverlässige private Altersvorsorgesysteme zu stecken. Gewinner dieser Entwicklung sind vor allem Banken und Versicherungskonzerne. Die globale Finanzkrise und der Zusammenbruch von Versicherungsgruppen bestätigen überdies alle Warnungen vor einer Privatisierung der Altersrente.

DIE LINKE kämpft für gute Arbeit, gutes Entgelt und gute Renten. Im Zentrum unserer Rentenpolitik steht die Verteidigung der gesetzlichen Rente als verlässliches System der sozialen Sicherung im Alter. Wir wollen, dass die soziale Sicherung die Menschen vor den Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zuverlässig schützt und wir treten für das Prinzip der Solidarität anstatt des Profitprinzips ein. RentnerInnen müssen wieder an den Produktivitätsfortschritten und damit am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt werden. Die Grundsicherung im Alter muss ein Leben in Würde ermöglichen. Eine umgehende Anhebung des Regelsatzes von Hartz IV auf 435 Euro und bundesweite Standards zur Erstattung angemessener Unterkunftskosten könnte die unsozialen Auswirkungen lindern, bis die politischen Kräfteverhältnisse reichen, um die Verheerungen der Agenda 2010 zu beseitigen und die sozialen Sicherungssysteme auf eine neue, menschenwürdige und sozial gerechte Grundlage zu stellen. Die Aufgabe der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung, ihre Teilprivatisierung und die Verschlechterungen im Rahmen der Agenda 2010 müssen zurück genommen werden. Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre lehnen wir ab. Wir streben ein abschlagsfreies Renteneintrittsalter ab 60 Jahren an. Wir wollen eine Fortführung der Förde-

rung der Altersteilzeit und einen abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente.

Wir setzen uns für eine neue SeniorInnenpolitik ein. Die demografische Entwicklung unserer Stadtgesellschaft, darunter die deutliche Zunahme der älteren Bevölkerung, macht besondere politische Anstrengungen erforderlich. Alter ist für uns ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht einfach auf Rente, Pflege oder Kosten reduziert werden darf. An seiner Gestaltung müssen SeniorInnen selbstverständlich aktiv teilhaben. Ihre selbst bestimmte Lebensgestaltung darf nicht durch Diskriminierung, Verarmung oder andere Barrieren behindert werden. Wir wollen, dass die Lebensleistungen und Kompetenzen der älteren Generationen in das gesellschaftliche und politische Leben eingebracht werden können.

Soziale Kommunalpolitik zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie einen Beitrag im Kampf gegen Altersarmut, Vereinzelung und Entsolidarisierung leistet sowie die alten Menschen an Entscheidungsprozessen teilhaben lässt.

Für RentnerInnen müssen Stadtteil bezogene Strukturen geschaffen werden, die so lange wie möglich ein selbst bestimmtes Leben in Würde unterstützen und begleiten. Wir fordern den Ausbau von stadtteilbezogenen Anlaufstellen und Beratungsstellen für Hilfsmaßnahmen in besonderen Lebenslagen.

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere älteren MitbürgerInnen Beratungs-, Hilfs-, und Versorgungsangebote nutzen können, um in ihren Wohnungen zu bleiben.

Bei einer zwingend erforderlichen Heimunterbringung fordern wir Wohnortnähe, um weiterhin die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Die Kommune ist in der Pflicht, alle ambulanten und stationären Altenpflegeheime einer regelmäßigen und umfassenden Überprüfung hinsichtlich der Pflegequalität und der psychosozialen Betreuungskompetenz zu unterziehen.

Die Kommune muss Maßnahmen ergreifen, um einen Höchstmaß an Mobilität älterer Menschen gewährleisten zu können, damit sie sich ohne Einschränkung in der Stadt bewegen können. Barrierefreiheit muss nicht nur im ÖPNV, sondern durch bauliche Veränderungen in der gesamten Stadt hergestellt werden.

Das will DIE LINKE:

- Konsequente Förderung Generationen übergreifenden Wohnens.
- Förderung von Wohnraum, der individuelles und eigenständiges Wohnen im Alter garantiert.
- Stadtteilbezogene Anlaufstellen für Beratungs- und Hilfsangebote.
- Bessere personelle Ausstattung von Alten- und Pflegeheimen und ihre regelmäßige Qualitätsprüfung.
- Konsequente Bekämpfung der Altersarmut, die besonders Frauen betrifft.
- Förderung von politischer Teilhabe und Mitsprache der Betroffenen bei der kommunalen Alten- und Pflegepolitik.
- Herstellung seniorengerechter Barrierefreiheit.

3. Demokratie demokratisieren

Soziale Ungleichheit und Mangel an Demokratie

Die kapitalistische Gesellschaft ist grundsätzlich auf soziale Ungleichheit und Demokratiedefizite angelegt. Die neoliberale Politik fördert nicht nur diese gesellschaftliche Ungleichheit, sie schränkt auch die Demokratie immer weiter ein. Die Grundrechte der Verfassung sind zwar gut und wichtig. Aber sie stehen weitgehend auf dem Papier, weil der Mehrheit der Bevölkerung – im Unterschied etwa zu den Besitzern der großen Medien oder Anzeigenkunden – die materiellen Mittel zu ihrer Wahrnehmung fehlen oder das „Recht“ des Stärkeren sich durchsetzt. Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, aber was bewirkt sie, wenn ein Erwerbstätiger oder gar ein Hartz-IV-Empfänger sie wahrnimmt im Vergleich zu den Eignern oder Vorstandsmanagern eines Medienkonzerns? Was bleibt von der Freiheit der Berufswahl angesichts mangelnder Ausbildungsplätze, millionenfacher Erwerbslosigkeit und Unterbezahlung? Allgemein gilt: Wer reich ist, ist umso einflussreicher. Finanzgruppen, Banken und Konzerne setzen ihre Interessen vor allen anderen durch. Ihre Forderungen nach Lohnverzicht, Abbau von Sozialleistungen, Kündigungsschutz usw. finden über die Medienkonzerne ihren Weg in die Zeitungen, Nachrichtensendungen und Kommentare – und werden so schnell zur sogenannten öffentlichen Meinung. In Wahrheit handelt es sich um die veröffentlichten Meinungen absoluter gesellschaftlicher Minderheiten.

Aufbau und Funktionsweise der heutigen staatlichen und überstaatlichen Strukturen (Regierungen, Parlamente, Stadt- und Gemeinderäte, Verwaltungen, Gesetze und Rechtsprechung, EU und internationale Institutionen wie die Weltbank oder der Weltwährungsfonds) setzen der Demokratie von unten enge Grenzen. Die sogenannte repräsentative Demokratie mit dem Recht des Wahlvolks, alle 4, 5 oder bei den in NRW unlängst von Schwarz-Gelb auf 6 Jahre verlängerten Mandatszeiten der Bürgermeister/Oberbürgermeister sein Kreuzchen auf dem Stimmzettel zu machen, ist nur eine sehr schwache Form von Volksherrschaft. Mit abgehobenen Parteien, ihrem Politikmarketing, ihrer verbreiteten Lobbytätigkeit und Korruption repräsentiert sie nur noch Bevölkerungsminderheiten. In vielen wichtigen Fragen (Agenda 2010, Rente mit 67, weltweite Bundeswehreinätze, Gentechnik in der Lebensmittelproduktion usw.) regieren die allermeisten Regierungen immer wieder klar gegen die Mehrheit des Volkes.

Der Demokratieverlust wird begleitet durch den zielstrebigem Ausbau von Repressionsorganen und Überwachungseinrichtungen. Mit zahlreichen Gesetzesänderungen wurden und werden seit vielen Jahren demokratische Rechte und Freiheiten eingeschränkt bis hin zur aktuell betriebenen Internetüberwachung. Illegale Bespitzelung von Beschäftigten, Kunden und Gewerkschaftsvertretern in Großunternehmen wie der Telekom und in Supermarktketten sind gang und gäbe. Geheimdienste fungieren mehr und mehr wie ein Staat im Staate. Im Namen der Verbrechensbekämpfung werden inzwischen in vielen Städten öffentliche Räume, Straßen und Plätze mit Kameras überwacht. Dieselben PolitikerInnen, die Demokratieabbau, Bespitzelung und Datensammelei fördern, sehen sich allerdings außerstande, der wuchernden Korruption und milliardenschweren Steuerhinterziehung im Wirtschaftsleben energisch und dauerhaft gegenzusteuern.

Diese Art von Klassendemokratie steckt in einer schweren Legitimationskrise. Die „Partei der NichtwählerInnen“ ist bei etlichen Wahlen inzwischen sehr groß. Rechtspopulistische oder Neonazi-Parteien ziehen mit ihrer Demagogie daraus Nutzen. „Politik“ ist allgemein negativ belastet. „Politikern“ wird in der Regel misstraut. Die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung hat – neben einigen längst überfälligen Änderungen der Gemeindeordnung, die die Rechte der gewählten Mandatsträger betreffen (z. B. das Akteneinsichtsrecht), die Mandatszeit der Bürgermeister/Oberbürgermeister auf 6 Jahre erhöht und ihre Stellung gegenüber dem Rat weiter gestärkt. Nach den großen Wahlerfolgen der LINKEN erhoben sich im Lager der Neoliberalen verstärkt Forderungen nach Wahlrechtsänderungen (Wiedereinführung der Sperrklausel, Abschaffung des Proporz- und Einführung des Mehrheitswahlrechts und sogar Ausschluss von ganzen Wählergruppen).

Fast alle wichtigen Entscheidungsprozesse finden ohne wirksame demokratische Öffentlichkeitsbeteiligung, ja sogar oft ohne wirksame Beteiligung und Kontrolle

seitens der Gewählten statt. Durch den starken Trend zur Zentralstaatlichkeit, die Finanzmisere und die bewusst herbeigeführte ungerechte Verteilung der Finanzmittel auf den staatlichen Ebenen bleibt der kommunalen Ebene des Staates nicht mehr viel vom Verfassungsgrundsatz der „Selbstverwaltung“. Auf der kommunalen Ebene führen das Übergewicht der Verwaltung und die häufige Selbstmündigung der Ratsmitglieder häufig dazu, dass sie faktisch bei wichtigen Vorentscheidungen und Weichenstellungen heraus gehalten werden. Finanz- und Industriekonzerne, einflussreiche Lobbyverbände, Fraktions- und Verwaltungsspitzen sowie diverse Kungelrunden sind die entscheidenden Akteure.

DIE LINKE sagt: Nicht „die Politik“ ist das Problem, sondern diese Art der herrschenden Politik. Wir stehen für eine andere, demokratische und soziale Politik, weil wir einen anderen Interessenbezug und andere programmatische Grundsätze haben. Wir wollen die Demokratisierung der Demokratie.

Politische Reformen

Bürgerbegehren und -entscheide erleichtern

Echte Demokratie beginnt da, wo die größtmögliche Zahl von Betroffenen wirklich mitentscheiden kann; und wo für die Umsetzung auch die Finanzmittel dafür bereit stehen oder beschafft werden können. Wir brauchen dringend eine Machtverschiebung zugunsten der kommunalen Ebene und eine Machtverschiebung in der Kommune selbst zugunsten der EinwohnerInnen insgesamt. Wir wollen keine Zuschauerdemokratie, sondern aktive Demokratie und Bürgerbeteiligung. Dazu gehört die demokratische Weiterentwicklung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid durch das Land NRW. Die in den neunziger Jahren eingeführten Quoren sind viel zu hoch, wie auch die Erfahrung in Duisburg mit den gescheiterten Verfahren zum Erhalt Klinikums in städtischer Hand und zum Freibad Toeppersee gezeigt hat. Wir wollen eine Absenkung von 20 auf 10 % wie in Bayern. Auch die zulässigen Themen müssen ausgeweitet werden und sich auch auf Haushaltsfragen und Genehmigungsverfahren in der Bauleitplanung erstrecken. Die organisatorischen Rahmenbedingungen müssen verbessert werden (mehr Abstimmungslokale, Fahrdienst für Behinderte, erleichterte Anerkennung von Unterschriftenlisten beim Bürgerbegehren usw.).

Beteiligungshaushalt einführen

Die Ratsfraktion DIE LINKE fordert schon seit 1999 die Einführung eines Beteiligungshaushalts. Erste kleine Schritte in dieser Richtung gibt es seit 2005 in Duisburg mit den bezirklichen Haushaltstagen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen noch um Informationsveranstaltungen der Stadtspitze und wichtiger städti-

scher Betriebe über die Investitionsvorhaben des städtischen Haushalts in den sieben Stadtbezirken. Nach verbesserter Werbung lag die Zahl der TeilnehmerInnen 2008 zwischen 50 und 100 pro Bezirksversammlung. Das ist ein Fortschritt gegenüber der jahrzehntelangen Scheindemokratie, wo der umfangreiche Haushaltsentwurf nur 14 Tage öffentlich ausgelegt wurde, aber die BürgerInnen mit der komplizierten Materie völlig allein gelassen wurden. Kein Wunder, dass sich kaum jemand die Mühe machte, um die Ordner durch zu arbeiten und vielleicht noch einen Bürgerantrag zu schreiben.

DIE LINKE will die flächendeckende und intensive demokratische Beteiligung der Einwohnerschaft, zunächst bei der Aufstellung des investiven Haushalts der Stadt, wie sie bereits weltweit von vielen Kommunen in unterschiedlicher Weise entwickelt wurde. Die EinwohnerInnen können in einem mehrmonatigen Beteiligungsprozess in Stadtteilversammlungen ihre Ideen und Forderungen äußern und diskutieren. Anschließend werden Forderungslisten mit entsprechender Prioritätensetzung aufgestellt. Das Votum der Versammlungen wird dem Rat übermittelt, der es in seine Haushaltsberatungen einbezieht. Am Beginn jedes Beratungszyklus steht ein Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung. In einem weiteren Schritt stellen die Versammlungen Bewertungssysteme für die Verteilung der Finanzmittel auf, insbesondere anhand der Einwohnerzahl und der Dringlichkeit von Problemen. Der bürgerschaftliche Beteiligungsprozess ist durch das Internet zu unterstützen.

Ein Beteiligungshaushalt macht das städtische Haushaltsgeschehen transparent, ist ein Beitrag zu rationeller Mittelverteilung (gerade angesichts der Finanzmisere!) und Gift für Korruption und undurchsichtige Lobbyeinfüsse. Außerdem können Sozialberichterstattung und Stadtentwicklungsziele mit dem Beteiligungshaushalt hervorragend verknüpft werden, weil Defizite deutlich werden und der größte Handlungsbedarf. Alle Erfahrung zeigt, sei es in brasilianischen Großstädten, in etlichen europäischen Städten, in Berlin oder in kleineren Ortschaften, dass die Beteiligung der Einwohnerschaft an den Haushaltsberatungen in dem Masse zunimmt, wie sie die Erfahrung macht, dass sie ernst genommen wird und tatsächlich etwas beeinflussen kann. Eine entwickelte Beteiligungskultur steigert die Effizienz der Kommunalpolitik, schafft weitreichende Transparenz bei Einnahmen und Ausgaben, trägt zur Sanierung der öffentlichen Finanzen bei, beugt Fehlentscheidungen und Ressourcenvergeudung vor. Die Erfahrungen in anderen Ländern beweisen zudem, dass Beteiligungshaushalte einen großen Beitrag zur Geschlechtergleichheit leisten, weil vor allem Frauen sich besser einbringen können.

Bürgerschaftliche Beiräte bilden

Ein weiterer Schritt zur direkten und ständigen Demokratie besteht in der Bildung von bürgerschaftlichen Beiräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Hand-

lungsfeldern und für die städtischen Beteiligungsunternehmen (wie die Wirtschaftsbetriebe, Stadtwerke, das Immobilienmanagement usw.). In diesen Beiräten müssen sich der Nutzer- bzw. Kundengruppen und die Zusammensetzung der Stadtgesellschaft widerspiegeln. DIE LINKE hat erstmals einen 21-köpfigen bürgerschaftlichen Beirat durchsetzen können, der der eigenbetriebliche Einrichtung DuisburgSport zur Seite steht. In ihm sind die Sportvereine vertreten, das nicht vereinsgebundene Nutzerpublikum von städtischen Sporteinrichtungen sowie die Schulen. Ähnliche Modelle wollen wir z. B. im Verkehrs-, Kultur- und Gesundheitsbereich: Einen Fahrgastbeirat bei der DVG, einen Beirat der Duisburger Kulturschaffenden, den Ausbau der Gesundheitskonferenz zu einem ständigen Gremium usw. Diese Beiräte nehmen Berichte der Verwaltung entgegen, machen Anregungen und Vorschläge oder helfen beim Ausgleich von Interessenkonflikten. Die beiden Duisburger Integrationskonferenzen sind ein wichtiger Ansatz. Wir wollen, dass sie fortgeführt werden.

Bürgeranhörung ausweiten

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Beteiligung und Anhörung von Bürgerinnen und EinwohnerInnen systematisch ausgeweitet wird. Es darf nicht länger die – oft umstrittene – Ausnahme bleiben, dass VertreterInnen von Umwelt- und Sozialinitiativen, Vereinen und Verbänden (soweit letztere nicht in Fachausschüssen wie dem Jugendhilfeausschuss vertreten sind) ihre Anliegen den Bezirksvertretungen, den Fachausschüssen des Rates, den Beiräten und dem Rat selbst vortragen können. Diese demokratische Öffnung – über gesetzlich vorgeschriebene Anhörungen und Erörterungen aus dem Bau- und Genehmigungsrecht hinaus – muss insbesondere für Themen bezogene und oftmals kontroverse Debatten gelten. Zu jeder echten Demokratie gehört das Prinzip „auch die andere Seite hören“. Dies gilt allemal für die Anhörung bürgerschaftlicher Initiativen und Vereinigungen durch die gewählten Gremien.

Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten in Verwaltung und Beteiligungsunternehmen

DIE LINKE verteidigt nachdrücklich die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer in Verwaltung und städtischen Beteiligungsbetrieben. Insbesondere setzen wir uns für den Erhalt des seinerzeit vom Rat mit großer Mehrheit beschlossenen „Duisburger Modells“ ein, das den Beschäftigten die paritätische Mitbestimmung in den städtischen Beteiligungsunternehmen zusichert. Diese wichtige Regelung wird von verschiedener Seite immer mehr infrage gestellt. Sie ist für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst umso wichtiger, als Schwarz-Gelb bereits das Landespersonalvertretungsgesetz deutlich verschlechtert hat. Dieses

Gesetz muss zurück genommen und die Mitbestimmungsrechte der Personalräte müssen erweitert werden.

Für ein antifaschistisches Duisburg

Ständig versuchen rechtspopulistische und neonazistische Gruppen in NRW und anderswo auf sich aufmerksam zu machen, sie verbreiten ihre rassistische und antidemokratische Propaganda, veranstalten Feste und Konzerte, verteilen volksverhetzende Musik-CDs in und vor Schulen. Besonders Jugendliche sind ihre Zielgruppe. Auch in NRW häufen sich Drohungen und Übergriffe gegen Andersaussehende und Andersdenkende. Nachdem NPD und REP bei den Kommunalwahlen 2004 in Duisburg nahezu 4 % der Stimmen erzielt hatten, versuchten neonazistische Gruppierungen von NPD bis „Freien Kameradschaften“ mit einer Serie von Demonstrationen, Stimmung für ihre demagogischen Parolen unter der Duisburger Bevölkerung zu schaffen. Ihre politischen Ansichten drücken sich in menschenfeindlichen Parolen wie „Ausländer raus“ bis hin zu scheinsozialen Parolen „Ausbildung statt Zuwanderung“ aus. Gegen diese Umtriebe mobilisierten jedoch demokratische und antifaschistische Kräfte und Organisationen, bis die Aufmarschversuche aufgegeben wurden.

Als Ergebnis der letzten Kommunalwahlen sitzen etliche Vertreter rechtspopulistischer Parteien (Bürgerunion, REP) im Stadtrat und in einigen Bezirksvertretungen. Sie verhalten sich so, wie es DIE LINKE vorhergesagt hat: Sie haben nichts drauf. Von sach- und fachkundiger Arbeit ist bei diesen Gruppen nichts zu spüren. Sie äußern sich kaum, aber sie stimmen in aller Regel mit CDU und Grünen. Aufgrund fehlender Mehrheiten im Rat benutzen CDU und Grüne die Stimmen des rechten Rands immer wieder für ihre Zwecke. Die Internetseiten und Publikationen der Rechten dienen der Diffamierung und Hetze. Einer ihrer Vertreter fiel dadurch auf, dass er sich über einen längeren Zeitraum Pkw-Kilometergeld für die Teilnahme an Gremiensitzungen zahlen ließ, obwohl er weder Führerschein noch Pkw besaß.

Das rechte Spektrum bekommt aktuell auch Unterstützung durch eine sog. Bürgerbewegung „Pro NRW“, die sich zwar verbal von der NPD und ihren Tarnorganisationen abzugrenzen versucht, jedoch zum großen Teil eine ähnliche Politik vertritt. Gemeinsam ist ihnen die Hetze gegen den Popanz der „Islamisierung“ Deutschlands. Unter dem Deckmantel der Verhinderung von muslimischen Moscheen bedienen sie immer wieder dieselben rassistischen Vorurteile und Ressentiments. Mit dieser politischen Stoßrichtung gelingt es ihnen auch, zahlreiche Politiker des bürgerlichen Parteienspektrums und bekanntere Persönlichkeiten in ihre Kampagnen einzuspannen. So haben in Köln CDU-Politiker und der Schriftsteller Ralph Giordano die Kampagne von „Pro Köln“ zur Verhinderung

des dortigen Moscheebaus unterstützt. Im September 2008 verhinderten Zehntausende in Köln einen internationalen Rassistenkongress, der von dieser Organisation initiiert wurde. „Pro NRW“ will bei den Kommunalwahlen in NRW flächendeckend antreten. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses steht für die DIE LINKE nicht zur Debatte. Dazu zählen auch religiöse Einrichtungen und Bauten. Der politische Missbrauch des Islam durch einzelne und minderheitliche Richtungen unterscheidet sich im Grundsatz nicht von dem „christlichen“ Fundamentalismus, mit dem Frauendiskriminierung betrieben, Kolonialismus oder Kriege gerechtfertigt werden. Fundamentalismus wird nicht durch Hetzkampagnen und konfessionelle Unterdrückung bekämpft, sondern durch die Bekämpfung seiner politischen und sozialen Ursachen.

Rechte und neonazistische Ideologien orientieren sich an politischen Themen, die auch von der bürgerlichen Mitte propagiert werden. Sie spitzen den vorhandenen Alltagsrassismus und Nationalismus lediglich zu. Während z. B. die von der CDU-Führung mitgetragene Kampagne des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch gegen straffällige Migrantenjugendliche auch Bestandteil der NPD-Politik ist, werden mit der Anti-Islam-Kampagne, (etwa von der rechten Gruppierung Pro NRW: „Nein zu Islamisierung und Moscheebauten“) weit verbreitete Vorurteile verstärkt, die von den herrschenden Medien bis ins gewerkschaftliche Lager reichen (lt. einer aktuellen Studie haben ca. 20 % der Gewerkschaftsmitglieder rechtsextremistische Einstellungen). Dass rechtsextreme Ideologie wieder verstärkt Fuß fassen kann, beruht einmal darauf, dass aufgrund von Arbeitslosigkeit, Verarmung und Perspektivlosigkeit breiter Bevölkerungsschichten diese kein Vertrauen mehr in bürgerliche Parteien und Parlamentarismus haben und sie keine politischen Alternativen sehen. Ein Teil der Betroffenen wird deshalb verstärkt für soziale Demagogie anfällig. Darüber hinaus ist jedoch von Bedeutung, dass auch die herrschende Politik von CDU, SPD und Grünen grundsätzlich den Standpunkt vertritt, dass Deutsche und Zuwanderer nicht nur im Ausländerrecht, sondern auch arbeitsrechtlich und sozialpolitisch nicht die gleichen Rechte haben sollen. Dies grenzt die Betroffenen aus. Des Weiteren wird immer noch vielen MigrantInnen trotz gefestigtem Aufenthaltsrecht, jahrzehntelanger Arbeit in Deutschland und im Gegensatz zu anderen Ländern der EU das kommunale Wahlrecht verweigert. Auf dem Arbeitsmarkt haben Deutsche Vorrang vor Nichtdeutschen, bei der Familienzusammenführung werden Sprachtests gefordert usw. AusländerInnen erfahren somit durch zahlreiche „Sondergesetze“, dass sie BürgerInnen zweiter Klasse sind. Es ist insbesondere diese „Hierarchisierung“, an der fremdenfeindliche und rassistische Ideologie anknüpft, um dann mit Mitteln der Zuspitzung und „Ausländer raus“-Parolen auf Stimmenfang zu gehen.

DIE LINKE warnt nachdrücklich davor, auf die sozialdemagogische Propaganda rechtspopulistischer oder Neonazi-Parteien hereinzufallen. Ihre Parolen, ihre tät-

lichen Angriffe und Brandanschläge gegen Nichtdeutsche, die hier leben oder verheiratet sind, gegen Touristen, Andersdenkende, anders Aussehende, Behinderte und Menschen anderer sexueller Orientierung haben keinen anderen Zweck, als von den wirklichen Ursachen sozialer Ungleichheit und Not abzulenken und den gemeinsamen Kampf aller Arbeitenden, Erwerbslosen und Benachteiligten zu spalten. Sie sollen elementare zwischenmenschliche Solidarität und Achtung voreinander verhindern. Die deutsche Geschichte und die aktuellen Beispiele in vielen Ländern der Welt zeigen, dass nichts Gutes dabei heraus kommt, wenn Rassenwahn, Nationalchauvinismus, Unterdrückung und Faustrecht die Oberhand gewinnen.

Antifaschistische Politik muss die soziale Ungleichheit und ihre Rechtfertigung bekämpfen. Die Ausbreitung von rassistischen Vorurteilen und Ideologien kann letztlich nur durch eine Politik und durch eine breite gesellschaftliche Mobilisierung gestoppt werden, die die soziale und rechtliche Ungleichheit bekämpft und überwindet. Deshalb kann z. B. das Verbot neofaschistischer Organisationen nur einen Teil des Problems lösen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Herkunft, Religion, Geschlecht oder Hautfarbe bei der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen für ein menschenwürdiges Leben und für die zwischenmenschliche Anerkennung keine Rolle mehr spielen.

Das will DIE LINKE:

- Kommunaler Aktionsplan gegen Rechts.
- Gemeinsames Handeln aller antifaschistischen Kräfte und Organisationen.
- Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an Schulen, Jugend- und Familien-einrichtungen.
- Förderung von kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen Rechts.
- Nutzung aller rechtlichen und praktischen Mittel durch Verwaltung, Polizei und Justiz, um die Aktivitäten von Neonazis zu unterbinden.
- Einrichtung einer Informations-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Rechts-extremismus.
- Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für die Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt mit Projekten wie z. B. „Noteingang“ oder dem „antirassistischen Telefon“.

4. Stadtentwicklung mit menschlichem Maß

Duisburg – als "Stadt Montan" einst Zentrum von Kohle und Stahl – befindet sich immer noch in einer Strukturkrise. Der Verlust der industriellen Arbeitsplätze ist gewaltig. Er hat sich zwar aufgrund der seit 2005 anhaltenden Wirtschaftskonjunktur verlangsamt, aber ein Ende des Rückgangs ist nicht absehbar. Zwar ist die Stahlindustrie immer noch Hauptindustriezweig, in Duisburg wird rd. die Hälfte des Stahls in Deutschland produziert, aber die Zahl der Beschäftigten ist allein durch die hohen Produktivitätsfortschritte weiter rückläufig. Ebenso die Metallverarbeitung und die Reparaturbetriebe. Von der einst starken Werftindustrie für Binnenschiffe sind nur noch Reste übrig geblieben. Mit der Schließung der letzten Schachtanlage auf Stadtgebiet (DSK Bergwerk Walsum) werden erneut mehrere Tausende Arbeitsplätze verschwinden.

Die Bevölkerung hat sich seit den sechziger Jahren um rund ein Viertel verringert. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze liegt inzwischen bei unter 150.000. Prekäre Jobs nehmen stark zu. Andere Branchen haben die Arbeitsplatzverluste bisher nicht kompensieren können. Trotz etlicher Großprojekte im Baubereich und wichtiger Neuansiedlungen bzw. Erweiterungen – vor allem in den Bereichen Handel und Dienstleistungen – ist eine Trendwende nicht in Sicht.

Die traditionelle Strategie der Stadtpolitik, mit enormen Fördermitteln von EU, Bund und Land sowie hohen Eigenbeiträgen Wirtschaftsförderung zu betreiben und Duisburg zu einem Verkehrs- und Dienstleistungszentrum zu machen, war nur teilweise von Erfolg gekrönt. Das Logistikzentrum Logport I auf dem Gelände der ehemaligen Krupphütte in Rheinhausen zählt zu den Erfolgen, ebenso wie der Innenhafen mit seinen Büroflächen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Mit Logport II auf dem mit hohem öffentlichem Aufwand sanierten Gelände der insolventen Firma Sudamin im Süden der Stadt bietet sich die Chance, Duisburg noch weiter zur regionalen und internationalen Logistik-Drehscheibe auszubauen. Bei den Neuzugängen in der Bürolandschaft am Innenhafen, in Duissern, oder in Wedau handelt es sich weit überwiegend um subventionierte Standortverlagerungen.

Bei Privatinvestitionen ist profitable Kapitalverwertung das Ziel. Der gesellschaftliche Nutzen wie Beschäftigungsauswirkungen, soziale und kulturelle Entwicklung usw. sind dem vollkommen nachgeordnet. Massive gesellschaftliche und ökologische Schäden werden sogar hingenommen. Wo es keine großen und längerfristigen Gewinnaussichten gibt, investiert kein Unternehmen. Und heutzutage schon gar nicht mehr ohne massive öffentliche Zuschüsse, Infrastrukturleistungen und Steuererleichterungen. Politik, zumal auf kommunaler Ebene, hat hier nur wenige Steuerungsmöglichkeiten. Investoren nutzen die Konkurrenz der Kommunen untereinander, um günstigste Bedingungen herauszuschlagen. Regionale Abstimmung

findet so gut wie nicht statt. Wo Kommunalpolitik sinnvoll eingreifen könnte, tut sie dies auf fragwürdige Weise. Die tatsächliche Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Tarifgebundenheit der Unternehmen sowie Umwelt- und Sozialverträglichkeit sind keine harten Kriterien. Die öffentliche Investitionstätigkeit ist aufgrund anhaltend der scharfen Finanzkrise immer noch viel zu gering, was auch die örtliche Wirtschaft schwächt. Wo sie noch stattfindet, haben die Interessen von Großinvestoren Vorrang. DIE LINKE will, dass alle Möglichkeiten für eine diversifizierte Ansiedlungspolitik genutzt werden. Die generationenlange privatkapitalistische Monostruktur (v. a. Kohle und Stahl) hat in Duisburg bzw. im Ruhrgebiet mit dem Eintritt in Krise und Umstrukturierung schwerwiegende gesellschaftliche, städtebauliche und ökologische Schäden hinterlassen. Das darf sich mit anderen Wirtschaftszweigen – etwa der Logistik – nicht wiederholen.

Strategiewechsel vertiefen

Originäre Entwicklungen wurden von der Duisburger Stadtpolitik über Jahrzehnte kaum angestrebt. In weiten Bereichen hat sie sich den Interessen der ansässigen Montangüterindustrie untergeordnet. Verkehrspolitisch dominierte die „autogerechte“ Stadt. Sie wurde schließlich von der sich zuspitzenden Struktur- und Finanzkrise buchstäblich überrollt. Aufgrund der wirtschaftlichen Strukturkrise, der Arbeitsplatzverluste, des Bevölkerungsrückgangs und der demografischen Veränderungen zählt auch Duisburg heute zu den schrumpfenden Städten. Das Landesprogramm IBA Emscherpark von 1988–1998 und die alternative Nutzung industrieller Terrains, Immobilien und Baudenkmäler war eine erste, grundsätzlich sinnvolle Antwort auf die Probleme. In Duisburg zählt zu den Erfolgen ohne Zweifel der Landschaftspark Nord mit seinem Industriemuseum auf Basis des alten Hochofenwerks in Meiderich, seinen Konferenz- und Konzerthallen sowie der Umbau der alten Speicherlandschaft am Innenhafen zu einem Büro-, Kultur- und Freizeitquartier. In beide Projekte sind enorme öffentliche Mittel geflossen. Neue schwere Fehler in der Stadtplanung, Struktur- und Industriepolitik häuften sich schließlich mit dem Ende der achtziger Jahre. Herausragend waren die geplante Sondermüllverbrennungsanlage EZD im Duisburger Norden, die nur durch massiven Bürgerwiderstand verhindert werden konnte, die überzogene und gescheiterte Bundesgartenschau 2011 und die durch neue Ratsmehrheiten beerdigte Mega-Mall Multi Casa auf dem ehemaligen Güterbahnhofsgelände am Hauptbahnhof.

Die Strategie der Innenstadtentwicklung wurde erst ab 2004 überdacht und schrittweise geändert. Herausragend ist die Kurswende einer Ratsmehrheit zugunsten der Innenstadtentwicklung und gegen das lange Zeit geplante Multi Casa. Dafür hatte sich DIE LINKE (bzw. eine ihrer Vorläuferorganisationen, die PDS-Offene Liste) seit 1999 nachdrücklich eingesetzt. Positiv ist auch der vom Architekturbüro Foster erstellte Masterplan Innenstadtentwicklung mit seinen Gestaltungssele-

menten „Mehr Grün und mehr Wasser in die Stadt“, Rückbau von Autoverkehrsflächen, Verdichtung von Straßenzügen und Vierteln, Füllung von Baulücken usw. Wir unterstützen die Orientierung „Duisburg an den Rhein“, die Wiedergewinnung einer urbanen Rheinfront, die Schaffung des Rheinparks in Hochfeld sowie die angestrebte, insgesamt stärkere Verzahnung des Stadtgebiets mit dem Rheinlauf.

Aus dem alten Güterbahnhofsgelände wollen wir einen kleinteiligen und vielfältigen Stadtteil schaffen, der in vorbildlicher Weise Arbeiten, Wohnen, wohnbereichsnahe Versorgung, Bildung, Kultur und Freizeit integriert. Ein Stadtteil mit ökologischer Prägung, angefangen bei der Bauweise, über die geschäftlichen Aktivitäten bis zur Verkehrsanbindung. Ein autofreier, grüner Stadtteil. Damit könnte in Duisburg etwas Neues und Beispielhaftes entwickelt werden.

Das Vorhaben, mehr Abstandsfläche zwischen emittierender Großindustrie und Wohnbebauung zu erreichen, ist vom Grundsatz her zu begrüßen. Wie die Diskussion um den „Grüngürtel Nord“ allerdings gezeigt hat, ist von Anfang an eine optimale Beteiligung der Betroffenen wichtig, um Ziele, Umfang und Wirksamkeit öffentlich zu erörtern. Der Beteiligungsprozess muss ergebnisoffen sein. DIE LINKE lehnt einen großflächigen Abriss ab, der zu keinem effektiven Rückgang der Umweltbelastung führt, sondern ThyssenKrupp und anderen letztlich neue Spielräume für weitere Großanlagen an der Nahtstelle zur Wohnbebauung eröffnet. Grüngürtel dieser Art machen nur dann Sinn, wenn auch die Industrie sich verpflichtet, die Emissionen weiter zu verringern und auf weitere Großvorhaben in dem Konfliktfeld zu verzichten. Zur Beseitigung von Schrottimmobilen und Dauerleerständen ist ein Konzept nach dem Modell „perforated city“ zu entwickeln, d. h. der behutsamen Herausnahme von Altimmobilen oder ihre sinnvolle Umnutzung.

Im Zuge der Neufassung des gesamtstädtischen Flächennutzungsplans (FNP) setzen wir uns auch für bezirkliche Entwicklungspläne ein. So wichtig eine attraktive Innenstadt für ein Oberzentrum wie Duisburg ist, die Unterzentren dürfen nicht weiter abgehängt werden. Sie müssen mit allen wesentlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionalitäten ausgestattet sein. Sozialräumliche Entmischung und Aufspaltung nach Einkommen und Vermögen müssen verhindert und rückgängig gemacht werden.

Stadtentwicklungsziele müssen sich an den sozialen und kulturellen Interessen der EinwohnerInnen und am konsequenten Schutz der Umwelt orientieren. Wir wollen eine Stadt des menschlichen Maßes. Wir wollen eine Stadt des sozialen Ausgleichs, eine grüne, kinder- und altenfreundliche Stadt mit hoher Lebensqualität. Dynamische Bestandsentwicklung im Wohnbereich hat für uns klar Vorrang vor weiterem Flächenfraß, Neubauten und weiterer Zersiedlung. Rückbau (von Immo-

bilien und Autoverkehrsflächen) und Grünflächengewinnung müssen eine weitere Konstante des künftigen Flächenhaushalts sein.

Im Planungsstadium müssen die Betroffenen wesentlich stärker beteiligt werden, um einen breiten, demokratischen Entscheidungsprozess zu gewährleisten und Alternativen zu ermöglichen. Wir wollen eine lebenswerte Stadt, die unterschiedliche Formen des Lebens, Arbeitens und Wohnens berücksichtigt und kulturelle Verschiedenheiten respektiert.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Diskussion über den FNP (oder gesamtstädtischen Masterplan) und die bezirklichen Entwicklungspläne unter breiter Beteiligung der Einwohnerschaft erfolgt.

Das will DIE LINKE:

- Ausgewogene Stadtentwicklung
- Gesamtstädtischer Masterplan
- Bezirkliche Entwicklungspläne
- Einwohnerbeteiligung bei Planung und Aufstellung von Qualitätszielen

Wohnen in Duisburg

Der Duisburger Wohnungsmarkt ist durch eine ausgeprägt sozialräumliche Aufspaltung gekennzeichnet. In den industrienahen, vernachlässigten Wohnvierteln lebt vor allem der ärmste Teil der Duisburger und Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund. Die Reichen und Wohlhabenden haben ihre luxuriösen Wohngehenden, wie am Kaiserberg. Die Mittelschichten verfügen über relativ moderne Wohnungen, sowohl im Altbestand wie in den zahlreichen neuen Siedlungen in Stadtrandlage. Werkwohnungen des Bergbaus, der Stahl- und Chemieindustrie und der ehem. Bundesbahn hatten traditionell in Duisburg eine herausragende Bedeutung. Sie wurden inzwischen zu großen Teilen entweder an international aktive Finanzgruppen oder an die MieterInnen verkauft, soweit diese dazu in der Lage waren. Auch Genossenschaftswohnungen haben in Duisburg immer noch eine gewisse Bedeutung. Städtischer Wohnungsbestand wurde bereits unter SPD-geführten Stadtverwaltungen privatisiert. Mit dem von der schwarz-gelben Landesregierungen betriebenen Verkauf der LEG sind abermals viele tausend Wohnungen in die Hand von privaten Gesellschaften gewechselt. Neoliberale Rathauspolitik

und ihre Ratgeber streben die Veräußerung des mit 15.000 Wohnungen noch recht hohen kommunalen Wohnungsbestands der GEBAG an.

Der Wohnungsmangel hat sich rein quantitativ entspannt, was vor allem auf die massiven Einwohnerverluste zurückzuführen ist. Die Zahl der Wohnungsleerstände ist hoch, darunter zahlreiche Schrottimmobilien, vor allem in den industrienahen, vernachlässigten Stadtteilen wie Bruckhausen und Marxloh oder in Hochfeld. Nach wie vor ist aber ein großer Teil des Wohnungsbestands durch schlechte Bausubstanz, mangelhafte sanitäre Einrichtungen, veraltete Beheizung, schlechte Isolierung und eine generelle Vernachlässigung der Immobilie gekennzeichnet. Das Wohnumfeld entspricht bei einem hohen Prozentsatz immer noch nicht modernen Standards (Verkehrs- und industrielle Emissionsbelastung, schlechte Infrastruktur, mangelnde Versorgungseinrichtungen, keine kindgerechte Gestaltung usw.).

Andererseits fehlt es an qualitativ guten, familiengerechten, generationsübergreifenden und bezahlbaren Wohnungen. Es fehlen auch Wohnungen, die dem veränderten Sozialverhalten gerecht werden (z. B. Singlehaushalte, Wohngemeinschaften junger Menschen, von alleinstehenden Frauen). Im Vergleich zu anderen Städten des Ruhrgebiets fällt auf, dass Duisburg deutlich geringeres Wohneigentum hat, was ebenfalls auf die Sozialmisere verweist.

Menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen muss gefördert und durch die öffentliche Hand gesteuert werden. Umso mehr in Zeiten wachsender Armut. Hier ist neben den privaten Besitzern und den großen Wohnungsgesellschaften insbesondere die städtische GEBAG gefordert. Die GEBAG ist durch eine Prioritätensetzung für städtebauliche Highlights und Luxuswohnungen zu Recht in die Kritik geraten. Gleichzeitig hat sie alten Wohnungsbestand häufig verkommen lassen oder hat ihn privatisiert unter Missachtung sozialer und vom Rat beschlossener Kriterien. So wurden z. B. traditionelle Siedlungen wie in Neumühl ("Bergmannshäuser") lange Jahre vernachlässigt und anschließend verkauft.

Das will DIE LINKE:

- Erstellung des städtischen Mietspiegels unter Einbeziehung kompetenter VertreterInnen aus der Bevölkerung, um ein realistisches und sozial vertretbares Mietpreisniveau zu sichern.
- Kein Verkauf von öffentlichem Wohnungsbestand an private Wohnungsgesellschaften und Finanzgruppen.
- Förderung von altengerechtem und betreutem Wohnen in kommunaler Hand.

- Förderung von Generationen übergreifendem Wohnen und neuer gemeinschaftlicher Wohnformen.
- Ausbau der öffentlichen Information und finanziellen Hilfestellung bei der energetischen Modernisierung des Wohnungsbestands.
- Fortschreibung des Wohnungsnotfallplans.
- Stärkere und regelmäßige Kontrollen des Altwohnungsbestands durch die Bauaufsicht, um bauliche Mängel, allgemeine Vernachlässigung durch die Eigentümer, Brandgefahren usw. zu bekämpfen.

5. Frauen fördern statt benachteiligen

Die Frauenbewegung hat in der Vergangenheit Vieles bewegt. Traditionelle Forderungen nach rechtlicher Gleichstellung sind erfüllt oder auf dem Weg, erfüllt zu werden. Für viele ist damit die sogenannte „Frauenfrage“ erledigt. Zahlen und Fakten belegen jedoch: Frauenunterdrückung ist nicht überwunden.

Auf dem Spielfeld der neoliberalen Globalisierung werden weltweit immer mehr Menschen ins gesellschaftliche Abseits gestellt. Die Kluft zwischen Reich und Arm wird immer größer. Das betrifft Frauen und Männer aber nicht gleichermaßen. Die unterschiedliche Entwicklung basiert zum größten Teil auf der geschlechtlichen Arbeitsteilung. So werden zwar mehr Frauen erwerbstätig, aber die unbezahlte Arbeit, die einen großen Teil der weltweiten Arbeit und des Reichtums ausmacht, wird immer noch von Frauen erledigt.

So finden zwar gut ausgebildete Frauen auch gut bezahlte und hoch dotierte Jobs in der formalen Wirtschaft; die unbezahlte Arbeit oder auch Reproduktionsarbeit genannt, wird allerdings oft auf niedrig bezahltes Hauspersonal – meist Migrantinnen – übertragen. Auch die Karriere von Frauen wird somit auf dem Rücken von Frauen abgeladen.

Die zunehmende Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, also die Verlagerung ehemals öffentlicher Güter in den „privaten Sektor“, belastet Frauen gleich doppelt. Erstens bedeutet dies eine Privatisierung gesellschaftlicher Güter, die nur noch für Geld zu haben sind. Wer wenig verdient, kann auch weniger daran teilhaben, was besonders im Gesundheitswesen, aber auch in der Kinderbetreuung zum Ausdruck kommt. Andererseits erhöht es den Druck, durch zusätzliche unbezahlte Arbeit diese Aufgaben selbst zu übernehmen.

In den Niedriglohn- und Teilzeitbeschäftigungen sind Frauen besonders stark vertreten. Im EU-Durchschnitt gehen rund 30 Prozent der Frauen, aber nur 6 Prozent der Männer einer Teilzeitbeschäftigung nach. Insbesondere das Einkommensgefälle ist dramatisch. Hier liegt Deutschland mit über 20 Prozent am unteren Ende der Skala.

Hierarchische Geschlechterverhältnisse entstehen nicht nur aus ökonomischen Unterschieden, sie werden auch durch Gewaltverhältnisse zementiert. Gewalt gegen Frauen ist die häufigste, heimlichste und am meisten vertuschte Menschenrechtsverletzung. Weltweit erleidet jede dritte Frau, in Deutschland jede fünfte Frau Gewalt. In Kriegen werden Frauen gezielt zu Opfern gemacht und im Frieden erleben sie Zuhause die Hölle.

DIE LINKE setzt sich für die Überwindung der gesellschaftlichen Diskriminierung der Frau ein. Dabei geht es nicht nur um gleiche Rechte für Frau und Mann. Es geht um die Abschaffung aller Verhältnisse, die dem Mann allein aufgrund seines Geschlechts den Vorrang gegenüber der Frau geben.

Gleichstellung der Geschlechter verlangt weitreichende Änderungen in Politik und Gesellschaft, in den Einstellungen und Verhaltensmustern. Frauenpolitik ist deshalb eine Querschnittsaufgabe. Emanzipative Politik muss die Diskriminierung in allen Lebensbereichen beseitigen. Dies ist eine große Herausforderung, da Frauen in Finanz- und Wirtschaftskrisen härter betroffen sind als Männer. Die Frage, wen die Krise unten den heutigen Bedingungen besonders trifft, muss daher dringend gestellt werden und in die politische Debatte einfließen. Es werden kommunale Konjunkturprogramme benötigt, die vorher auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen geprüft werden müssen.

Frauenerwerbsarbeit: Ausgrenzung und Benachteiligung überwinden

Der traditionell überwiegende Anteil industrieller Arbeitsplätze in Duisburg brachte für die Erwerbstätigkeit von Frauen große Nachteile. In Stahlindustrie, Bergbau und auf den Werften waren nur wenige Frauen beschäftigt.

Die ersten sogenannten „Stahlkrisen“ zu Beginn der 70er Jahre führten zum Abbau von tausenden Arbeitsplätzen im Montanbereich und trafen die Frauen doppelt. Vernichtete Arbeitsplätze und die einseitige Ausrichtung auf Kohle, Stahl und später (LKW-)Logistik führten dazu, dass es bis heute kaum möglich war, den sogenannten „Strukturwandel“ vor allem für Frauen positiv zu gestalten.

Nach dem Sozialbericht 2008 waren in Duisburg 58.692 Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das ergibt eine Dichte von 36,2 Prozent (Männer 51,7).

Aber auch diese geringe Quote sagt wenig über die berufliche Integration von Frauen in Duisburg aus, weil damit weder die Arbeitszeit noch das Arbeitseinkommen berücksichtigt wird.

Hinzu kommt, dass Frauen hierzulande in der Stunde durchschnittlich 23 Prozent weniger verdienen als Männer. Dabei ist die Differenz in den Buchhaltungsberufen am größten. Hier verdienen Frauen im Schnitt 825 Euro weniger. Nach Branchen betrachtet, finden sich Frauen vor allem dort, wo generell weniger verdient wird. Der Blick auf berufliche Karrieren lässt erahnen, wie faktische Männerbünde funktionieren. In deutschen Aktiengesellschaften mit mehr als 2.000 Beschäftigten sind zwei Prozent der Vorstandsposten mit Frauen besetzt. Auch das lässt sich nicht mit einem geringeren Bildungsstand erklären, denn geht es um erfolgreiche Studienabschlüsse, sind Frauen schneller und besser.

Noch stärker benachteiligt ist die große Mehrzahl der Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund. Sie werden obendrein noch als „Ausländerinnen“ diskriminiert.

DIE LINKE fordert gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, eine radikale Arbeitszeitverkürzung und einen gesetzlichen Mindestlohn gegen Lohndiskriminierung von Frauen und die Individualisierung sozialer Ansprüche. Die rechtlichen, ökonomischen und sozialen Ansprüche aller Menschen, eben auch von Frauen, dürfen nicht von ihren „Bedarfsgemeinschaften“ abhängig sein.

Stadt Duisburg muss mehr tun

Als einer der größten Arbeitgeber vor Ort hat die Stadt mit ihrer Verwaltung und ihren Beteiligungsgesellschaften viele Handlungsmöglichkeiten. Benachteiligungen von Frauen könnten verhindert und eine aktive Frauenförderung betrieben werden. Dabei müssten Rat und Fachausschüsse eine zentrale Rolle spielen. Im Personal- und Verwaltungsausschuss kann auf die Stellenvergabe ebenso wie auf die Arbeitsbedingungen Einfluss genommen werden. Auch die Arbeitgeberpraxis der städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften kann durch die kommunale Politik gelenkt werden. Das Prinzip „Von Arbeit muss man leben können“ gilt vor allem in der Lebenswirklichkeit vieler Frauen nicht. Von der Stadt Duisburg erwarten wir einen aktiven Beitrag, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Frauen zu verbessern. Zwar sind in der Kernverwaltung mehr Frauen als Männer beschäftigt, dies spiegelt sich jedoch in keinster Weise in Führungs- und Leitungsverantwortungen nieder.

Das will DIE LINKE:

- Die Erstellung eines kommunalen Antidiskriminierungsberichts sowie die Fortschreibung der Frauenförderpläne.
- Abschaffung versteckter Diskriminierung bei der Bewertung frauentypischer Tätigkeiten – konsequente Umsetzung des Prinzips „gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit“.
- Umwandlung aller prekären Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete sozialversicherungspflichtige, die Existenz sichernde Beschäftigungsverhältnisse.
- Frauenförderung im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.
- Stärkere Nutzung der Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds, der Bundes- und Landesregierung für die Umschulung und Weiterbildung von Frauen zum Wiedereinstieg in den Beruf und Berufswechsel z. B. nach Arbeitslosigkeit oder Kindererziehungszeiten.
- Altersunabhängiger Ausbau der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.
- Quotierter Zugang zu allen Maßnahmen der Arbeitsförderung.
- Erhöhung des Frauenanteils in sogenannten Männerberufen.

Förderung von Mädchen und jungen Frauen bei der Berufswahl

Bekanntlich lassen sich immer wieder geschlechtstypische Besonderheiten bei der Berufswahl nachweisen. Mädchen beschränken sich auf ein enges Berufswahlfeld, schließen meist technische Berufe aus, haben weniger Ausbildungs- und Beschäftigungschancen als Männer. Sie wählen Berufe mit weniger Arbeitsmarkt-, Verdienst- und Aufstiegschancen oder außerbetriebliche Qualifizierungen ohne Arbeitsplatzhintergrund und müssen die Schwierigkeiten bei der künftigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits bei der Berufsentscheidung mit bedenken.

Das will DIE LINKE:

- Systematische Informationsveranstaltungen über alle anerkannten Ausbildungsberufe speziell für Mädchen.
- Geschlechtsquotierte Einstellung von Auszubildenden in Stadtverwaltung und Beteiligungsbetrieben.
- Zusammenarbeit mit der Universität zur Erhöhung der Zahl weiblicher Studierenden in männlich dominierten Fächern.

Frauen mit Kindern unterstützen statt benachteiligen

Ob als Mutter in einer „traditionellen“ Familie, ob als Alleinerziehende oder in einer „modernen“ Lebensgemeinschaft, es sind in aller Regel zuerst die Frauen, die sich um ihre Kinder kümmern. Insbesondere in den ersten Lebensjahren eines Kindes steht die Frau unabhängig vom Familienstand meist alleine mit der Verantwortung da. Sie trifft auch in der städtischen Öffentlichkeit auf viel zu viele Hürden, wenig Verständnis und Lebenserleichterung. Plätze in Kindertageseinrichtungen sind noch immer Mangelware, Großfamilien und andere unterstützende Kollektive gehören meist der Vergangenheit an, und der mühevollen Alltag ist weder für Mütter noch für ihre Kinder vom angeblich strahlenden Glück aus den Bildern der Medienkonzerne geprägt. Wir erwarten von der Stadt Duisburg, dass sie alles dafür tut, um die Lebenssituation von Müttern mit Kindern zu verbessern. Auch Signale aus der Politik sind dringend gefragt, die Männer unmissverständlich dazu auffordern, sich endlich partnerschaftlich an der Haus- und Erziehungsarbeit zu beteiligen.

Das will DIE LINKE:

- Verlässliche Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen – unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern.
- Städtische Kampagnen zur Förderung von „Männern am Herd“. Hausarbeit und Kindererziehung sollen in Zusammenarbeit mit den sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Bezirken für Männer zum Thema gemacht werden.
- Ausbau der Krisenberatung für Mütter durch mehr wohnortnahe und unbürokratische Anlaufstellen in Zusammenarbeit mit HausärztInnen, Hebammen und GynäkologInnen.

- Ausbau der kulturellen und sportlichen Angebote mit Kinderbetreuung wie Filmnachmittage für Eltern im Filmforum, Kinderbetreuung in Schwimmbädern, am Innenhafen, im Landschaftspark Nord usw.
- Einführung eines städtisch organisierten und geförderten Babysitterdienstes, der auch für einkommensschwache Eltern erschwinglich ist.
- Ausbau und Pflege von Kinderspielplätzen, die interessant und sicher für Kinder und einladend für Eltern gestaltet sind. Dazu gehören neben besserer Pflege und zeitgemäßer Gestaltung auch Einzäunungen der Klein(st)-kinderbereiche, Sitzbänke und Tische sowie gastronomische Angebote unmittelbar am Spielplatz an ausgewählten Orten wie etwa am Innenhafen.

Frauen und Kinder vor Gewalt schützen

In Duisburg suchen jährlich etwa 90 Frauen und ebenso viele Kinder Schutz vor Gewalt im Frauenhaus. Darunter sind immer mehr Frauen mit Migrationshintergrund. Häufig lebt ein Teil dieser Frauen völlig isoliert, sprachliche Schwierigkeiten behindern ihre Suche nach Information und Hilfe. Durch negative Erfahrungen in ihrem Herkunftsland kann ihnen auch das Vertrauen zu Polizei und Gerichten fehlen. Hinzu kommt, dass auch der Grund für die Migration – insbesondere bei Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen – schwierige oder gar traumatische Folgen haben kann. Trotz ihrer Unterschiedlichkeit haben Migrantinnen und einheimische Frauen aber eins gemeinsam: Sie erleiden dieselben Misshandlungen und Gewalttätigkeiten.

Die meisten Frauen sind im erwerbsfähigen Alter und fallen damit in den Geltungsbereich von Sozialgesetzbuch II, das die Grundsicherung für Arbeitssuchende regelt. Sie sind gezwungen, zur Finanzierung ihres Aufenthalts im Frauenhaus Eingliederungshilfe für Arbeitssuchende zu beantragen. Diese Leistungen orientieren sich an der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und decken daher den speziellen Bedarf an qualifizierten Unterstützungsangeboten, von Frauen und Kindern mit Gewalterfahrung nicht ausreichend ab.

Frauenhäuser gibt es mittlerweile seit über 30 Jahren. Dass sie immer noch um ihre materielle Absicherung kämpfen müssen, ist ein Skandal. Schutzräume und Beratungsstellen gegen Gewalt dürfen nicht dem kommunalen Nothaushalt zum Opfer fallen.

DIE LINKE fordert, dass die materielle Absicherung der Frauenhäuser eine Pflichtaufgabe der Kommunen wird, die von Bund und Land finanziert wird. Wir fordern

den Schutz aller Frauen und Kinder in Frauenhäusern unabhängig vom Aufenthaltsstatus sowie Aufhebung der Residenzpflicht für betroffene Frauen und Kinder mit Duldungsstatus.

Das will DIE LINKE:

- Pauschale und auskömmliche Finanzierung von Frauenhäusern.
- Finanzierung von Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser.
- Kostenlose Zugriffsmöglichkeiten auf einen städtischen Pool von Sprach- und Kulturmittlerinnen.
- Auf- und Ausbau flächendeckender und leicht zugänglicher Beratungsangebote.
- Stärker abgestimmte und verbindliche Zusammenarbeit zwischen Unterstützungseinrichtungen für Frauen und Kinder, zwischen der Kinder- und Jugendhilfe sowie angemessene finanzielle und personelle Ausstattung aller beteiligten Institutionen.
- Gezielte mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit zu familiärer Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Kommunalpolitik ist Frauenpolitik

Frauen müssen auf allen Ebenen sozial und ökonomisch gleichgestellt werden. Bis dahin darf es keinen „Sachzwang“, keine Kürzungen oder Entlastungen des Kommunalhaushalts und weiterer öffentlicher Kassen zulasten von Frauen geben. Die öffentlichen Haushalte sind konsequent auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer zu bewerten, damit sichergestellt ist, dass Frauen in Duisburg den gleichen Zugang zu öffentlichen Mitteln erhalten wie Männer.

Vor allem müssen Frauen selbst politischen Einfluss gewinnen. DIE LINKE steht für die Quotierung aller Ämter und Mandate von mindestens 50 Prozent. Wir verstehen die Quotierung nicht nur als Selbstverpflichtung, sondern auch als einen Weg zur gleichberechtigten Teilnahme an allen gesellschaftlichen Entscheidungen. Frauen müssen stärker in die kommunalen Entscheidungen einbezogen werden. Die Einrichtung des frauenpolitischen Netzwerks ist ein positiver Ansatz, um

Frauen in Entscheidungsprozesse von Rat und Verwaltung einzubeziehen. Aber das Frauennetzwerk braucht einen politischen Ansprechpartner.

Auch das im Jahr 2005 eingeführte Prinzip des Gender Mainstreaming bei der Stadtverwaltung entwickelt sich eher zu einem Schnelldurchgang, als dass es tatsächlich verändernde Impulse für die Praxis gibt. Hier fehlen Umsetzungs-konzepte und vor allem Zielvorgaben.

Das will DIE LINKE:

- Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung.
- Einrichtung eines Frauenausschusses mit Beteiligungs- und Kompetenz-rechten gegenüber Rat, Bezirksvertretungen und Verwaltung.
- Weiterentwicklung des Prinzips Gender Mainstreaming mit entsprechenden Zielvorgaben.
- Einführung des Gender Budget nach den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit, der Geschlechtergerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit.
- Quotierung auch bei der Wahl der Beigeordneten.

Gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Insbesondere die Bereiche Stadtentwicklung und Verkehrsplanung sind männliche Biotope. Die Auswirkungen sind gravierend. So ist zum Beispiel die Stadtmitte in Duisburg fast kinderfrei. Frauen werden dort lediglich als Erwerbstätige oder Konsumentinnen wahrgenommen. Insbesondere in den sogenannten Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf fehlt es an kulturellen Angeboten, Bibliotheken und sonstigen Einrichtungen. Da Frauen heute immer noch am meisten zu Fuß, mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, ist ihre Mobilität gegenüber Männern deutlich eingeschränkt. Deswegen ist eine Verkehrswende nicht nur aus ökolo-gischer Sicht geboten.

Das will DIE LINKE:

- Breite dezentrale Versorgung mit (Fort-)Bildungs-, Kinderbetreuungs-, Freizeit-, Pflege- und Beratungseinrichtungen sowie kulturelle Zentren.

- Flächendeckendes und preiswertes ÖPNV-Netz mit kurzen Taktzeiten und Begleitpersonal, das Sicherheit und Hilfe bietet, insbesondere in den Abendstunden.
- Bauliche und organisatorische Beseitigung bzw. soziale Überwindung von Angsträumen im Stadtgebiet.
- Förderung von Frauenwohnprojekten und Beteiligung der Frauen an der Gestaltung.
- Ausbau von Sportangeboten für Frauen in Stadtteilen und Vereinen.
- Einführung des DU-Pass mit Sozialticket zur besseren Teilhabe von Frauen mit geringem Einkommen am sozialen und kulturellen Leben.
- Ausbau der Kinderbetreuung für Kurse und Veranstaltungen der Weiterbildung in städtischen Einrichtungen wie der VHS, dem Internationalen Zentrum und den Stadtbibliotheken.
- Kulturveranstaltungen von und für Frauen im Rahmen der Duisburger Akzente.
- Besondere Berücksichtigung von Frauen bei den Duisburger Umwelttagen.

6. Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten und ausbauen

Aus der Erkenntnis, dass eine allein auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Profit gesteuerter Warenproduktion beruhende Gesellschaftsordnung nicht funktioniert, sondern für große Teile der Bevölkerung Verarmung, Ausgrenzung und gesellschaftliche Zerrüttung nach sich zieht, wurde das sog. Sozialstaatsprinzip ins Grundgesetz aufgenommen. Die Verfassungsprinzipien vom „Sozialstaat“ und auch der „kommunalen Selbstverwaltung“ können ohne umfassende Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und kommunaler Wirtschaftstätigkeit nicht verwirklicht werden. Dazu gehören in Duisburg neben den vielfältigen kommunalen Verwaltungseinrichtungen auch die sog. Beteiligungsunternehmen wie die Stadtwerke, die Wirtschaftsbetriebe, DVG, Sparkasse, Duisport/Logport (an der Bund, Land und Stadt jeweils ein Drittel der Anteile halten); Klinikum und Altenheime und die Wohnungsbauunternehmen GEBAG und DBV. Die neoliberale Politik in Deutschland und der EU betreibt allerdings ihre umfassende Privatisierung, um freiem Kapital Anlagefelder zu verschaffen. Das Recht der Kommunen auf wirtschaftliche Betätigung

(§ 107 der Gemeindeordnung NRW) wurde 2007 durch die schwarz-gelbe Landesregierung weiter eingeschränkt.

Bemäntelt wird die neoliberale, grundgesetzwidrige Politik mit der unablässigen Propaganda, „Privat kann es besser“, deshalb gehe „Privat vor Staat“. Die SPD, die neoliberalen Politikmustern inzwischen weitgehend folgt, bemäntelt ihren historischen Linienschwenk mit der alles und nichts sagenden Formel „Privat und Staat“.

Die Privatisierung wird in unterschiedlicher Weise betrieben: Total- oder Teilverkäufe von öffentlichem Eigentum oder PPP/ÖPP-Modelle. Selbst bei Teilverkäufen – z. B. des städtischen Klinikums an den von marktführenden Krankenversicherungen kontrollierten Sana-Konzern – wird häufig durch Managementverträge dem privaten Minderheitsgesellschafter das Sagen zugeschanzt. Bei PPP/ÖPP handelt es sich um langfristige Kapitalbeteiligungen – oftmals von Baukonzernen – beim Bau von öffentlichen Immobilien wie Schulen, Rathäusern usw., wobei das Betriebsmanagement einschl. des Personaleinsatzes von dem privaten Teilhaber übernommen wird. Neben der neoliberalen Ideologie ist eine wesentliche Triebfeder von PPP/ÖPP die Finanzmisere der Kommunen. Meistens gehen diese Beteiligungsformen einher mit einer sog. Forfaitierung mit Einredeverzicht der öffentlichen Hand. Das heißt, der private Partner der Kommune kann seine Forderungen an die öffentliche Hand etwa an eine Bank verkaufen, ohne dass sich die Kommune dagegen wehren kann. Die Kommune muss ihren langfristigen Verpflichtungen (Abzahlung von Baukosten und Kosten für das Betriebsmanagement) in jedem Fall nachkommen; unabhängig von der Qualität der vereinbarten Dienstleistungen und ungeachtet einer möglichen Insolvenz der privaten Betriebsmanagementfirma. In Duisburg soll das geplante Berufsschulzentrum in Neudorf unter PPP/ÖPP-Bedingungen errichtet und betrieben werden. Zahlreiche Beispiele im In- und Ausland beweisen inzwischen, dass die Kommunen mit PPP das Nachsehen haben und die Projekte am Ende teurer werden, als wenn sie von Anfang an in öffentlicher Trägerschaft gebaut und unterhalten worden wären.

Die Novelle der schwarz-gelben Landesregierung zum Sparkassengesetz NRW öffnet die Tür zur Privatisierung der Sparkassen, wie sie von den Privatbanken und den Vertretern des Neoliberalismus seit Jahren gefordert wird. Für DIE LINKE ist das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen unverzichtbar. Sparkassen haben einen öffentlichen Auftrag. Sie sind gemeinnützige Wirtschaftsunternehmen der Kommunen und Gemeindeverbände mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere ihrer Geschäftsregion und ihres Trägers zu dienen.

Aus den in dieser Zielstellung enthaltenen Gewährleistungs-, Förderungs-, Struktursicherungs-, Wettbewerbs korrigierenden und kommunalen Hausbankfunk-

tionen ergibt sich, dass Sparkassen nicht in erster Linie zur Gewinnerzielung aktiv sind. Sparkassen haben nur eine eingeschränkte marktwirtschaftliche Funktion und müssen diese behalten, um als Regulativ und wirtschaftlicher Stabilisierungsfaktor wirken zu können, insbesondere auch für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ihre Ausschüttungen müssen auch weiterhin auf gemeinnützige Zwecke beschränkt bleiben. Die weltweite schwere Krise der privaten Finanzwirtschaft hat die Notwendigkeit erneut unterstrichen, das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen zu verteidigen. Mit ihren Flächen deckenden Geschäftsstellen und 63.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind die Sparkassen in NRW ein wesentliches Instrument der kommunalen Ebene aus der Sozialstaatsverpflichtung des Grundgesetzes.

Das will DIE LINKE:

- Keine Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Verwaltungsaufgaben.
- Keine Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestands.
- Keine Privatisierung der Duisburger Hafen AG (einschl. duisport/Logport).
- Keine Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens.
- Keine dubiosen Finanzgeschäfte mit städtischen Geldern (wie „Zinswetten“).
- Keine öffentlichen Bauvorhaben in Form von PPP/ÖPP.
- Vergabe von öffentlichem Grund und Boden nur in Erbpacht, wenn es sich um Großbetriebe, Konzerne, Banken und große private Bauinvestoren handelt.
- Rekommunalisierung der privatisierten Stadtwerkeanteile.

Schwächere Formen der Privatisierung bestehen in der Ausgliederung von öffentlichen Betrieben als Eigenwirtschaftsbetrieb oder eigenbetriebsähnliche Einrichtung. Dabei bleibt das Unternehmen zwar öffentlich und auf den öffentlichen Zweck verpflichtet, seine Aktivitäten laufen jedoch nach den Grundsätzen kaufmännischer Betriebsführung, was Leistungsverlechterungen und Preiserhöhungen mit sich bringen kann sowie erhöhten Druck auf die Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen. Weitergehende Formen sind GmbHs, AöRs oder Aktiengesellschaften.

Eine äußerst dubiose Form der Privatisierung wurde mit dem sog. Cross-Border-Leasing betrieben. Diese hat seit Mitte der neunziger Jahre US-Finanzgruppen reich, klamme und liquide deutsche Kommunen glücklich gemacht und den US-Fiskus geplündert. In Duisburg wurden 2003 Stadtbahnanlagen und DVG-Schiennetz (einschl. dazugehörigem Grund und Boden) im Wert von rd. 1,5 Mrd. US-Dollar für 99 Jahre an eine US-Finanzgruppe „verleast“ und zugleich wieder „zurückgeleast“. Mit anderen Worten: Duisburg sicherte sich die Nutzungsrechte, übernahm die Instandhaltungsverpflichtungen und hat ein Rückkaufsrecht. Nach US-Recht hat allerdings keine Vermietung, sondern ein Besitzerwechsel stattgefunden. Denn nur so konnte die US-Finanzgruppe enorme Steuervorteile von 15 % der Kaufsumme einstreichen. Für die Stadt Duisburg fielen bei dem Manöver knapp 36 Mio. € ab. Im November 2004 wurden diese betrügerischen Scheingeschäfte in den USA zwar verboten, bestehende Verträge behielten aber ihre Gültigkeit. Die globale Finanzkrise bestätigt alle Warnungen. Zahlreiche „Geschäftspartner“ des CBL sind in die Krise geraten oder zusammen gebrochen. Etliche Kommunen haben dadurch bereits erhebliche Belastungen zu schultern. Die oberste US-Finanzbehörde forderte außerdem in der zweiten Jahreshälfte 2008 die einschlägigen US-Investorengruppen auf, im Rahmen eines Steuerkompromisses die CBL-Verträge freiwillig aufzulösen. Andernfalls würden sie bis Ende 2008 zwangsweise aufgelöst. Die finanziellen Folgen dieser Entwicklung – auch für viele deutsche Kommunen, darunter Duisburg – sind noch nicht überschaubar.

DIE LINKE setzt sich für eine durchgreifende Stärkung der öffentlichen Hand ein. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist eine gründliche staatliche Finanzreform zugunsten der kommunalen Ebene. Eine weitere Voraussetzung besteht in der Verhinderung und Rücknahme der Einschränkung der öffentlichen Wirtschaftstätigkeit nach § 107 GO. Wir lehnen die echte (sog. materielle) Privatisierung von städtischen Betrieben, Beteiligungen und öffentlichem Besitz ab. Eine sog. formale Privatisierung (z. B. die Bildung eines Eigenbetriebs) kann nach Abwägung aller Umstände ausnahmsweise sinnvoll sein, wenn der öffentliche Zweck bestehen bleibt und keine private Kapitalbeteiligung stattfindet. Diese Form der Ausgliederung ist unter anderen politischen Bedingungen leichter in die Kernverwaltung rückholbar, als eine echte Privatisierung.

Den herrschenden Trend zu Ausgliederungen wollen wir allerdings grundsätzlich stoppen und umkehren, weil die demokratische Einflussnahme und Steuerung deutlich geschwächt wird. Zugleich werden riesige Schattenhaushalte – außerhalb des städtischen Haushaltsplans – erzeugt und geschäftlich orientierte Managementstrukturen gebildet. Im Haushaltsplan finden sich dann nur noch die Betriebskostenzuschüsse bzw. Abführungen wieder. Die Teilprivatisierung der Stadtwerke (an RWE und Thüga) wollen wir rückgängig machen.

Der Übergang von öffentlichem Vermögen in echten Privatbesitz und private Verfügungsmacht schwächt und verunmöglicht demokratische Einflussnahme und Gestaltung im Interesse einer solidarischen Gesellschaft. Er verschlechtert und / oder verteuert lebenswichtige Dienstleistungen zugunsten privater Gewinne. Notwendig sind stattdessen die Ausweitung des öffentlichen Bereichs und sein Umbau im Sinne von sozialen, stadtplanerischen und umweltgerechten Zielen. Da auch öffentliche Unternehmen nicht gegen Ressourcenverschwendung, unnötige Bürokratie, Fehlentscheidungen und Korruption gefeit sind, wollen wir erweiterte Formen der demokratischen Kontrolle. Die bisherigen Aufsichts- und Verwaltungsräte reichen dazu nicht aus. Sie müssen um bürgerschaftliche Beiräte und ein hohes Maß an Öffentlichkeit ergänzt werden.

Öffentlicher Grund und Boden darf in der Regel nur in Erbpacht vergeben werden, insbesondere, wenn es sich um Großbetriebe, Konzerne, Banken und Wohnungsgesellschaften handelt.

In Duisburg ist im Zuge der lang anhaltenden Haushaltskrise seit den neunziger Jahren umfangreicher öffentlicher Grund und Boden privatisiert worden, um Haushaltslöcher zu stopfen. 2001 wurde ein Teil der Stadtwerke von RWE und Thüga / Evonik verkauft. Die von Schwarz-Grün bestellten Gutachten der Beratungsfirmen CSP und Berger schlagen neben PPP/ÖPP-Projekten weitere umfangreiche Privatisierungen vor, darunter städtische Immobilien und den in der kommunalen GEBAG zusammengefassten Bestand von rd. 15.000 Wohnungen. DIE LINKE wird diesen verhängnisvollen Kurs nachdrücklich bekämpfen.

7. Chancengleichheit durch offensive Bildungspolitik verstärken

Die Entwicklungsmöglichkeiten einer und eines jeden hängen heute mehr denn je vom freien Zugang zu Informationen und Wissen, von der Möglichkeit ab, sich zu bilden und an der Kultur dieser Gesellschaft teilzuhaben. Die Partei DIE LINKE fordert Bildungsangebote, die ein lebenslanges Lernen ermöglichen. Diese Bildungsangebote dienen dem Erwerb von Wissen und der Aneignung und Weiterentwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten. Fördermaßnahmen werden eingerichtet und sind individuell auf jedes einzelne Kind ausgerichtet. Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Das Recht auf Bildung gehört ins Grundgesetz. DIE LINKE Duisburg fordert die Umsetzung dieses Grundrechts für alle, unabhängig von ihrer sozialen Lage, Herkunft, Geschlechtszugehörigkeit, körperlichen und geistigen Verfasstheit. Es geht um eine demokratische, sozial gerechte und emanzipative Bildung für alle – von Anfang an und ein Leben lang. Es geht darum, jeden

in seiner Verschiedenheit zu akzeptieren und sozial wie kulturell bedingte Nachteile im gesamten Lebensprozess auszugleichen.

Schulische Bildung für alle statt Auslese

Das derzeitige System der Bildung und Ausbildung ist von der Zielsetzung, den Menschen gerecht zu werden, weit entfernt. Das Lernen in Kindergärten und Kindertagesstätten ist konzeptionell nicht mit den Anforderungen der Grundschulen verbunden, eine Zusammenarbeit zwischen Elementar- und Primarbereich ist von der Initiative Einzelner abhängig. Einzelne Grundschulen wiederum arbeiten mit weiterführenden Schulen eng zusammen, so dass dort ein Austausch über Inhalte, Methoden und einzelne Kinder stattfinden kann. Dies ist jedoch freiwillig und nicht flächendeckend.

Insgesamt ist unser viergliedriges Schulsystem auf Auslese ausgerichtet. Diese Auslese wird ermöglicht durch Noten, Kopfnoten, Zentralabitur ... Die Konkurrenz zwischen den Kindern wird vorangetrieben durch Vergleichsarbeiten und der Vorgabe, sie müssten die „Besten“ sein. In keinem anderen Land ist der Bildungserfolg in so hohem Maße vom sozialen Hintergrund des Kindes abhängig wie in Deutschland. Jeder könnte mittlerweile wissen, dass die frühe Aufteilung der Kinder im Alter von ca. 10 Jahren auf verschiedene Schulformen pädagogisch nicht zu begründen und auch nicht zu vertreten ist. Vielmehr resultiert aus dieser frühen Aufteilung die höchste Ungleichheit der Chancen auf eine erfolgreiche Bildung. Deutschland und Österreich sind die einzigen europäischen Länder, die sich eine Halbtagsschule leisten. Die Einrichtung als Ganztagschulen ist eher zögerlich und wird auch nur als Sparmodell „Offene Ganztagschule“ ohne Stellenzuschlag verwirklicht. Oftmals fehlen Räume und eine angemessene Ausstattung.

LehrerInnen sind in der Regel alleine im Unterricht eingesetzt. Eine Doppelbesetzung, wie es in anderen Ländern möglich ist, ist bei uns noch undenkbar. Und das bei Klassengrößen, vielfach von 25 bis 30 Kindern und sogar darüber hinaus. Dies gilt sowohl im Primarbereich als auch in weiterführenden Schulen. Der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern kommt vor, ist jedoch längst nicht die Regel. Auch hier ist überwiegend nur eine Lehrkraft eingesetzt, die Lehrkraft mit zusätzlicher Ausbildung für die behinderten Kinder ist nur in wenigen Stunden eingesetzt. Überall fehlen personelle Ressourcen, sogar in der Abdeckung der normalen Stundentafel. Der ständige Unterrichtsausfall muss wirksam bekämpft werden. Aus diesem Grund fordert DIE LINKE die Wiedereinführung der Stellenreserve von 7 %.

Fördermaßnahmen sollten Kindern und Jugendlichen, die aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommen, erfolgreiches Lernen ermöglichen. Dabei sollte jede Maß-

nahme genau zu dem Kind bzw. dem Jugendlichen passen. Durch systematische Förderung könnte vielen Kindern die Erfahrung des „Sitzenbleibens“ erspart werden. Alle Kinder sollten mitgenommen werden. Allerdings sind zu wenige sozialpädagogische Fachkräfte im Einsatz, es mangelt an SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen. Von einer Krankenpflegerin in jeder Schule ist schon gar nicht die Rede. Es sollten auch Fördermaßnahmen für leistungsstarke Kinder und Jugendliche angeboten werden, denn auch die haben ein Recht auf zusätzliche Förderung.

Der Zugang zur Hochschule ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus sogenannten bildungsfernen Schichten ungleich schwerer als für Jugendliche, die (finanziell, psychisch, sozial) einen bildungsfreundlichen Hintergrund haben. Die Einführung von Studiengebühren hat diese Situation noch verschärft.

Die Möglichkeiten in der Erwachsenenbildung werden zunehmend abgebaut und aus der öffentlichen Verantwortung in die private Hand übergeben. Es ist abzusehen, dass dieser Trend zur Privatisierung von Bildungsangeboten die Angebote derart verteuert, dass sie für viele Menschen bald nicht mehr zu finanzieren sind und nur noch Menschen mit gehobenem Einkommen zur Verfügung stehen.

Das will DIE LINKE:

- Die Bildung im Elementar- und im schulischen Bereich ist konzeptionell aufeinander abzustimmen.
- Die Trennung von Primarbereich und weiterführenden Schulen ist aufzuheben durch die Einführung einer gemeinsamen Schulzeit für die Klassen 1 bis 10.
- Fördermaßnahmen sind auszubauen.
- Alle Kinder werden mitgenommen.
- Die Vertretungsreserve von 7 % wird wieder eingeführt.
- Die Beratung der Eltern wird gewährleistet.
- Studiengebühren sind abzuschaffen.

Kinder brauchen Kitas – Eltern auch

Aufgabe von Kindertagesstätten und Kindergärten ist, den Kindern fundamentale Lernerfahrungen zu ermöglichen und vorhandene Benachteiligungen auszugleichen. Gerade in den ersten Lebensjahren werden die Grundvoraussetzungen für die soziale und geistige Entwicklung eines jeden Kindes gelegt. Im freien und gebundenen Spiel mit anderen Kindern und unter Anleitung gut ausgebildeter PädagogInnen machen die Kinder lebenswichtige Erfahrungen, die den familiären Erziehungsbeitrag ergänzen und unterstützen. Gefördert werden Gruppenfähigkeit und Spracherwerb der Kinder. Die grundlegende Bildungsarbeit in Kindertagesstätten und Kindergärten muss konzeptionell mit der Bildungsarbeit in Schulen verknüpft werden.

In Duisburg fehlen insbesondere Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren. Derzeit sind nicht einmal für 10 % der Kinder Plätze vorhanden. Der tatsächliche Bedarf wird auf rund 35 % geschätzt.

Es muss jedoch gewährleistet sein, dass sowohl Kinder unter drei Jahren als auch im Alter von drei bis sechs Jahren einen Platz in einer Kindertagesstätte erhalten, und das unabhängig davon, ob das Kind behindert oder nicht behindert ist. Dabei ist der Einsatz von gut ausgebildeten ErzieherInnen zu fordern, die finanzielle und materielle Ausstattung ist sicherzustellen.

Eltern können nur dann einer Berufstätigkeit, einem Studium oder anderen Tätigkeiten nachgehen, wenn sie ihr Kind gut aufgehoben in einer Kindertagesstätte oder einem Kindergarten wissen.

ErzieherInnen von Kindertagesstätten und Kindergärten sollten eng mit den Eltern zusammenarbeiten und sie in die Arbeit einbeziehen. Anregungen und Kritik werden ausgetauscht. Die Einrichtung von Familienzentren ist ein richtiger Weg, um den Bedürfnissen von Eltern und Kindern gerecht zu werden. MitarbeiterInnen in Familienzentren müssen qualifiziert sein und tariflich bezahlt werden. Familienzentren müssen wohnortnah eingerichtet werden und mit angemessenen finanziellen, personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen ausgestattet werden. Krippenbetreuung hat Vorrang vor Tagespflege, weil sie den Kindern die besseren Möglichkeiten für soziales Lernen eröffnet. Eltern dürfen nicht auf die Tagespflege verwiesen werden, wenn sie für ihr Kind einen Betreuungsplatz in einer Krippe suchen.

Die Finanzierung von Kindertagesstätten, Kindergärten und Familienzentren ist eine gesellschaftliche Aufgabe und sicher zu stellen.

Das will DIE LINKE:

- Gebührenfreie Kindertageseinrichtungen.
- Volle Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung.
- Behinderte Kinder sollen soweit wie möglich in Regeleinrichtungen einen Platz finden und dort integrativ gefördert werden.
- Die Plätze für unter Dreijährige müssen zügig ausgebaut werden, auch für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr. Jeder Familie muss ohne Wartezeit ein passendes Angebot gemacht werden können. Die Betreuung in einer Kita hat aus pädagogischen Gründen Vorrang vor der Tagespflege.
- Einrichtungen mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Familien sollen in den Genuss besonderer Fördermittel kommen, unabhängig davon, in welchem Stadtteil sie liegen.
- Die Schließung gut angenommener Einrichtungen muss verhindert werden.
- Eltern sollen mehr Möglichkeiten erhalten, das Kita-Leben mitzugestalten.

Länger gemeinsam lernen in der Gemeinschaftsschule für die Klassen 1–10

Das Ergebnis der intensiven pädagogischen Diskussion der letzten Jahre ist die Forderung nach Einführung der Gemeinschaftsschule. Diese Gemeinschaftsschule umfasst die Klassen 1 bis 10. Eine exemplarische Untersuchung der Schulgebäude im Bezirk Meiderich hat ergeben, dass die vorhandenen Schulgebäude ausreichen, um die Kinder gemeinsam länger lernen zu lassen.

Der Einstieg in die schulische Bildung und Ausbildung ist – wie bisher – die wohnortnahe Grundschule als Teil der Gemeinschaftsschule mit den Klassen 1 bis 4. In ihrer Grundschule lernen und leben die Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft gemeinsam. Jedes Kind soll mit seinen individuellen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnissen angenommen und entsprechend gefordert und gefördert werden. Für die Erstellung von Förderplänen muss ein besonderes Zeitkontingent zur Verfügung gestellt werden. Nach dem 4. Schuljahr werden die Kinder aber nicht auf verschiedene Schulformen aufgeteilt, sondern lernen und leben weiter gemeinsam – vielleicht in einem anderen Gebäude, aber weiter gemeinsam in ihrem Klassenverband. Damit bleibt vielen Kindern die Erfahrung erspart, zu schlecht für eine „gute“ Schule zu sein. Erspart bleibt ihnen auch die damit verbundene Scham.

Die Gemeinschaftsschule einschließlich der Grundschule ist mit entsprechenden Ressourcen auszustatten, um jedem Kind gerecht zu werden. SchülerInnen mit sprachlichen, mathematischen und motorischen Schwierigkeiten müssen entsprechend gefördert werden durch sozialpädagogische Fachkräfte und zusätzliche LehrerInnen.

Der gemeinsame Unterricht von behinderten, integrationsfähigen Kindern und nicht behinderten Kindern in der Gemeinschaftsschule ist zu fordern. Dabei sind selbstverständlich zwei Lehrkräfte während der gesamten Unterrichtszeit für die Kinder da.

Notwendig ist auch die flächendeckende Einführung eines Ganztagsangebotes an allen Schulen. Allerdings auch hier nicht die Sparvariante „Offene Ganztagschule“ ohne zusätzliche Lehrerstunden, sondern zusätzlicher Einsatz qualifizierter Kräfte, seien es LehrerInnen, SchulpsychologInnen, SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen. Auch der Einsatz von Schülernassistenten hat sich bewährt. Für deren Einsatz allerdings Lehrerstellen zu streichen ist abzulehnen. In allen schulischen Bereichen sind sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse einzurichten.

Für den Ausbau der Angebote in der Sekundarstufe II

Im Vergleich zu anderen Städten erwerben in Duisburg nach wie vor relativ wenige SchülerInnen das Abitur oder die Fachhochschulreife. Nach Auffassung der LINKEN sollte es das Ziel sein, dass in 10 Jahren nahezu alle SchülerInnen einen Abschluss der Klasse 10 erwerben und dass 50 % eines Jahrgangs das Abitur oder die Fachhochschulreife an einer allgemeinbildenden Schule oder an einem Berufskolleg erwerben.

An vielen Schulen sind die Oberstufen so klein, dass kaum differenzierte Kursangebote möglich sind. Vor allem Fächer wie Physik, Chemie, Fremdsprachen, aber auch viele gesellschaftswissenschaftliche Fächer werden in Duisburg nur selten als Leistungskurse in der Oberstufe angeboten. Perspektivisch setzen wir uns deshalb für die Bildung von Oberstufenzentren im Anschluss an die Gemeinschaftsschule ein. Auch in der Sekundarstufe II haben für uns integrative Bildungsgänge einen besonderen Stellenwert, die theorie- und praxisorientiertes Lernen miteinander verbinden. Solche Bildungsgänge werden schon seit einigen Jahren an Berufskollegs mit Erfolg angeboten.

Oberstufenzentren bieten nach unserer Vorstellung breite Kurswahlmöglichkeiten an, sodass die unterschiedlichen Interessen der SchülerInnen stärker als bislang berücksichtigt werden. In jedem Stadtbezirk soll es zunächst mindestens ein sol-

ches Oberstufenzentrum geben. Mit einem solchen Konzept würde Duisburg hinsichtlich des Bildungsangebots einen gewaltigen Schritt nach vorn machen. Wie bei der Einführung der Gemeinschaftsschule könnte der erste Schritt die Errichtung eines Oberstufenzentrums im Rahmen eines Modellprojekts sein.

Das will DIE LINKE:

- Ein Modellprojekt für Duisburg „Länger gemeinsam lernen“ für die Klassen 1 bis 10.
- In einer Klasse werden höchstens 20 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.
- Im gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern arbeiten zwei Lehrkräfte, eine davon speziell ausgebildet für den Unterricht für behinderte Kinder.
- In jeder Klasse arbeitet ein/eine SchulassistentIn zusätzlich, die/der fachlich qualifiziert und tariflich bezahlt wird.
- Für jede Schule steht ein Beraterteam zur Verfügung: SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen, MediatorInnen.
- Die Unterrichtsräume sind frei von gesundheitsschädlichen Einflüssen (PCB, Schimmelpilz ...) und kindgerecht ausgestattet.
- Der Ganztagsbetrieb wird ausgebaut und es werden qualifizierte Kräfte eingesetzt.
- Der Ganzttag steht allen Kindern kostenlos zur Verfügung. Ein kostenloses Mittagessen ist selbstverständlich.
- Die SchülerInnen erhalten die Schulbücher kostenlos.

Für ein qualifiziertes, kostenloses Studium

Wir befinden uns in einer Situation, in der der marktgerechte Umbau der Hochschulen vorangetrieben wird. Vielerorts werden die demokratischen Rechte der Studierenden sowie die der wissenschaftlichen und technisch-administrativen MitarbeiterInnen beschnitten. Die Interessen der Wirtschaft halten per Drittmittelforschung, durch Privat-/Stiftungshochschulen und private Lehrstühle zunehmend

Einzug in Forschung und Lehre und richten sich hart gegen kritische Wissenschaft. Durch die Einführung von Studiengebühren wird die Lehre zusätzlich Marktmechanismen ausgesetzt, da sie zu einer Anpassung des Studierverhaltens und der Lehre an die Bedürfnisse der Unternehmen führt. Unter dem Gesichtspunkt der Investition in das eigene „Humankapital“ muss das Studium auf die auf dem Arbeitsmarkt zu erzielende Rendite ausgerichtet werden. Gleichzeitig verschärfen Studiengebühren neben restriktiven Zulassungsbeschränkungen die soziale Auslese.

Die Spezialisierung, die reine Reproduktion von Wissen und der Zeitdruck in den neuen Bachelorstudiengängen orientieren sich ebenfalls an den Interessen der Wirtschaft, indem nicht nur die Kosten für die Ausbildung, sondern auch die Personalkosten der künftigen Beschäftigten gesenkt werden.

Die Universität Duisburg-Essen hat einen besonderen Stellenwert in der Bildungslandschaft unserer Stadt. Sie bietet jungen Menschen wohnortnah die Möglichkeit zu einem qualifizierten Studium. Sie ist aber auch ein wichtiger Arbeit- und Impulsgeber für Duisburg. Kommunalpolitik muss dazu beitragen, dass die Studierenden, die Lehrkräfte und die anderen an der Universität beschäftigten Menschen bestmögliche Rahmenbedingungen haben, damit Hochschule und Stadt zum gegenseitigen Nutzen miteinander verbunden sind.

Mit der Koalitionsmehrheit aus CDU und FDP hat der Landtag die Einführung von Studiengebühren und die Einführung von Hochschulräten beschlossen. Hintergrund für diese Beschlüsse sind ausschließlich finanzpolitische Interessen, denen die Bildung geopfert wird. Trotz dieser Gesetzgebung stand es der Universität Duisburg-Essen frei, den Vorgaben aus Düsseldorf zu folgen. Gemeinsam mit den betroffenen Studierenden werden wir auch weiterhin gegen Bildungsabbau und für bessere Studienbedingungen eintreten. Konkret wird es in den kommenden Jahren vor allem darum gehen, dass die Universität Duisburg-Essen den Hochschulrat zugunsten einer demokratischen Beteiligung der Mitglieder der Universität Duisburg-Essen abschafft sowie den Beschluss über die Erhebung von Studiengebühren zurück nimmt.

Auswahlgespräche und Zulassungsbeschränkungen sind der falsche Weg, um den Zugang zur Hochschule zu erweitern und soziale Ungleichheit im Studium abzubauen. DIE LINKE fordert stattdessen eine Ausweitung der Studienplatzkapazitäten. Wir setzen uns für eine soziale Öffnung der Hochschulen ein, damit akademische Bildung kein Privileg der Besserverdienenden bleibt, sondern möglichst vielen zugute kommt.

Das will DIE LINKE:

- Abschaffung von Studiengebühren.
- Abschaffung des Hochschulrats sowie Unterstützung von Initiativen zur Abschaffung des Hochschulfreiheitsgesetzes.
- Ermöglichung des Hochschulzugangs für Personen ohne Abitur

Bildungsangebote ein Leben lang

Die vielfältigen Angebote der Volkshochschule ermöglichen den Menschen ein lebenslanges Lernen. Es sollte weiter möglich sein, Wissen und Kompetenzen zu erwerben, die persönlich oder beruflich weiterbringen. Die entsprechenden finanziellen Mittel sind bereit zu stellen.

Das will DIE LINKE:

- Den Erhalt der Volkshochschule.
- Den Ausbau der kulturellen, musischen, künstlerischen, staatsbürgerlichen und anderen Bildungsangebote, die der persönlichen Entfaltung und Verwirklichung dienen.
- Erhalt oder Ausbau beruflich qualifizierender Angebote.
- Arbeitsbedingungen der DozentInnen, die sich an geltenden Standards und Besoldungsgruppen orientieren.

Für das Recht auf qualifizierte berufliche Weiterbildung

Die veränderten Erwerbsbiographien der BürgerInnen zeigen den steigenden Bedarf an qualifizierter berufliche Weiterbildung und Umschulung. Nach der beruflichen Erstausbildung wird künftig ein Arbeitsleben mit mehreren Bildungsgängen die Regel sein. Hier ist die Förderung von Bildungsangeboten für ArbeitnehmerInnen und insbesondere von Erwerbslosen eine Grundlage für ihre berufliche Qualifikation und verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Während sich zahlreiche Duisburger Erwerbslose um für sie geeignete Weiterbildungsmaßnahmen bemühen, verfährt die ARGE Duisburg nach dem Discountprinzip. Die billigsten Träger bekommen den Zuschlag für Kurse, die den Betroffenen oftmals nicht weiterhelfen. Die DozentInnen arbeiten selbst häufig in prekären und befristeten Arbeitsverhältnissen.

Sowohl die Wartezeiten für Bildungsmaßnahmen als auch deren Qualität entsprechen weder den Bedürfnissen der Betroffenen noch der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Älteren Erwerbslosen wird der Weiterbildungsanspruch oft grundsätzlich verweigert.

Das will DIE LINKE:

- Individualanspruch auf qualifizierte Weiterbildung, sowohl im Beruf als auch bei Erwerbslosigkeit und unabhängig vom Lebensalter.
- Verbesserte Qualifizierung der BildungsberaterInnen bei ARGE und Arbeitsamt.
- Für eine zeitnahe Vermittlung in qualifizierte Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen, die den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen entsprechen.
- Die Vergabe an Bildungsträger durch die ARGE nach Qualitätsstandards.
- Die Vergabe an Bildungsträger mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für DozentInnen, die sich an die geltenden Tarifverträge anlehnen.

8. Kinder und Jugendliche brauchen Zukunft

Kinder haben Rechte

Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie haben Rechte auf umfassende Bildung, Entwicklung ihrer Persönlichkeit und gesellschaftliche Teilhabe – unabhängig davon, ob ihre Eltern arm oder reich, gebildet oder unerfahren, schon immer hier leben oder zugewandert sind. Kinder und Jugendliche erfahren tagtäglich die wachsende Ungleichheit. Sind die Eltern reich, können sie für die bestmögliche Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder sorgen und bei der Job-

suche auch noch mit ihren guten Beziehungen helfen. Kinder aus armen Verhältnissen sind von Geburt an benachteiligt, obwohl sie mit den gleichen Möglichkeiten zur Welt kommen.

Kind sein in Duisburg

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Kinder- und Jugendpolitik in unserer Stadt, wenn selbst die Rotstift-Gutachter der Unternehmensberatung Berger im Jugendbereich keine Kürzungsmöglichkeiten mehr sehen, sondern eher Nachholbedarf feststellen. In der Kinder- und Jugendpolitik wurde unter der SPD, SPD-Grün und SPD-FDP bis auf die Knochen gespart. Schwarz-Grün hat an der Situation nicht viel geändert. Arme Kinder in einer armen Stadt sind doppelt benachteiligt, weil in Duisburg weit weniger für ihre Förderung getan wird, als in reichen Städten wie Stuttgart, München oder Düsseldorf.

Offiziell lebt jedes 4. Kind in Duisburg von Hartz IV, weit mehr als im Bundesdurchschnitt. Hauptbetroffene sind Alleinerziehende und Migrantenfamilien. Das tatsächliche Ausmaß der Kinderarmut ist noch weit größer. Die Einkünfte im Niedriglohnbereich reichen nicht, um den Unterhalt einer Familie zu sichern. Viele Haushalte mit Kindern haben sich verschuldet.

Eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen, vor allem jene aus Familien mit Migrationshintergrund, lebt in hoch belasteten Stadtteilen mit wenig Grünflächen und Freizeitmöglichkeiten, weil die Eltern die höheren Mieten in besseren Vierteln nicht zahlen können. Sie sind dem Lärm, industriellen Umweltgiften und Gefahren des Straßenverkehrs ausgesetzt.

Das Recht auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahren wird in Duisburg knapp verwirklicht. Viele Wahlmöglichkeiten haben die Eltern aber nicht. Die Elternbeiträge sind dagegen wesentlich höher als in den Nachbarstädten. 2007/08 wurden sie allein zwei Mal erhöht. Viele Eltern sind allerdings von Beiträgen befreit, was zugleich ein weiteres Indiz für die Armut ist. Es fehlt an Krippenplätzen, vor allen Dingen für Kinder unter zwei Jahren.

Nach dem Kindergesundheitsbericht leidet eine überdurchschnittliche hohe Anzahl von Kindern und Jugendlichen an sozial- und umweltbedingten Erkrankungen. Schlechte Ernährung und Bewegungsmangel machen dick. Konzentrationsstörungen, Suchterkrankungen und kindliche Depressionen nehmen zu. Die Häufung typischer Krankheitsbilder wie Atemwegserkrankungen und Allergien in den industriennahen Stadtteilen ist durch wissenschaftliche Studien nachgewiesen. Weil ein erheblicher Anteil von Eltern die Vorsorgeuntersuchungen nicht regelmäßig wahrnimmt, werden frühkindliche Entwicklungsstörungen zu spät erkannt.

Auch in Duisburg werden viele Kinder Opfer von Misshandlungen und sexueller Gewalt. Die größte Gefahr für das Kindeswohl geht von körperlicher und seelischer Vernachlässigung aus.

Nach einer Untersuchung des Prognos-Instituts im Auftrag des Bundesfamilienministeriums belegt Duisburg bei Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche den letzten Platz von 40 untersuchten Großstädten. Die Angebote sind seit langer Zeit kaum mehr weiter entwickelt worden und gehen nicht auf die veränderten Interessen und Bedürfnisse einer multikulturellen Jugendgesellschaft ein.

Bei der Nutzung der Angebote, z. B. der Stadtranderholung, zeigt sich, dass die besonders Bedürftigen nicht erreicht werden, weil sie nicht einmal die vergleichsweise geringen Teilnehmerbeiträge zahlen können oder andere Zugangsbarrieren bestehen.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ist der Prozentsatz der Abiturienten gering, dafür verlassen umso mehr Schüler die Schule ohne jeden Abschluss. Jedes Jahr finden viele Schulabgänger keine reguläre Ausbildungsstelle und konkurrieren bei der Suche mit den Schulabgängern der Vorjahre, die immer noch nichts Richtiges gefunden haben. Die Jugendarbeitslosigkeit in Duisburg ist weiterhin überdurchschnittlich hoch.

Die Mitsprachemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sind gering. Das sogenannte Kümmerer-Projekt ist praktisch eingeschlafen. Das Modellprojekt des Jugendparlaments ist auf den Bezirk Stadtmitte beschränkt und hat wenig Rechte. Es fehlt an Möglichkeiten für einen politischen und kulturellen Austausch. Auch in der Jugendverbandsarbeit und im Jugendring sind die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen gering.

Drei Hauptziele der Kinder- und Jugendpolitik

Erstens muss die Kinderarmut konsequent bekämpft werden. Dabei zählen Taten und nicht Lippenbekenntnisse. Freiwillige Vorzeigeprojekte wie „Immersatt“ leisten wichtige Arbeit. Sponsorenabhängige Wohltätigkeit ersetzt aber nicht einen grundlegenden Wandel in der kommunalen Sozialpolitik.

Zweitens muss die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Entwicklung jedes einzelnen jungen Menschen zu einer selbstständig und sozial handelnden Persönlichkeit gestärkt werden. Kommunale Kinder- und Jugendpolitik muss familiäre Defizite ausgleichen und Benachteiligungen aktiv abbauen.

Drittens sind Kinder und Jugendliche an allen Angelegenheiten, die sie betreffen, aktiv zu beteiligen. Kritisches Engagement, widerständiges Verhalten gegen die Zumutungen der Erwachsenenwelt darf nicht länger als lästige Einmischung gesehen werden, sondern muss als Beitrag zu mehr Demokratie willkommen sein und gefördert werden. Nur so kann sich langfristig etwas ändern.

Kinderarmut bekämpfen

Wir wissen, dass Kinderarmut mit kommunalen Mitteln allein nicht beseitigt werden kann. Bis zu einer radikal anderen Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik auf Bundes- und Länderebene wollen wir alle Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene bis zu ihren Grenzen ausschöpfen, um so zugleich Druck zu machen für einen grundlegenden Politikwechsel auf Bundesebene.

Mit den Mitteln der kommunalen Arbeitsförderung und dem Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors wollen wir prekäre Einkommensverhältnisse von Familien und Alleinerziehenden überwinden helfen.

Wir wollen ein kommunales Entschuldungsprogramm für Familien und Alleinerziehende, welches schnelle und unbürokratische Zugänge zur staatlichen Verbraucherinsolvenz eröffnet.

Der von uns unterstützte Duisburg-Pass soll ein starkes Angebot für Kinder und Jugendliche enthalten, u. a. Beitragsfreiheit in Sportvereinen, verbilligte Schwimmbadnutzung, Teilnahme an Ferienfreizeiten usw.

Wir setzen uns ein für einen kostenlosen Mittagstisch an Schulen für bedürftige Kinder, des gleichen für kostenlose Lernmittel.

Junge Erwachsene sollen nicht länger gezwungen werden, als Hartz-IV-Empfänger mit ihren Eltern die oft viel zu kleinen Wohnungen zu teilen. Mit der eigenen Wohnung sollen sie zugleich Hilfen zur Erlangung der Selbstständigkeit und für eine berufliche Perspektive bekommen.

Wir wollen ein Netzwerk von Hilfen für Flüchtlingskinder ohne Papiere, das ihre Rechte auf Bildung, Gesundheit und Entwicklung wahrt, ohne dass sie von Abschiebung bedroht werden.

Frühe Hilfen

Wir wollen den Ausbau und die Vernetzung der Frühen Hilfen, wie sie jetzt in Duisburg allmählich eingerichtet werden.

Wir wollen erreichen, dass alle Eltern mit ihren Kindern alle Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen. Hausbesuche für Vorsorgeuntersuchungen müssen wieder von den Kassen bezahlt werden.

Wir setzen auf die Lernfähigkeit und -willigkeit von jungen Eltern mit Erziehungsschwierigkeiten. Wir sind für den Ausbau von Elternschulen und Trainingsprogrammen. Jede Kindertagesstätte soll nicht nur eine Bildungseinrichtung für die Kinder, sondern auch für die Eltern sein.

Kinder brauchen Kitas – und Eltern auch

Kinder, die von Klein auf in die Kita gehen, haben günstigere Entwicklungschancen. In der Krippe und in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen finden sie Möglichkeiten, ihre kindliche Neugierde auszuleben und spielend neue Welten zu entdecken.

Wir wollen, dass das Platzangebot für Kinder unter drei Jahren zügig ausgebaut wird. Auch für ein oder zwei Jahre alte Kinder müssen genügend Plätze vorhanden sein. Derzeit sind nicht einmal für 10 % der Kinder Plätze vorhanden. Der tatsächliche Bedarf wird auf rund 35 % geschätzt.

Wir wollen, dass das Platzangebot dem tatsächlichen Bedarf entspricht. Die Eltern müssen die Möglichkeit haben, entsprechend ihren persönlichen Vorstellungen zwischen verschiedenen Angeboten unterschiedlicher Träger zu wählen.

Wir wollen kleine Gruppen und verlässliche und gut ausgebildete ErzieherInnen. Das Kinderbildungsgesetz in NRW sichert nicht die pädagogischen Standards, wie sie von der EU empfohlen werden.

Krippenbetreuung hat für uns Vorrang vor Tagespflege, weil sie den Kindern die besseren Möglichkeiten für soziales Lernen eröffnet. Eltern dürfen nicht auf Tagespflege verwiesen werden, wenn sie für ihr Kind einen Betreuungsplatz in einer Krippe suchen.

DIE LINKE setzt sich für beitragsfreie Kitas ein. Duisburger Eltern zahlen heute weit mehr als in den Nachbarstädten, soweit sie nicht wegen geringer Einkommen ganz von der Zahlung ausgenommen sind. Die letzten beiden Erhöhungen müssen zurückgenommen werden. Als erster Schritt sollen das letzte Kindergartenjahr und Geschwisterkinder beitragsfrei sein.

Schule als Lebensort

Schulen werden für Kinder immer mehr zum Mittelpunkt ihrer Lebens- und Freizeitgestaltung; das gilt nicht nur für die offenen Ganztagschulen. Die Schulen sind darauf nur unzureichend eingerichtet. Im Betreuungsangebot im Nachmittagsbereich werden unzureichend qualifizierte und schlecht bezahlte Teilzeitkräfte eingesetzt. Es fehlt an Konzepten und einer Verbindung des Betreuungsangebots mit dem pädagogischen Bereich. Viele Schüler, insbesondere aus sozial benachteiligten Verhältnissen, werden dadurch nicht genügend gefördert.

Wir wollen den Ausbau von Ganztagschulen mit qualifiziertem, pädagogisch sinnvollem Nachmittagsangebot. Nach der Auflösung der Horte müssen vergleichbare Einrichtungen in das Betreuungsangebot der Schulen integriert werden. Verlässliche und gut ausgebildete Betreuungspersonen sollen Kindern eine ruhige Lernatmosphäre, Erholung und Entspannung ermöglichen und lernschwache Kinder zusätzlich fördern.

Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendfreizeitpädagogik muss an allen Schulen ausgebaut werden. LehrerInnen und FreizeitpädagogInnen müssen zusammenarbeiten.

Schulgelände und Turnhallen sind als Räume für Spiel und Sport mit Betreuungsangeboten auszubauen, die allen Kindern in der Umgebung zur Verfügung stehen.

Spielräume eröffnen

Kinder und Jugendliche brauchen Spielmöglichkeiten in fußläufiger Nähe ihrer Wohnung. Im Rahmen der städtebaulichen Planung müssen im Wohnbereich generell Freiräume zum gefahrlosen und kreativen Spiel vorgesehen werden. Dazu wollen wir eine qualifizierte Spielleitplanung durchsetzen.

Verwaltungseinrichtungen mit Publikumsverkehr, Warenhäuser, Geschäftsstellen von Banken und Sparkassen, Ärzte und Anwälte müssen in ihren Räumlichkeiten Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder vorhalten.

Kinder und Jugendliche haben ihre eigene Spielkultur. Sie sind erfinderisch, haben Interesse, Neues auszuprobieren und überschreiten dabei nicht selten die Grenzen des Gewohnten. Wir wollen Freiräume schaffen für Sprayer und Skater, für junge Menschen, die Neues und Ungewöhnliches und ohne unnötige Einschränkungen ausprobieren und erleben wollen.

Offene Jugendarbeit fördern

Wir wollen eine Stärkung einer offenen, multikulturellen und demokratischen Jugendarbeit in Duisburg. Die vorhandenen Angebote sind zu wenig, teilweise unattraktiv und passen nicht zu den veränderten Bedürfnissen der Jugend.

Im Mittelpunkt unserer Forderungen steht ein selbst verwaltetes Jugendzentrum in zentraler Lage, mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Zugleich brauchen wir mehr Jugendtreffs in den Stadtteilen, Räume für freie Jugendkultur, kostenlose Proberäume für Bands und Theatergruppen, Räume für Partys und Jugendcafés. Diese Räume sollten nicht nur von konfessionellen Anbietern, sondern auch von der Stadt Duisburg angeboten werden.

Stadtranderholungen und Ferienfreizeiten müssen für bedürftige Kinder kostenlos angeboten werden.

Die Zuwanderungsbevölkerung und ihre Organisationen müssen stärker einbezogen werden. Bald wird mehr als die Hälfte der Duisburger Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund aufweisen. Jugendverbände und Jugendring müssen sich stärker öffnen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte müssen dort angemessen repräsentiert sein.

Die Weiterentwicklung der Jugendarbeit darf nicht allein alt gedienten Verbandsfunktionären überlassen werden. Kinder und Jugendliche sind direkt mit einzubeziehen, z. B. durch eine paritätische Besetzung der Gremien des Jugendrings.

Die Weiterentwicklung des Jugendförderplans muss wissenschaftlich begleitet werden, um neue Ansätze aufzugreifen, die Bedürfnislagen richtig zu erfassen und aus den Erfahrungen in anderen Städten zu lernen.

Kinder in Bewegung bringen

Eine besondere Bedeutung kommt der Sportförderung für Kinder und Jugendliche zu. Sie darf nicht nur an den Interessen der bereits Aktiven ausgerichtet sein. Wir wollen auch Leseratten, TV-Geschädigte und Computer-Freaks in Bewegung bringen.

Jedes Kind sollte mit 10 Jahren schwimmen gelernt haben. Wir brauchen mehr Angebote für Kinder mit Gewichts- und Bewegungsproblemen. Die Sportförderung muss ausgebaut und zugleich auf die besonders Bedürftigen konzentriert werden. Der Schulsport muss ausgeweitet werden. Auch hier gilt: Es kommt weniger auf

Leistung an, als auf die Vermittlung einer gesunden und aktiven Lebensweise. Befreiungen vom Schulsport aus religiösen Gründen dürfen nicht länger akzeptiert werden.

Jugendkultur entwickeln

Kinder und Jugendliche suchen nach eigenen kulturellen Ausdrucksformen. Sie finden ihren eigenen Zugang am besten, wenn sie selbst kreativ werden können. Auch in der Kinderkulturarbeit müssen insbesondere die Kinder aus sozial benachteiligten Familien gefördert werden. Sie müssen die gleichen Möglichkeiten und Zugänge finden, wie Kinder aus dem Bildungsbürgertum.

Den Erfolg der Initiative der Landesregierung „Jedem Kind ein Instrument“ werden wir daran messen, wie vielen Kindern aus sozial benachteiligten Familien der Zugang zur Musik eröffnet wird. Darauf muss sich die Förderung konzentrieren.

Viele gute Angebote, Kinderkulturfestival oder Ikibu, werden noch von zu wenigen Kindern genutzt. Die Schulen müssen dabei unterstützt werden, allen Kindern einen nachhaltigen Zugang zu Kunst und Kultur zu verschaffen. MusikerInnen, bildende KünstlerInnen und Theaterleute müssen vermehrt an die Schulen, um ihre Arbeiten zu präsentieren und mit Kindern gemeinsam kreativ zu werden. Festivals und Projekte müssen dezentralisiert werden und sich auf die soziale Wirklichkeit in den Stadtteilen beziehen. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit bekommen, Kultur selber zu machen und zu präsentieren: sei es in Form der eigenen Rock- oder Hip-Hop-Band, mit einer Tanzgruppe oder mit Farbe und Pinsel.

Kunst und Kultur sind nicht nur für Kinder wichtige Mittel, sich mit der sozialen Wirklichkeit auseinander zu setzen. Wir wollen den interkulturellen Austausch vor allen Dingen mit ärmeren Regionen der Welt und den Partnerstädten besonders fördern; mit Kindern, die überall in der Welt die Erfahrung von Armut, Unterdrückung und Ausbeutung machen und für die Kultur zu einem Mittel der solidarischen Überwindung von Ungerechtigkeit geworden ist.

Wir möchten, dass Kinder und Jugendliche als Besucher von Oper, Konzert und Theater gerne gesehen werden. Spielpläne und Veranstaltungskultur müssen auch die Interessen junger Menschen berücksichtigen und ihnen einen Zugang auch zu anspruchsvollen Kulturgütern ermöglichen.

Wir wollen einen Kinderkulturbeirat, der die Interessen eines jungen Publikums aktiv vertritt.

Kindern und Jugendlichen in Krisensituationen helfen

Familie ist für viele Kinder und Jugendliche nicht mehr „heile Welt“. Sie werden Opfer von Vernachlässigung, ökonomischer Ausbeutung und Gewalt. Sie leiden unter schwierigen, krank machenden familiären Beziehungen. Die eigene Verletzlichkeit macht sich Bahn in Alkohol- und Drogenmissbrauch, Schulschwänzen, Normüberschreitungen, psychosomatischen Erkrankungen, Gewalt gegen andere und sich selbst.

Wir brauchen einen gut ausgestatteten allgemeinen sozialen Dienst des Jugendamts. Er ist immer noch unterbesetzt, obwohl auf Initiative der LINKEN bereits weitere Stellen eingerichtet wurden. Er muss mit allen anderen sozialen Diensten, Ärzten, Schulen etc. zusammen arbeiten.

Scheidungskinder müssen besonders unterstützt werden. Sie haben ein Recht auf gute Beziehungen zu beiden Elternteilen. Die von uns geforderte Initiative zum begleiteten Umgang muss endlich realisiert werden.

Die Hilfen für sexuell misshandelte Kinder sind auf unseren Antrag hin ausgeweitet worden. Die Stärkung der Diagnostik wird zu einer höheren Aufklärungsquote führen. Darauf muss das Hilfesystem umgehend reagieren.

Wir brauchen leicht zugängliche Angebote, die Kinder und Jugendliche ohne sozialen Halt sofort erreichen. Wir brauchen in Duisburg Notschlafstellen für Kinder und Jugendliche, die kein Zuhause mehr haben. Sie müssen so ausgestattet sein, dass sie dort wieder Geborgenheit sowie medizinische und psychologische Unterstützung erfahren.

Wir brauchen eine bessere psychosoziale Versorgung. Wir fordern die Errichtung einer kinder- und jugendpsychiatrischen Ambulanz in den unterversorgten Stadtteilen.

Hilfen zur Erziehung stehen nicht unter Haushaltsvorbehalt. Auf diese Leistungen besteht ein Rechtsanspruch. Wir wollen, dass Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Hilfe zugute kommt.

Jugendliche, die straffällig werden, brauchen in erster Linie erzieherische Hilfen und Orientierung. Wir brauchen eine qualifizierte und personell gut ausgestattete Jugendgerichtshilfe.

Gegen Gewalt und Rassismus setzen wird auf interkulturelles Lernen, Gewaltfreiheit und Projekte, die Toleranz und Zivilcourage vermitteln. Wir wollen Jugendliche immun machen gegen den menschenfeindlichen Einfluss von Neonazi-Ideologien.

Berufsausbildung fördern

Die Jugendarbeitslosigkeit in Duisburg ist nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Hauptschüler haben nur geringe Chancen auf eine Lehrstelle in einem Ausbildungsbetrieb. Viele Jugendliche verbringen Jahre in Maßnahmen, die nichts anderes sind als Warteschleifen. Das duale Ausbildungssystem versagt. Die Unternehmen picken sich die besten Schulabgänger heraus und wälzen ihre Verantwortung auf eine überforderte Arbeitsverwaltung ab. Außerbetriebliche Ausbildungseinrichtungen stehen unter hohem Kostendruck, weil bei der Bezuschussung weniger auf Qualität als auf Kosten geachtet wird. Ausbilder sind als Teilzeit- oder Honorarkräfte häufig selbst prekär beschäftigt, schlecht qualifiziert und wenig motiviert, um gerade Jugendlichen mit Nachholbedarf eine gute Ausbildung zu ermöglichen.

Jeder junge Mensch unter 25 Jahren muss ein Ausbildungsangebot bekommen, das schulisch und beruflich eine Perspektive eröffnet. Die Arbeitsverwaltung muss ihrer Verpflichtung zur Qualitätskontrolle nachkommen. Nicht die billigsten, sondern die besten Einrichtungen müssen gefördert werden.

Stadtverwaltung und städtische Betriebe müssen ihre Ausbildungsquote deutlich erhöhen.

Die Agentur für Arbeit, Ausbildungsbetriebe, Berufsschule, Einrichtungen der außer- und überbetrieblichen Ausbildung, VHS, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen müssen einen Ausbildungsverbund organisieren, der jedem Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung gewährleistet mit der Möglichkeit der Übernahme im erlernten Beruf.

Wir wollen, dass Jugendliche als Opfer der Ausbildungsmisere ein Forum bekommen, um auf Missstände hinzuweisen und Forderungen zu stellen. Wir erwarten, dass der längst beschlossene jugendpolitische Ratschlag zum Thema Beruf und Ausbildung endlich umgesetzt wird.

Demokratische Teilhabe organisieren

Wir wollen Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte für Kinder und Jugendliche in allen Angelegenheiten, die sie betreffen.

Das Jugendparlament muss auf das ganze Stadtgebiet ausgeweitet und mit einem eigenen Haushalt und echten Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgestattet werden. Auch hier gilt, dass Mädchen und SchülerInnen mit Migrationshintergrund angemessen vertreten sein sollten.

Politisch interessierten und aktiven Jugendlichen sind mehr Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden zur Vernetzung politischer Initiativen, zum Austausch und Dialog über Partei- und Gruppenzugehörigkeit hinaus.

9. Integration ist alternativlos

Die Industrie- und Hafenstadt Duisburg ist schon seit Generationen ein Ort, wo Zehntausende aus Europa und anderen Erdteilen Arbeit, Heimat und Zuflucht gefunden haben. Denken wir nur an die polnischstämmigen Bergleute, die im 19. Jahrhundert angeworben wurden und deren Familiennamen heute noch im ganzen Ruhrgebiet verbreitet sind. Anfang der sechziger Jahre warb die deutsche Wirtschaft erneut massiv Arbeitskräfte an, weil der Arbeitsmarkt infolge der hohen Kriegsverluste und der einsetzenden Hochkonjunktur ausgeschöpft war. Aus der Arbeitsmigration entwickelte sich wiederholt und stärker als zuvor eine faktische Einwanderung. Hinzu kamen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus dem türkischen Staat und vielen weiteren Ländern. Auch die politische Anwerbung von Aussiedlern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion hat die zugewanderte Bevölkerung verstärkt.

Ein Drittel unserer Einwohnerschaft hat bereits einen Migrationshintergrund, d. h. ist entweder zugewandert oder wurde hier in eine zugewanderte Familie hineingeboren. Menschen aus rd. 140 Nationen mit 37 Sprachen leben in Duisburg. Die mit Abstand größte Gruppe unter ihnen hat türkische oder kurdische Wurzeln. Der Altersaufbau der sog. „Gastarbeitergeneration“ (fast ausschließlich junge Erwerbstätige) ist längst Geschichte. Die Zuwanderungsbevölkerung hat sich auch in ihrer demografischen Zusammensetzung stark verändert und nähert sich der einheimischen Bevölkerung. Aber der Anteil der jungen Menschen ist im Vergleich zur Ursprungsbevölkerung größer und wächst schneller. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die jahrzehntelange Lebenslüge der deutschen Regierungspolitik, dies sei nicht der Fall, muss konsequent aufhören. Die Migrationsbevölkerung ist Bestandteil unserer Stadtgesellschaft und der Duisburger Arbeitswelt. Zu ihrer umfassenden Integration gibt es überhaupt keine Alternative.

Die soziale Not ist durch lang anhaltende Massenerwerbslosigkeit und Sozialabbau allgemein gestiegen. Tatsache ist aber auch, dass die große Mehrheit der Zugewanderten – trotz einer auch hier erfolgten Differenzierung nach Einkommen und Besitz – im Vergleich zur deutschen Ursprungsbevölkerung vielfach stärker benachteiligt ist; und zwar rechtlich und faktisch. Darüber gibt u. a. der erste Duisburger Sozialbericht (2007) bittere Auskunft. Bei den Bürgerrechten, auf dem Arbeitsmarkt, bei den Bildungschancen und -abschlüssen, im kulturellen Leben, in der Wohnungsfrage und bei der Einkommensverteilung zählt die Mehrheit der zugewanderten Bevölkerung zu den Schlusslichtern der Stadtgesellschaft.

Fremdenfeindliche Vorurteile, nationale Überheblichkeit, Abschottungsdanken und Rassismus spielen dabei oftmals eine üble Rolle. Was soll gerade aus der jungen Generation werden, welche gesellschaftlichen Folgen werden wir ernten, wenn ihr keine fairen Chancen für ein sinnerfülltes Leben geboten werden? DIE LINKE lehnt entschieden jede ethnische Stigmatisierung von jungen Menschen ab, die gewalttätig oder straffällig werden. In jedem Land der Welt fallen Menschen „aus der Rolle“, wenn sie unter massiver sozialer und rechtlicher Benachteiligung aufwachsen, Identitätskrisen durchmachen und perspektivlos sind. Wir wollen die gesellschaftlichen Ursachen beseitigen! Wir brauchen endlich eine mutige Integrationspolitik, die das nachholt, was lange Jahre versäumt, verzögert oder verhindert worden ist. Finnland oder Schweden zeigen andere Möglichkeiten auf. So haben neben den skandinavischen Ländern auch EU-Länder wie Belgien, Frankreich und die Niederlande das Kommunalwahlrecht für MigrantInnen schon längst eingeführt. Auf Initiative der LINKEN haben sich in Duisburg der Beirat für Zuwanderung und Integration und der Rat Ende 2007 der Forderung nach Einführung des Kommunalwahlrechts angeschlossen.

Auf der kommunalen Ebene konzentrieren sich alle Probleme, die mit Migration und Integration verbunden sind. Weil ein großer Teil unserer Stadtbevölkerung einen Migrationshintergrund hat, ist der gesamte Querschnitt kommunaler Politik gefordert. Ohne eine umfassende Orientierung, interkulturelle Öffnung und Schaffung von neuen Verwaltungsstrukturen können keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Nach den beiden erfolgreichen Integrationskonferenzen beschloss der Rat auf Initiative der LINKEN. Anfang 2007 integrationspolitische Leitlinien.

Die bisherigen Ratsmehrheiten haben dabei versagt, ein kommunalpolitisches Querschnittsprogramm zu entwickeln und konsequent umzusetzen. Auch die aktuelle Integrationspolitik unter Schwarz-Grün ist – trotz mancher Verbesserung im Detail – alles andere als der große Wurf. Die Finanzmisere ist zwar ein ernsthaftes Argument, sie kann aber die Unfähigkeit und den Unwillen zu einem offensiven Gesamtkonzept und zu einer Umverteilung vorhandener Ressourcen nicht weg erklären.

DIE LINKE setzt sich für den gemeinsamen Kampf um Akzeptanz, Gleichberechtigung und Gleichstellung ein. Wir ermutigen die Migrantenbevölkerung, sich stärker in die Politik einzumischen, sich stärker im Kampf um die vollen Bürgerrechte zu engagieren. Nur erfahrbare große Fortschritte auf dem Weg zur Integration werden auch dazu führen, den Rückzug von Teilen der zugewanderten Bevölkerung in die weitere Isolation, in zweifelhafte politische und religiöse Strömungen oder in die Fixierung auf die Verhältnisse im Herkunftsland zu stoppen und umzukehren.

Die Menschenrechte gelten für alle. Gerade Lohnabhängige haben objektiv kein Interesse daran, dass Zuwanderer diskriminiert und ausgegrenzt, als Lohndrücker und politische Manövriermasse missbraucht werden. Diese Spaltung schadet allen. Demokratie ohne Minderheitenschutz, Gleichberechtigung und Gleichstellung ist keine. Die deutsche Geschichte mit ihrem Rassenhass als Doktrin des NS-Staats, der im Völkermord endete, ist darüber hinaus eine besondere Verpflichtung. Sie darf sich nicht wiederholen.

Wir wollen keine Aufteilung der Menschen in „echte“ und zugewanderte Deutsche, wir wollen keine Trennung in EU-Bürger mit mehr Rechten als Einwohner aus anderen Ländern, die schon Jahrzehnte hier leben und arbeiten. Wir wollen keine sogenannte Leitkultur. Diese ist lediglich ein Kampfbegriff, mit dem andere Kulturen herabgesetzt und Assimilierungsdruck ausgeübt werden soll. Wir wollen eine Gesellschaft, in der rechtliche und soziale Gleichheit, kulturelle Vielfalt und entwickelte demokratische Verhältnisse für alle die Leitprinzipien sind. Wir wollen eine Politik der helfenden Hand für Flüchtlinge anstelle von Ausgrenzung und Abschiebung. Alle Erfahrung lehrt: Diskriminierung und Ausgrenzung anstelle von Solidarität und Integration schlagen früher oder später voll auf die Mehrheitsgesellschaft zurück, vor allem auf die Lohnabhängigen. Globalisierung ist eine Lüge, wenn sie vor allem Waren- und Kapitalexport meint, sich Billiglöhne, schlechte Sozialstandards und mangelnden Umweltschutz zunutze macht, aber die Menschen nach „nützlich“ und „unnützlich“ sortiert, gleiche Rechte und Lebenschancen verweigert. Der gemeinsame Kampf um Gleichstellung vor Ort ist mit dem Kampf um die Globalisierung der Menschenwürde untrennbar verbunden.

Wir wissen, dass die politische Rahmensetzung durch die EU und die Gesetze von Bund und Land für jede Integrationspolitik ausschlaggebend sind, positiv wie negativ. Wir wissen, dass die kapitalistische Wirtschaft mit ihren profitorientierten Entscheidungen, ihrer Lohndrückerei, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit ein gewaltiges Hindernis auf dem Weg zur Integration darstellt und überwunden werden muss. Dennoch gibt es keine Alternative zum Kampf um Gleichberechtigung und Gleichstellung der zugewanderten Bevölkerung hier und jetzt. Dieser Kampf ist Teil unseres umfassenden Kampfes für eine bessere Welt.

DIE LINKE betrachtet die kulturelle und ethnische Vielfalt auch in ihrer eigenen Organisation als Bereicherung. Wir werden unsere Politik und Organisationsweise immer wieder darauf zu überprüfen haben, ob sie integriert und zusammenführt, um gemeinsam für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der die Unterscheidung zwischen Inländern und „Ausländern“ nur noch in den Geschichtsbüchern nachzulesen sein wird.

Das will die DIE LINKE:

- Einführung des Kommunalwahlrechts für alle Zuwanderer, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.
- Umwandlung des Beirats für Zuwanderung und Integration in einen stimmberechtigten Ratsausschuss.
- Ausbau des Referats zu einem kommunalen Amt für Zuwanderung und Integration.
- Fortführung der kommunalen Integrationskonferenzen.
- Förderung der demokratischen Selbstorganisation und politischen Teilhabe der MigrantInnen.
- Verbesserte Qualifizierungsförderung für MigrantInjugendliche.
- Förderung der interkulturellen Kompetenz des Lehr- und Ausbildungspersonals.
- Schaffung von mehr dauerhaften und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen durch die örtliche Wirtschaft.
- Systematische Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in Verwaltung und stadtnahen Unternehmen (ggf. durch Quotenregelungen).
- Erleichterte Anerkennung von Qualifikationen, die im Herkunftsland erworben wurden.
- Bedarfsgerechter Ausbau der frühkindlichen Förderung und der Kinderbetreuungseinrichtungen.

- Ausbau der Mehrsprachigkeit in Kinderbetreuungseinrichtungen als Basis zum besseren Erwerb der deutschen Sprache unter Einbeziehung der Eltern.
- Förderung der interkulturellen Erziehung.
- Längeres gemeinsames Lernen bei der schulischen Bildung.
- Ausbau der schulpädagogischen Programme zur Konfliktvorbeugung unter Einsatz von Fachpersonal (diese Forderung soll gem. Wunsch des Arbeitskreises in das Kapitel Schule!).
- Ausbau der sozialen und medizinischen Beratungs- und Förderangebote durch Sozialverbände, Krankenkassen und Stadt.
- Ausbau des kommunalen Frauenförderplans unter Berücksichtigung migrationsspezifischer Aspekte.
- Mehr finanzielle und personelle Förderung von Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern.
- Verbesserte Betreuung von Gewaltopfern, traumatisierten Flüchtlingsfrauen und Opfern von Frauenhandel.
- Integration der migrationspolitischen Fragen in städtische Masterpläne (Städtebauliche Entwicklung, soziale Versorgung, Kulturentwicklung usw.) unter demokratischer Beteiligung der Betroffenen.
- Förderung der kulturellen Vielfalt auf allen Ebenen.
- Förderung des gemeinsamen Sportangebots für Jugendliche und interkulturelle Öffnung der Vereinslandschaft.
- Konsolidierung des bürgerschaftlichen Beirats Sport unter Einbeziehung der Migrantenbevölkerung.
- Konsequente Nutzung aller kommunalen Möglichkeiten für eine humane Flüchtlingspolitik (v. a. Abschaffung der Sammelunterkünfte; Stärkung der Härtefallkommission; Sicherstellung der schulischen Ausbildung und medizinischen Versorgung; Hilfestellung bei der Beschaffung von Erwerbsarbeit; Organisation politischen Drucks auf die oberen staatlichen Instanzen zur Änderung der nach wie vor skandalösen Flüchtlingspolitik; Beitritt zum europäischen Netzwerk Städte für Menschenrechte usw.).

- Schaffung eines helfenden Netzwerks für Menschen ohne Papiere. Beitritt zum bundesweiten Netzwerk Kinder ohne Aufenthalt.

(Dieses Kapitel ist die Kurzfassung des ausführlichen Programmpapiers der Gesamtfraktion der LINKEN vom 23.1.08, das auch vom Kreisverband der LINKEN am 12.3.08 angenommen wurde. Es wurde unter dem Titel „Zuwanderung ist eine Realität – Integration alternativlos, Leitlinien zur integrativen Kommunalpolitik“ veröffentlicht.)

10. Mobilität für alle bei geringer Umwelt- und Verkehrsbelastung

Verkehrslawine stoppen

Wie zahlreiche andere Städte weist auch Duisburg gravierende Probleme durch den motorisierten Verkehr auf. Lärm, Abgase, Flächenverbrauch, Zerschneidungswirkungen, Bodenbelastung, Eingriffe in Natur und Landschaft, Abfallaufkommen, Schäden an Gebäuden, Straßen und Plätzen, große Unfall- und Gesundheitsgefahren sowie zugeparkte Geh- und Radwege machen große Teile des Stadtgebiets unwirtschaftlich. Riesige Pendlerströme – verursacht durch immer größere Einzugsgebiete in der Wirtschaft und jahrzehntelange Flucht aus einem industriellen Ballungsraum ins Umland – verstopfen in der Rushhour Innenstadt und Unterzentren, Autobahnen und Ausfallstraßen. Ausgebaute und neue Straßen können den Andrang immer nur kurze Zeit mildern. Dann gilt wieder: "Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten".

In Duisburg hat der Straßengüter- und Schwerlastverkehr einen besonders großen Anteil an der Misere. Dazu beigetragen hat auch der von verschiedenen Ratsmehrheiten und Verwaltung verfolgten Ausbau Duisburgs zur Logistikkreuzung ohne entsprechenden Vorrang für umweltverträgliche Verkehrssysteme. So wächst die Lkw-Lawine immer noch ungebrochen, indem sie neue Transportvolumina auf sich zieht, Bahn und Binnenschiff Verkehre wegnimmt sowie durch künstliche Verkehrsaufblähung durch just-in-time-Konzepte vieler Wirtschaftszweige.

Die bisherige Stadtpolitik folgt der bundesweit betriebenen Verkehrspolitik, die auch unter der CDU/SPD-Regierung in Berlin keine Wende erkennen lässt. Ein Bundesverkehrswegeplan nach dem anderen baut bisher den Straßenverkehrsprognosen hinterher. Die Bahn wird bei den bis 2015 vorgesehenen Investitionsmitteln weiter abgehängt. Gefördert wird in erster Linie der Pkw-Verkehr durch ein

immer dichteres und kostspieligeres Straßennetz mit entsprechender Infrastruktur; gefördert wird der in- und ausländische Schwerlastverkehr – auch durch gezielte kommunale Entscheidungen wie Logport II. In Duisburg wurde bei den meisten Gewerbegebieten auf Bahnanschluss verzichtet, Straßen werden ausgebaut und neue Straßenverbindungen hergestellt.

Durch die heutige Verkehrspolitik entstehen externe Kosten, die nicht von den Verursachern über Kfz- und Mineralölsteuer oder Lkw-Maut getragen werden. Dadurch fallen für jeden Bundesbürger vom Baby bis zum Greis jährlich Kosten in Höhe von ca. 200 Euro an.

Auf das Prinzip der kurzen Wege wird verzichtet durch mangelnde wohnbereichsnahe Versorgung, durch weitere Zentralisierung der Verwaltung usw.

Diese Politik ist nicht Teil einer Lösung, sondern Teil des Problems. Die Verkehrswende muss kommen – aus städtebaulicher, gesundheits- und umweltpolitischer Sicht.

Der Vorrang für den Straßenaus- und -neubau geht häufig noch immer zulasten der nicht motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen. Selbst Projekte, die vordergründig dem öffentlichen Personen Nahverkehr (wie die U-Bahn) oder dem Radverkehr (Bordsteinradwege) dienen, sind in Wahrheit oft eine versteckte Förderung des motorisierten Individualverkehrs. Sie schaffen freie Bahn fürs Auto. Auch die Feinstaubdiskussion hat gezeigt: Es muss endlich ein Umdenken in der Verkehrs- und Stadtplanung erfolgen. Die Messstation an der Kardinal-Galen-Straße zeigt mit die höchsten Grenzwertüberschreitungen in ganz NRW. Die geforderte flächendeckende Umweltzone Ruhr wurde von der schwarz-gelben Landesregierung auf einen Flickenteppich mit vielen Ausnahmeregelungen reduziert. Sie wird deswegen nichts bringen. Auf die Probleme, die die neuen Grenzwerte für Stickoxid oder die Lärmschutzrichtlinie in naher Zukunft für Duisburgs stark belastetes Straßennetz bringen werden, weiß die heutige Stadtspitze noch keine Antwort. Zumindest für die Nachtstunden sind auf belebten Lkw-Schleichwegen Fahrverbote einzurichten.

Der Masterplan von Lord Norman Foster sieht ein grundlegend neues Verkehrskonzept für die City vor, das wir in weiten Teilen unterstützen. Der Durchgangsverkehr soll aus dem Stadtzentrum herausgehalten werden. Das bedeutet, dass die vielen durchgehenden Hauptstraßenverbindungen gebrochen werden müssen. Hier darf nur noch entlang fahren, wer wirklich in die City will. Ein erweitertes Parkleitsystem soll Autofahrer gezielt zu den freien Stellplätzen in den vorhandenen Parkhäusern und Tiefgaragen führen. Stellplätze in Wohnstraßen sollen schwerpunktmäßig den Anwohnern vorbehalten sein und für Besucher bewirtschaftet werden.

Angesichts des massiven Beitrags der heute vorherrschenden Verkehrsträger zur globalen Klimaverschlechterung ist eine grundsätzliche Umorientierung der Verkehrspolitik zwingend notwendig, insbesondere im Straßen- und Luftverkehr. Auch in Anbetracht der ständig steigenden Energiepreise und der Endlichkeit der Ressourcen ist eine Verkehrswende dringend erforderlich.

Verkehrsberuhigung, Parkraumbewirtschaftung, Überwachung der Geschwindigkeit und des ruhenden Verkehrs stehen noch am Anfang bzw. werden von den interessierten Lobbyisten erfolgreich bekämpft. Die Straßenschäden nehmen von Jahr zu Jahr zu, die Unterhaltungskosten laufen davon. Viele Brücken im Stadtgebiet waren oder sind einsturzgefährdet bzw. wurden erst in letzter Minute mit hohen Kosten saniert. Ein gesteigertes Verkehrschaos ist jedes Mal die Folge. An vielen Stellen produziert eine dilettantische, vor allem auf das Auto fixierte Verkehrsführung zusätzliche Unfallgefahren. Während eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden im In- und Ausland schon seit Längerem ernsthafte Konsequenzen aus der Verkehrslawine zieht und konsequent umsteuert (herausragende Beispiele: Freiburg, Karlsruhe, Hasselt in Belgien, Drachten in den Niederlanden usw.) schreckt man in Duisburg vor mutigen Entscheidungen immer noch zurück.

Gemeinsame Verkehrsflächen für alle

Bei der künftigen Stadt- und Verkehrsplanung soll verstärkt das Prinzip der gemeinsam und gleichberechtigt genutzten Flächen im Verkehrsraum (Shared Space) eingesetzt werden. Dadurch wächst die gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer untereinander und das Geschwindigkeitsniveau des Autoverkehrs wird gebremst. Ein positives Beispiel dazu ist der umgestaltete Opernplatz vor dem Stadttheater. Durch Shared Space sinkt die Zahl der schweren Unfälle und gleichzeitig kann der Ampel- und Schilderwald gelichtet werden.

Das will DIE LINKE:

- Soviel Mobilität wie nötig, so wenig Verkehrsbelastung wie möglich.
- Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs zugunsten von umweltverträglichen Verkehrsträgern (v. a. Busse, Bahnen, Binnenschifffahrt).
- Raumordnung mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung, -verminderung und Verkehrsverlagerung.
- Transparenz und gerechte Anlastung der tatsächlichen Kosten auf die Verkehrsträger.

- Konsequente ökologische Steuerreform, d. h. Einsatz der aufgebrauchten Mittel für eine ökologische Verkehrswende.
- Umschichtung von Mitteln zugunsten von Sammelverkehren (Straßenbahn, Bus und Eisenbahn) sowie zugunsten des Rad- und fußläufigen Verkehrs und Einsparungen im Straßenbau.
- Behindertengerechte Verkehrsmittel und -infrastruktur.
- Tempo 30 als Regel im innerstädtischen Verkehr/Reduzierung des Vorbehaltssnetzes.
- Schaffung autoarmer bzw. autofreier Wohngebiete.
- Förderung von Car-Sharing.
- Förderung des Umweltverbunds, systematische Verknüpfung des öffentlichen Verkehrs mit dem Rad- und Fußverkehr.
- Abbau der für die Anwohner unerträglichen Belastungen durch den Lkw-Verkehr.
- Umleitung des Schwerlastverkehrs direkt zur Autobahn, großflächige Sperrung von Wohngebieten und Stadtteilen für den Schwerlastverkehr.
- Errichtung einer flächendeckenden Umweltzone im westlichen Ruhrgebiet, unter Einbeziehung auch des linksrheinischen Stadtgebietes und der Industrie- und Hafenflächen.
- Errichtung von Shared Space Flächen in den Stadtteilen und der Stadtmitte.

ÖPNV-Vernachlässigung kommt teuer zu stehen

In Übereinstimmung mit der immer noch vorherrschenden Orientierung in Bund und Land arbeitet die örtliche Politik den Auto-, Straßenbau- und Mineralölkonzernen direkt in die Hände. Sie begünstigt außerdem eine – überwiegend männliche – Minderheit der Bevölkerung. Die Mehrheit (v. a. Frauen, Kinder, Jugendliche, RentnerInnen, Nichterwerbstätige, Hartz-IV-EmpfängerInnen) wird in ihrer Mobilität in Wahrheit seit Langem und immer weiter eingeschränkt! Die Kosten für Straßenbau und -unterhaltung sowie alle sonstigen externen Kosten (wie Umwelt- und Gesundheitsschäden oder Todesfälle) werden aber allen aufge-

bürdet. Sie belasten immer stärker die öffentlichen Haushalte und die Gesellschaft als Ganze. Für EinwohnerInnen mit niedrigem Einkommen muss deshalb umgehend ein Sozialticket zur Sicherung des Rechts auf Mobilität eingeführt werden. Das Duisburger Sozialticket soll als nicht übertragbare Monatskarte im gesamten Tarifbereich und für alle Verkehrsbetriebe des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) gelten auch für Azubis, SchülerInnen, Behinderte, SeniorInnen, HeimbewohnerInnen und Flüchtlinge erhältlich sein.

In bundesweiten Städtevergleichen rangiert Duisburg ganz unten, was Umfang und Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) betrifft. Aktuelle Gutachten haben z. B. bestätigt, dass die DVG das Fahrgastpotenzial bei Weitem nicht ausschöpft. Der Ausbau des Schienenverkehrs ist unterblieben. Strecken wurden stillgelegt. Das dichte Schienennetz der DB AG sowie mehrerer Werks- und Regionalbahnen wird nicht einbezogen und intensiv genutzt. Die ohnehin schlechte Netzqualität der Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG) wird durch Linienstreichungen und schlechtere Taktzeiten immer unattraktiver. Die DVG muss durch massive Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt unterstützt werden. Die Mitfinanzierung durch den steuerlichen Querverbund mit den Stadtwerken ist zudem durch die neoliberale Entwicklung des EU-Rechts gefährdet. Personalabbau, Leistungsverdichtung, Fremdvergabe von Linien, Lohn- und Sozialdumping durch Ausgliederung sind Stadtpolitik. Andererseits werden durch einen kostspieligen U-Bahn-Torso riesige öffentliche Mittel verschwendet. Anstelle des ständigen Neu- und Ausbaus immer breiterer Straßen muss endlich eine Neuordnung des ÖPNV-Netzes her. Fortschrittliche Projekte wie der Rhein-Ruhr-Express, die Niederrheinbahn mit zusätzlichen Anbindungen nach Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn und die Reaktivierung der Walsum-Bahn (Oberhausen – Walsum) und der Ratinger Weststrecke (Hauptbahnhof – Wedau – Ratingen-West – Düsseldorf) müssen schnell angegangen werden. Duisburg braucht über die beiden bestehenden Straßenbahnstrecken hinaus ein ganztägiges Schnellliniennetz, das sowohl die Stadtteile untereinander als auch mit der Innenstadt und den Nachbarstädten verbindet. Die Empfehlungen der Gutachter, das Straßenbahnnetz auszuweiten – auch auf die linke Rheinseite – ist in die langfristige Planung des neuen Nahverkehrsplans (NVP) einzuarbeiten. Hierzu muss auch der Sachverstand kompetenter BürgerInnen und Verbände (z. B. Pro Bahn und VCD) unbedingt einbezogen werden.

Duisburg muss alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit sich Menschen mit Behinderungen ohne Einschränkungen ihrer Mobilität in der Stadt bewegen können. Hierbei kommt dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine besondere Bedeutung zu. Das Netz des ÖPNV muss konsequent barrierefrei werden. Die Ausrüstung der Busflotte mit Niederflurfahrzeugen mit fahrzeuggebundenen Einstiegshilfen muss konsequent fortgesetzt werden. Das gilt auch für Linien, die an private Betreiber abgetreten worden sind. Ebenso müssen sukzessive alle Halte-

stellen barrierefrei umgebaut werden. Dabei ist auch auf die Qualität der umgestalteten Haltestellen zu achten, besonders bei der Bahn-/Bussteighöhe. Busbuchten sind – wo immer möglich – durch einstiegshöhenfreundliche Buscaps zu ersetzen. Bei der Umgestaltung sind die Behindertenverbände einzubeziehen. Auch die Diskussion um Befestigungsgurte für RollstuhlfahrerInnen in den Bussen ist mit den entsprechenden Gremien und Gruppen konstruktiv zu Ende zu führen (siehe auch das Kapitel Barrierefreiheit).

In den Schwachlastzeiten ist eine Erreichbarkeit aller Stadtteile zu gewährleisten, etwa mit einem Nachtnetz nach Oberhausener Vorbild. Anstatt ganze Stadtteile abends vom Netz abzuhängen, werden von ca. 23.00 Uhr an alle Gebiete der Stadt durch ein spezielles Nachtliniennetz erschlossen. Um ein gesichertes Umsteigen zu gewährleisten, werden ab wichtigen Verkehrsknoten wie Hauptbahnhof oder Marxloh-Pollmann sogenannte Sternfahrten angeboten. Hier treffen verschiedene Linien zeitgleich aufeinander und warten auf die jeweiligen Umsteiger. Das Nachtnetz ist werktags bis ca. 03.00 Uhr morgens und am Wochenende bis zum morgendlichen Betriebsbeginn der regulären Linien in Betrieb zu halten.

Zur Steigerung der Fahrgastzahlen soll eine Image- und Öffentlichkeitskampagne erfolgen. Um die Qualität des Bus- und Bahnliniennetzes im gesamten Stadtgebiet zu verbessern, ist ein Fahrgastbeirat einzurichten. Bei der längst überfälligen Fortschreibung des Nahverkehrsplans ist der Sachverstand von Fahrgastverbänden wie Pro Bahn und der ÖPNV-NutzerInnen einzubeziehen. Die bisherige ÖPNV-Planung mit dem Rotstift muss endlich ein Ende haben. Die Förderung des ÖPNV ist eine Investition in die Zukunft, besonders in Zeiten knapper Ressourcen und zunehmender Umweltprobleme.

Das will DIE LINKE:

- Nicht Rückbau, sondern Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Ein komplett neues flächendeckendes, optimales Liniennetz für den ÖPNV unter Einschluss der Großbetriebe.
- Aufstellung des längst überfälligen neuen Nahverkehrsplans.
- Aufbau eines Schnellliniennetzes neben den Erschließungslinien.
- Erschließung aller Stadtgebiete in einem angemessen dichten Takt, auch in den Schwachlastzeiten wie abends und am Wochenende.

- Aufbau eines richtigen Nachtliniennetzes nach Oberhausener Vorbild.
- Einführung von Taxibussen für die Außenbezirke und in Schwachlastzeiten.
- Netzqualität und dichte Taktzeiten statt isolierter Beschleunigungsstrecken.
- Kein weiterer Ausbau der teuren unterirdischen Stadtbahnstrecken.
- Ausbau des Straßenbahnnetzes.
- Wiederherstellung der Bahnverbindung Walsum – Marxloh – Neumühl – Oberhausen (und Überprüfung einer Durchbindung nach Duisburg Hbf.).
- Schnelle Realisierung eines Schienen gebundenen Rhein-Ruhr-Express-Netzes zur Erschließung der gesamten Region anstelle einer einzelnen Schnellverbindung Dortmund – Köln.
- Schneller Ausbau der Niederrhein-Bahn nach Xanten, mit Abzweigen nach Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn.
- Durchgehende Ampel-Vorrangschaltung für alle Straßenbahnen und Buslinien.
- Vorrang für ÖPNV durch eigene Bus- oder Umweltpuren und -trassen, auch zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs (MIV).
- Dichtes Haltestellennetz, optimale Schnittstellen beim Wechsel von Linien und Verkehrsträgern.
- Einheitliche, überschaubare und attraktive Tarifstrukturen.
- Einführung des Sozialtickets.
- Flächendeckende Mobilitätsberatung.
- Schaffung von Fahrgastbeiräten.
- Begleitung und Beaufsichtigung in Bussen und Bahnen durch Fachpersonal, keine schwarzen Sheriffs!
- Einnahmen durch "Knöllchen" und Parkgebühren müssen zweckgebunden zur Förderung des ÖPNV verwendet werden.

- Verwirklichung der seit Jahren geplanten Bahnverbindung von Duisburg über Wedau und Ratingen (West) nach Düsseldorf.

Schienegebundene Güterverkehre ausbauen

Unsere Stadt könnte ein Zentrum neuer Verkehrspolitik und bahntechnischer Industrie werden. Zahlreiche Arbeitsplätze könnten gesichert und geschaffen werden, würden die Chancen der Bahn durch Politik und Unternehmen endlich gemeinsam ergriffen und die vorhandenen Ansätze massiv ausgebaut.

Im Rahmen der immer stärker geforderten und sinnvollen Renaissance der Schienen gebundenen Verkehre könnte gerade Duisburg in Zusammenarbeit mit dem gesamten Ruhrraum neue Maßstäbe setzen. Wir unterstützen Bestrebungen, Bahnstrecken für den Personen- und Güterverkehr zu reaktivieren. Mit einer intensiven Vernetzung und erweiterten Kooperation der zahlreichen Werks- und Regionalbahnen mit den Gesellschaften der DB-Holding könnte die Verkehrswende auch im Güterverkehr konkret werden.

Beim Ausbau der Schieneninfrastruktur ist genau so wie beim Straßenbau auf ausreichenden Lärmschutz zu achten, besonders bei Trassen in der Nähe von Wohngebieten.

Gefahrguttransporte müssen von innerstädtischen Straßen so weit wie möglich auf Schiene und Wasserstraßen verlagert werden. Unnötige Transporte gefährlicher Waren und Güter müssen vermieden werden.

Binnenschifffahrt fördern

Die Duisburger Häfen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und eine bedeutende Drehscheibe des europäischen Güterverkehrs. In einem integrierten Verkehrskonzept muss eine enge Verzahnung zwischen dem Güterverkehr auf der Bahn und der Binnen- und Küstenschifffahrt erfolgen. DIE LINKE lehnt jede Form der Privatisierung des Duisburger Hafens ab.

Bahnprivatisierung verhindern

DIE LINKE hatte sich vehement gegen die Bahnprivatisierung gestellt. Der durch vielfache Proteste und die Finanzmarktkrise vorerst gestoppte Börsengang der DB AG muss endgültig vom Tisch. Es ist zu befürchten, dass sich eine börsennotierte Bahn noch stärker als heute auf die lukrativen Haupt- und Fernstrecken konzentrieren wird. Es muss verhindert werden, dass es im Güterbereich zu weiteren

Streckenstilllegungen und Abbau von Bahnanschlüssen kommt. Jede Streckenstilllegung führt zu einer weiteren Belastung des Straßennetzes. Bei dem steigenden Güterzugaufkommen auf der Betuwe-Linie von Emmerich nach Oberhausen z. B. wird es auf der heute nur zweigleisigen Strecke zu weiterer Ausdünnung im Schienen-Personennahverkehr (SPNV) kommen. DIE LINKE wird sich mit allen Mitteln gegen Einschränkungen im SPNV einsetzen.

Das will DIE LINKE:

- Einführung eines Ringverkehrs Rhein-Ruhr für planmäßige Güterzüge.
- Stärkere Vernetzung von DB-, Werks- und Regionalbahnen.
- Anbindung der Gewerbe- und Industriegebiete an das Schienennetz.
- Unterstützung von Firmen, die auf Schiene statt Straße setzen.
- Verstärkte Nutzung des Bahntransports u. a. bei Logport I und II und in der Schwerindustrie unter Berücksichtigung des Lärmschutzes.
- Verkehrskonzept für den Duisburger Süden, besonders für die Anbindung der Großindustrie und Logport II an das Schienen- und übergeordnete Straßennetz bei Rücksichtnahme auf bestehende Wohngebiete.
- Fortführung und Ausbau der Betuwe-Strecke von Rotterdam ins Ruhrgebiet auf deutscher Seite.
- Reaktivierung des „Eisernen Rheins“ nach Antwerpen.
- Gefahrguttransporte verringern und die notwendigen Transporte wo immer möglich auf Schiff und Bahn verlagern.
- Stopp der Bahnprivatisierung.

Rad- und fußläufigen Verkehr fördern

Der nicht motorisierte Individualverkehr steht in Duisburg im Abseits. Radfahren und das Zufußgehen macht heute keinen Spaß. Zugunsten des reibungslos fließenden Auto- und Lkw-Verkehrs wurden Radler und FußgängerInnen jahrzehntelang auf viel zu schmale Restflächen an den Rand gedrängt. An Knoten-

punkten und Ampelanlagen werden ihnen Umwege und lange Wartezeiten zugemutet. Die schmalen Rad- und Gehwege werden vielerorts auch noch (teils legal oder geduldet) als Parkplatz missbraucht. Der Zustand von Rad- und Gehwegen ist in der Regel noch schlechter als der der Straßen.

Damit sie den motorisierten Verkehr nicht stören, wurden RadfahrerInnen häufig auf die Gehwege verbannt. Hier kommt es zu Konflikten mit FußgängerInnen und zu Gefährdungen der schwächsten Verkehrsteilnehmer. Besonders Kinder und Menschen mit Behinderungen sind davon betroffen. Moderne Einrichtungen für den Radverkehr wie Radfahrstreifen, Fahrradstraßen, Velo-Routen oder gesicherte Abstellanlagen sind zwar auch in Duisburg längst beschlossen, die Verwirklichung findet aber durch die begrenzten finanziellen Mittel und eine falsche Prioritätensetzung viel zu langsam statt.

Der letzte Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) sieht Duisburg mit einer Schulnote von 4,76 auf dem 33. Platz unter 35 Städten über 200.000 Einwohner. Dies zeigt, wie notwendig eine gezielte Förderung des Radverkehrs ist. Der Nationale Radverkehrsplan des Bundes muss auch in Duisburg konsequent umgesetzt werden.

In den letzten Jahren hat auch in Duisburg ein Umdenken eingesetzt. Bei neuen Planungen für den Radverkehr werden verstärkt moderne Infrastrukturmittel zur Radverkehrsförderung ein- und umgesetzt. DIE LINKE wird die Stadt bei der Erweiterung von Radfahrstreifen und Schutzstreifen tatkräftig unterstützen. Nach der Umsetzung des Landesveloroutennetzes unterstützen wir auch die Errichtung eines kommunalen Radroutennetzes inklusive Ausschilderung, wie es erste Pläne bereits seit 1999 vorsehen. Die Öffnung von geeigneten Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr muss endlich auch in Duisburg konsequent und flächendeckend umgesetzt werden. Dies vermeidet Umwegfahrten und oftmals auch die Nutzung von gefährlichen Hauptverkehrsstraßen für die RadfahrerInnen.

Die Duisburger City ist aus Radfahrersicht immer noch ein großes Problem. Zwar ist der Radverkehr auf der Königstraße mit seinen vielen Zielen zugelassen, als Durchgangsstrecke ist die Fußgängerzone durch ihre zahlreichen Brunnen und Einbauten und der Vielzahl an großen Veranstaltungen nicht geeignet. Die parallel verlaufenden Straßenzüge müssen dringend mit neuen Radverkehrsanlagen attraktiver gestaltet werden.

Weitere straßenunabhängige Trassen wie schon beim „Grünen Pfad“ und der ehem. HOAG-Bahn sind zu planen und anzulegen. Genannt sei hier der „Grüne Ring“ zwischen Hochfeld, dem Sportpark und der Innenstadt, der kreuzungsfrei

das Stadtzentrum mit den Rheinpark und die Naherholungs- und Sportstätten an der Wedau miteinander verbinden kann.

Duisburg muss endlich Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte (AGFS) werden. Nach der inzwischen erfolgten Antragstellung durch Ratsbeschluss müssen weitere Voraussetzungen geschaffen werden, um als Mitglied akzeptiert zu werden. DIE LINKE wird den langen Prozess auf dem Weg zur fahrradfreundlichen Stadt konsequent unterstützen. Es muss ein Runder Tisch Radverkehr ins Leben gerufen werden. Dazu fordern wir auch eine noch stärkere Einbeziehung des ADFC bei allen anstehenden städtischen Planungen, die den Radverkehr betreffen.

Eine Öffentlichkeitskampagne mit dem Ziel einer Veränderung des Modal-Splits zugunsten der umweltverträglichen Verkehrsträger soll für eine breitere Nutzung der besser werdenden Fahrradinfrastruktur werben.

Duisburg hat eine „Scharnierfunktion“ zwischen dem Niederrhein und dem Ruhrgebiet. Das daraus resultierende Potenzial im zukunftsorientierten Tourismus- und Freizeitbereich muss endlich erkannt und gefördert werden.

Das will DIE LINKE:

- Ausbau und laufende Instandhaltung des Radverkehrsnetzes mit eigenen Spuren.
- Anlage von Radfahrstreifen auf der Fahrbahn anstelle von Radwegen auf Kosten der Gehwegbreite.
- Abbau der Benachteiligung von nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern an Ampelanlagen.
- Schaffung sicherer Querungshilfen an stark befahrenen Straßen.
- Anlage von Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen).
- Bordsteinabsenkungen, die sowohl Radfahrern, Behinderten und Kinderwagen gerecht werden.
- Schaffung eines dichten und beschilderten Velo-Routen-Netzes möglichst abseits stark befahrender Hauptstraßen.

- Bike&Ride an allen wichtigen Haltestellen des ÖPNV.
- Ausweitung der kostenfreien Fahrradmitnahme in allen öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Ausbau von Fahrradboxen und weitere Radstationen an Verkehrsknotenpunkten und sozial bedeutsamen Zielorten.
- Ausbau eines flächendeckenden Netzes an Ausleihstationen für Fahrräder.
- Aktualisierung des Fahrradstadtplans.

11. Stadt barrierefrei gestalten

Sozialer und menschengerechter Städte- und Wohnungsbau ist noch immer eine zentrale politische Herausforderung. Vor allem aus der Sicht von mobilitäts- eingeschränkten MitbürgerInnen. Damit sind nicht nur die über 1.000 RollstuhlfahrerInnen oder die in ihrer Sehkraft eingeschränkten Menschen in Duisburg gemeint. Zahlreiche Mitmenschen sind auf unterschiedliche Weise vorübergehend oder dauerhaft bewegungseingeschränkt. Nehmen wir etwa die Besonderheiten des Lebensalters (kleine Kinder, alte Menschen), sei es der eingegipste Fuß, die Gelenkarthrose oder eine Schwangerschaft. Betroffene sind mit steilen Treppen, fehlenden Aufzügen, schweren Türen, Stolperstellen, rutschigen Böden, hohen Einstiegen bei Bussen und Bahnen, fehlenden Behindertentoiletten, mangelnder Ausschilderung, mangelnden Leitsystemen und vielem anderen mehr konfrontiert.

Es gibt also nicht den „Durchschnittsmenschen“, der den meisten Architekten und Stadtgestaltern vor Augen schwebt. Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist anders und vielfältiger. Soziale und menschengerechte Bauweise hat darauf Rücksicht zu nehmen. Eine Gesellschaft, die Barrieren errichtet, kein Bewusstsein darüber entwickelt, ihren Abbau und ihre Vermeidung nicht als ständige Herausforderung annimmt, hat soziale Defizite und ist Entwicklungsland.

Das Problem sind nicht die Menschen, sondern die vielfältigen Barrieren im öffentlichen und privaten Bereich. Wir wollen, dass grundsätzlich jeder Mensch alle öffentlich zugänglichen Bereiche und alle dazugehörigen Funktionen ohne Hilfe nutzen kann, soweit es nach aktuellem Stand der Technik machbar ist. Konsequente Enthinderung erfordert Sensibilität, Umsicht, Sachverstand und die Einbeziehung von Betroffenen. Zwar gibt es inzwischen viele Baurechtsvorschriften und DIN-Normen, es gibt das grundgesetzliche Diskriminierungsverbot und das

Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz. Aber ihre konsequente Umsetzung steht noch aus. Dabei kann die Ausrede „mangelnde Finanzen“ nicht akzeptiert werden. Enthinderung kostet Geld, aber oft handelt es sich um Maßnahmen, die für geringe Mittel zu machen sind, wie Ausschilderungen, die fachgerechte Anbringung von Stützbügeln in Behindertentoiletten oder Bordsteinabsenkungen.

Barrierefreiheit muss durchgängiges Thema bei jeder Planung von öffentlichen Bauvorhaben sein. Vorhandene Barrieren müssen systematisch erfasst und abgearbeitet werden. Dafür brauchen wir einen bürgerschaftlichen Beirat, der mit Betroffenen und Fachleuten besetzt ist. Er ist im Planungsstadium zu beteiligen, bei der Abnahme von Baulichkeiten und bei der Beseitigung von vorhandenen Barrieren. Im städtischen Haushalt und in den Etats der städtischen Beteiligungsgesellschaften sind dafür Finanzmittel vorzusehen. Die Ratsfraktion der LINKEN hat 2006 in einer Studie über Barrieren und Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln in Duisburg zahlreiche Defizite aufgezeigt. Die Verwaltungsspitze sagte zu, sich der Probleme anzunehmen. Anfang 2008, rund zwei Jahre später, haben unsere Stichproben ergeben, dass nur wenige Verbesserungen festzustellen waren. Damit werden wir uns nicht abfinden.

Das will DIE LINKE

- Aufstellung eines Maßnahmenplans „Duisburg enthindern“.
- Umwandlung des Beirates für Menschen mit Behinderungen in einen Ausschuss des Rates.
- Bildung eines bürgerschaftlichen Beirats für eine barrierefreie Stadt unter Einbeziehung von Betroffenen und Trägerorganisationen der Behindertenarbeit.

12. Nachhaltiger Umwelt- und Ressourcenschutz

Schwerindustrie und Emissionen

Die schwerindustrielle Prägung hat seit dem 19. Jahrhundert in Duisburg besonders gravierende Umweltbeeinträchtigungen der Luft, des Wassers und des Bodens mit sich gebracht. Generationen hatten unter Abgasen, Stäuben, vielfältigen Schadstoffen, Grundwasserverschmutzung, Lärm, Bergbausenkungen usw. zu leiden. Das Stadtgebiet ist mit Altlasten und Altlastenverdachtsflächen

übersät. Die häufig enge Verflechtung von Industrie- und Wohngebieten hat die Umwelt- und Sozialprobleme noch verstärkt. Massiver öffentlicher Druck, neue Rechtsvorschriften und technischer – vor allem nach-, statt vorsorgender – Umweltschutz haben inzwischen etliche Belastungen deutlich reduziert. Aber der Ausstoß lungengängiger Feinstäube, krebserzeugender Schwermetalle und von Dioxin ist in Duisburg immer noch zu hoch. Die emittierende Industrie wird immer noch mit Samthandschuhen angefasst. Angesichts der hohen Vorbelastungen regt sich aus herrschender Politik und Verwaltung zu wenig Widerstand gegen neue Vorhaben und ihre Emissionen. Dazu zählen allein in letzter Zeit das Kohlekraftwerk Walsum, der TKS-Hochofen 8 oder der Erweiterungsbau der HKM-Kokerei auf Basis umweltschädlicher Nasslöschung. Teilweise hochgiftige Reststoffe und Abfälle der Stahlindustrie (z. B. schwermetall- und dioxinhaltige Stäube) werden von Unternehmen unter umweltschädigenden und sogar kriminellen Bedingungen aufgearbeitet, wie u. a. der Dioxin-Störfall bei der B.U.S. im Duisburger Süden 1999 bewiesen hat. Das Werksgelände der insolventen Verwertungsfirma Sudamin wurde hochgradig verseucht zurückgelassen. Öffentliche Mittel in Höhe von über 50 Mio. Euro mussten zu seiner Sanierung aufgebracht werden.

Motorisierter Verkehr und Emissionen

Hinzugekommen sind in den letzten Jahrzehnten – meist unsichtbare – neue und gefährlichere Schadstoffe und Schadstoffverbindungen wie Dioxine und Furane aus Industrie-, Müllverbrennungs- und Energieerzeugungsanlagen, deren Verminderung und Vermeidung immer wieder erkämpft werden muss. Die Emissionen des massenhaft angestiegenen motorisierten Straßengüter-, Personen- und Luftverkehrs (Abgase, Feinstaub, Lärm) stellen bundesweit inzwischen sogar das Hauptproblem dar. In Duisburg ist die Industrie allerdings immer noch Hauptverursacher. Wir brauchen die flächendeckende Umweltzone Ruhr gegen Feinstaubgefahren anstelle des von der schwarz-gelben Landesregierung verabschiedeten Flickenteppichs. Als regionale und internationale Verkehrsdrehscheibe – insbesondere des Straßengüterverkehrs – ist Duisburg durch hohe Emissionen belastet. Hinzu kommen die motorisierten Pendlerströme. Die Stadt hat – zusammen mit den übergeordneten staatlichen Ebenen – seit Jahrzehnten eine rücksichtslose Auto- und Lkw-Vorrang-Politik betrieben. Zersiedlung, Auseinanderfallen von Wohnen, Arbeiten, Konsum und Freizeit sowie ein zunehmend unattraktiver ÖPNV lässt für viele das Auto alternativlos erscheinen. Dies wollen wir ändern.

Strahlenbelastung

Gesundheitsgefährdende Strahlung im Stadtgebiet ist eine weitere Gefahrenquelle. Sie wird verursacht durch den rapiden Ausbau der Mobilfunknetze oder ähnlicher Kommunikationsinfrastrukturen mit mehreren hundert Antennen im Stadtgebiet, Richtfunknetze oder WLANs an Schulen und dem damit verbundenen Elektrosmog. Durch den Transport und die Verarbeitung von radioaktivem Abfall (Gesellschaft für Nuklearservice – GNS in Wanheimerort) kommen weitere Gefahren hinzu. Diese Verarbeitung hat im Stadtgebiet nichts zu suchen.

Pipelines

Zahlreiche Rohrleitungen durchziehen das Stadtgebiet, durch die Gase, Treib- und Rohstoffe für die Stahl- und Chemieindustrie transportiert werden. Sie stellen ein dauerndes Gefahrenpotenzial dar und müssen mit größtmöglicher Sicherheit betrieben werden. Der Konflikt um die produktionstechnisch unnötige CO-Pipeline für Bayer zwischen Dormagen und Krefeld zeigt, wie wichtig es ist, das Gefährdungspotenzial öffentlich zu diskutieren, zu klären und Widerstand zu leisten, wenn es vermeidbar ist. Die CO-Pipeline ist aus Sicht der LINKEN unnötig und nicht zu verantworten.

Die geplante CO-Pipeline soll – nicht nur im Duisburger Süden – eng an der Wohnbebauung entlang geführt werden. Dadurch wird das Vergiftungsrisiko für die betroffene Bevölkerung bei einem möglichen Leck erheblich größer. Das Gefährdungspotenzial wurde von allen Landtagsparteien sträflich unterschätzt. Das Pipeline- und Enteignungsgesetz passierte praktisch einstimmig den Landtag. Die Ratsfraktion der LINKEN Duisburg hatte bereits frühzeitig, aber vergeblich, auf die Problematik aufmerksam gemacht. Erst nachdem sich massiver Widerstand aus der Bevölkerung und auch vieler Kommunen an der geplanten Trasse entwickelte, zeigten sich Risse in der Front der etablierten Parteien. Nun standen selbst CDU-Bürgermeister gegen das Projekt. Während die grüne Landtagsfraktion nach vielen Monaten ein Änderungsgesetz einbrachte, stimmten die Landtagsfraktionen von CDU und SPD dagegen. Besonders widersprüchlich zeigten sich die Duisburger Landtagsabgeordneten der SPD. Der Duisburger Rat wandte sich erst kritisch gegen das Projekt, als er genehmigungsrechtlich praktisch keine Rolle mehr spielte. Nach einem wichtigen juristischen Erfolg der Gegner ist die Inbetriebnahme der Pipeline derzeit offen.

Kohlendioxidwirtschaft

Bei der Großkokerei Schweglern und bei der Kokereierweiterung der Hüttenwerke Krupp-Mannesmann werden Kokslöschverfahren angewendet, die unterhalb des

Standes der Technik liegen. Riesige Mengen an Wärmeenergie werden ungenutzt in die Umwelt geblasen. Sinnvoll genutzt könnten allein aus der Schwelgern-Kokerei von ThyssenKrupp 100.000 Haushalte mit Strom versorgt werden. Ende 2008 beantragte HKM sogar eine Verschlechterung des Genehmigungsstands. Den Neubau von riesigen Kohlekraftwerken wie in Walsum und anderswo lehnen wir aus Klima- und Gesundheitsschutzgründen ab. Hier wird sogar noch auf Kraft-Wärme-Kopplung verzichtet! Weitere Kohlekraftwerke sind bundesweit Teil einer falschen und gefährlichen Weichenstellung. Diese zementiert die Energieerzeugung mit inländischer Braunkohle und importierter Steinkohle. Sie setzt weiterhin gigantische Mengen des klimaschädlichen Kohlendioxids frei, dessen Gefahren und katastrophale Folgen für die Menschheit wissenschaftlich erhärtet und von der UN publiziert wurden. Wir wollen den geordneten Rückzug aus der Kohlendioxidwirtschaft, soweit es irgend möglich ist. Dezentrale, umwelt- und klimaschonende Alternativen (Sonnen- und Windenergie, Erdwärme, Biomasse usw.) sind längst vorhanden und müssen energisch vorangetrieben werden. Vor allem die Energieeinsparungsmöglichkeiten werden bisher kaum ausgeschöpft. Wichtige Einstiege wurden mit dem Programm ESPADU an Schulen, dem KlimaTisch, der Ausweisung von Windkraftzonen im Stadtgebiet oder dem Aufzeigen der alternativen Energiepotenziale gemacht.

Weltweite Auswirkungen

Umweltgefährdung und konsequenter Umweltschutz gehen über Stadt- und Ländergrenzen hinaus. Beim Umweltschutz geht es nicht nur um die direkten oder potenziellen Schäden vor Ort. Der gewaltige Mengenverbrauch an Rohstoffen und Energie (Eisenerze, Kohle, Mineralöl usw.) richtet anderswo in der Region und weltweit Schäden an. Die Stahlindustrie verbraucht immer noch Kohle aus dem nördlichen Revier und setzt inzwischen vor allem auf Importkohle. Diese wird mit besonderer Rücksichtslosigkeit gegen Mensch und Natur abgebaut, wie z. B. in China. Die Rohstoffe werden mit riesigen Frachtschiffen um den Globus transportiert. Der anhaltend massive Verbrauch von fossilen Energieträgern stellt nicht nur eine gigantische Ressourcenvernichtung dar. Neben den vielfältigen Schadstoffen, die Verbrennungsmotoren, Kraftwerke, Hüttenwerke und Müllverbrennungsanlagen in die Umwelt entlassen und Mensch und Natur nachhaltig schädigen, steht vor allem der CO²-Ausstoß im Mittelpunkt der Kritik. Er erzeugt nachweislich immer größere Gefahren für das Weltklima.

Schon jetzt steigt weltweit die Häufigkeit extremer Unwetter, Überschwemmungen und Dürreperioden an. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen treffen vor allem die Menschen in den ärmsten Ländern des Südens, die für den ungebremsten CO²-Ausstoß der reichen Industrieländer, sowie inzwischen auch Chinas, Russlands, Indiens und Brasiliens bezahlen müssen.

Jährlich werden in der Duisburger Stahlindustrie viele Millionen Tonnen Eisenerz vor allem aus Brasilien verhüttet, dessen Abbaubedingungen mit schlimmen sozialen und Umweltschäden verbunden sind. Das wichtigste Produkt der Duisburger Industrie – Stahlblech – wird überwiegend zur Produktion von Autos eingesetzt, deren massenhafte Verbreitung heute eines der schlimmsten Umweltprobleme darstellt.

Gentechnische Manipulation

Gentechnisch veränderte Organismen werden heute von der interessierten Chemieindustrie wie Monsanto, Syngenta, Cargill usw. weltweit systematisch verbreitet. Verlogene Propaganda („Kampf gegen den Welthunger“), Manipulation von wissenschaftlicher Forschung, kriminelle Machenschaften, millionenschwere Lobbyarbeit und Kauf von Politikern gehören dazu. Große Mengen Futtermittel aus den USA oder den Ländern des Südens sind bereits gentechnisch kontaminiert. Gentechnik und der mit ihr verbundene Einsatz von Agrargiften führt zu einer schleichenden Vergiftung von Böden, Gewässern und Lebensmitteln. Gentechnik zerstört die Artenvielfalt der Agrarprodukte, macht die Landwirte abhängig vom patentierten Saatgut und den zugehörigen Agrargiften der Konzerne und fördert die Unternehmenskonzentration in der Landwirtschaft. Die Ausbreitung und Vermischung der genmanipulierten mit natürlichen Organismen ist praktisch nicht kontrollierbar. Weder auf den Feldern, noch beim Transport und Umschlag. Die Folgen für die menschliche Gesundheit sind weitgehend unklar bis bedrohlich. Das Ganze findet gegen den Willen der großen Mehrheit der Verbraucher statt. Auch die Bundesregierung gibt sich dazu her, den Weg in eine gentechnisch veränderte Welt Schritt für Schritt zu ebnet. Auf Antrag der LINKEN hat sich die Stadtpolitik darauf verpflichtet, den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen auf städtischen Grundstücken nicht zu gestatten und auch keine Grundstücke anzukaufen, die entsprechend verunreinigt sind.

Information, Schutz und Vorsorge

Die gesetzlichen Anforderungen zum Schutz von Bevölkerung und Umwelt vor Beeinträchtigungen und Gefahren müssen deutlich und systematisch erhöht werden.

Informationspflichten der Betreiber und Informationsrechte der Bevölkerung müssen erheblich ausgebaut und es muss eine aktive und permanente Veröffentlichung der Daten erfolgen. Der Verbraucherschutz endlich ernst genommen werden. Sind die gesundheitlichen Auswirkungen umstritten, hat das Vorsorgeprinzip zu gelten. Die kommunale Ebene hat nur begrenzten Einfluss auf Geneh-

migungsverfahren von Großanlagen und Industriepolitik. Aber sie muss das ihr mögliche konsequent tun, um eine Kurswende herbeizuführen.

DIE LINKE unterstützt die BürgerInnen sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen die Umweltbelastungen und -gefahren wehren. Sie unterstützt Initiativen und Bewegungen, die für ökologische Alternativen eintreten. Sie setzt sich dafür ein, dass auch in den Gewerkschaften das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz noch ernster genommen wird. Dabei dürfen Arbeitsplätze und soziale Sicherheit nicht gegen Umweltschutz ausgespielt werden. Das angebliche Dilemma Arbeitsplätze oder Umwelt- und Verbraucherschutz existiert nur scheinbar. Es entsteht in einer profitorientierten Wirtschaft, die vom Grundsatz her auf Umweltschäden und soziale Verwerfungen keine Rücksicht nimmt. Sozialstandards sowie Arbeits-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz mussten und müssen der profitorientierten Wirtschaft stets abgerungen werden. Jede Technik, jedes Produktionsverfahren und jedes Produkt muss heute mehr denn je im Hinblick auf die Folgen eingeschätzt werden. Überwiegen die Schäden, bringen sie gar die natürlichen Lebensgrundlagen in Gefahr, müssen wir sie infrage stellen, anderen Techniken, Verfahren und Produkte entwickeln.

Arbeitsplätze und Umweltschutz nicht gegeneinander ausspielen

Mit der Schließung der DSK-Schachanlage Walsum ist in Duisburg ein lange Zeit prägendes Stück Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu Ende gegangen. Ihr Weiterbetrieb war in den letzten Jahren immer umstrittener. Er sollte großflächig unter dem Rhein mit seinen Hochwasserschutzdeichen, unter dem FFH-Naturschutzgebiet Rheinaue, aber auch – entgegen aller Zusagen für die Bevölkerung – unter Siedlungsgebiet verlaufen. Es wird deutlich, dass in diesem Konflikt legitime Interessen aufeinander stoßen und politisch abgewogene Entscheidungen getroffen werden müssen.

Die Stilllegung von Schachanlagen oder umweltgefährdenden Betrieben darf allerdings nicht auf Kosten der Beschäftigten und der Allgemeinheit durchgeführt werden. Die betroffenen Beschäftigten müssen akzeptable Ersatzarbeitsplätze, Umschulungsangebote und materielle Hilfen erhalten. Der DSK-Konzern ist bei der Bewältigung der Stilllegungs- und Folgekosten („Ewigkeitskosten“ wie das ständige Abpumpen von Wasser) in erster Linie heranzuziehen.

Nachhaltig wirtschaften und leben

Die Leitlinie des nachhaltigen, also dauerhaft tragfähigen wirtschaftlichen Handels kann nur sein: Unter geringstmöglicher Beeinträchtigung der natürlichen

Lebensgrundlagen die Bedürfnisse der Menschen nach einem gesicherten, guten Leben zu erfüllen und die Grundlagen für kommende Generationen zu erhalten.

Der bis heute vorherrschende nach- statt vorsorgende Umweltschutz (filtern, deponieren, ersetzen, reparieren usw.) ist in Duisburg noch längst nicht optimiert. Er muss durch integrierten, vorsorgenden Umweltschutz abgelöst werden. Die alten Vorstellungen von möglichst hohen Produktionszahlen, von hohem Mengendurchsatz und Konsum sind unhaltbar geworden. Wenn die Menschheit überleben will, muss sie umschalten.

Zukunftsfähig ist nur eine Kreislaufwirtschaft. Das heißt, konsequente Verminderung und Vermeidung von Umweltverbrauch bereits in der Produktion; hohe Qualität, Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit von Produkten, Erhaltung und Wiedergewinnung des Werkstoffs usw.

Studien (u. a. die Prognos-Studie für Greenpeace) haben außerdem belegt, dass eine industriepolitische Wende zum nachhaltigen Wirtschaften hunderttausende von Arbeitsplätzen sichern und schaffen könnte. Dass umweltbelastendes Wirtschaften und industrielle Monostrukturen auf Dauer äußerst negative Folgen für Stadtentwicklung und Sozialstruktur haben, ist auch in Duisburg auf Schritt und Tritt nachvollziehbar.

Die tatsächlichen Kosten des wirtschaftlichen Handelns für Umwelt und Gesellschaft müssen endlich transparent sein und verursachergerecht angelastet werden.

Stahl als bedeutendstes Produkt aus Duisburg ist darüber hinaus ein hervorragender, praktisch endlos wieder verwendbarer Werkstoff. Dazu gehört aber, dass Deutschland nicht länger einer der größten Schrottexporteure ist, sondern diesen Rohstoff selbst wieder einsetzt. Damit könnte gleichzeitig die Ressourcenschonung (Erze, Energie usw.) einen großen Schritt nach vorn machen. 80 % der Produktion von TKS geht in die Autoindustrie, deren Produkte angesichts der Klimakrise immer problematischer werden. Allein die umfassende Renaissance der Eisenbahn in Deutschland würde nach Berechnungen von Experten über 100 Mio. t Stahl erfordern. Das würde Beschäftigung auf Jahre hinaus sichern und wir könnten mit der notwendigen Verkehrswende ernst machen.

Jedes kommunalpolitische Handeln muss heute konsequent auf Umweltverbesserung und Nachhaltigkeit hin überprüft werden: Bei der Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung, der Industrie- und Gewerbeansiedlung, dem Flächen- und Landschaftsverbrauch, beim öffentlichen und privaten Wohnungsbau, der Energieversorgung, der Abfallwirtschaft, im kommunalen Beschaffungswesen, bei

öffentlichen Bauten usw. Industrieansiedlung darf nicht auf Kosten von Klimaschutz betrieben werden. An der Nahtstelle von Industrie und Wohngebieten dürfen überhaupt keine emittierenden Großanlagen mehr errichtet werden.

Die entscheidenden Rahmenbedingungen für umweltbezogenes Handeln werden außerhalb kommunalpolitischer Kompetenzen gesetzt. Unternehmerisches, gewinnorientiertes Wirtschaften entzieht sich weitgehend gesellschaftlicher Steuerung. Die rechtlichen Grundlagen werden auf EU-, Bundes- und Landesebene geschaffen. Die Duisburger Stadtpolitik kann allerdings durch eigenes Handeln vor Ort, vielfältige Einflussnahme, Beratung und -beteiligung der BürgerInnen sowie ein entsprechendes politisches Klima zu einer ökologischen Wende einen Beitrag leisten. Ein wichtiges Instrument wäre ein Zentrum für Nachhaltigkeit und umweltgerechtes Handeln. Es würde allen öffentlichen und privaten Akteuren offenstehen als Raum für Informationen, Ausstellungen, Veranstaltungen, Projekte usw. Dafür hat sich DIE LINKE erfolgreich eingesetzt. Der Vorschlag soll über einen mittelfristigen Zeitraum von der Stadtverwaltung realisiert werden.

Umweltfreundliche Energie durch kommunale Energiewende fördern

Wir fordern die Abkehr von fossilen Brennstoffen wie sie von der kritischen Wissenschaft und Forschung (z. B. im Klimabericht der UN), der Umweltschutzbewegung und von wachsenden Teilen der internationalen Politik für dringlich gehalten wird. Energieeinsparung und Erzeugung von Energie aus umweltverträglicheren Verfahren ist auch eine wichtige kommunale Aufgabenstellung.

Eine Privatisierung kommunaler Versorgungsunternehmen lehnen wir deshalb strikt ab. Wir fordern die Rekommunalisierung der Gesellschafteranteile der Stadtwerke von 20 %, die 2001 an das RWE und der 20 %, die an Thüga/Evonik verkauft worden sind. Nur öffentlich kontrollierte Stadtwerke ermöglichen wirksamen Umweltschutz, sozial verantwortbare Gebühren, einen Sozialtarif für Bedürftige und öffentliche Beschäftigung. Die Stadtwerke müssen zum Vorreiter der kommunalen Energiewende werden, die sich auf einen Zeitraum von max. 20 Jahren erstrecken sollte.

Die vorhandene Kraft-Wärme-Kopplung ist bereits ein wichtiges Plus der Duisburger Stadtwerke.

Die Energieberatung muss verstärkt werden. Die für Duisburg ausgewiesenen Windkraftflächen müssen – auch von den Stadtwerken – zügig genutzt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hat 2007 bereits einen Antrag zur Errichtung eines „Bürgerwindrads“ durchgebracht. Es soll durch Anteilsscheine in Verbindung mit Stromgutschriften finanziert werden.

Die Atomenergie ist nachgewiesenermaßen die gefährlichste und teuerste Energiequelle. Daher muss in den Stadtwerken und bei den Energieversorgern mit kommunaler Einflussmöglichkeit politisch die Nutzung von Atomstrom ausgeschlossen werden, wie es inzwischen in vielen anderen Kommunen gelungen ist. Als Alternative zu den fossilen Brennstoffen stehen umweltfreundliche Energien zur Verfügung, die ortsspezifisch genutzt werden können. So bietet sich im städtischen Bereich insbesondere die Nutzung von Solarenergie zur Warmwassergewinnung und Photovoltaik zur Stromgewinnung an. Auch Geothermie (Nutzung der Erdwärme) sollte angewendet werden. Wärmedämmung und Energieeinsparung bleiben zentrale Aufgaben. Neue Siedlungen oder der Umbau von vorhandenem Wohnungsbestand sollen beispielhaft sein für ökologische Infrastruktur, Energieversorgung und Wasserhaushalt. Dabei haben die städtische GEBAG und das Immobilienmanagement Duisburg (IMD) eine zentrale Rolle zu spielen.

Abfall- und Abwasserbehandlung

Haus- und Sondermüllverbrennung tragen zur Ressourcenvergeudung, Klimagefährdung und zum Anstieg gefährlicher Emissionen bei. Die Deponiefrage wird nur zeitlich gestreckt, weil die giftigen Verbrennungsreste ebenfalls deponiert werden müssen.

Der beste Müll ist der, der erst gar nicht entsteht und damit der einfachste, billigste und effizienteste Weg mit dem Abfall fertig zu werden. Es müssen daher Produkte entworfen werden, die weniger Abfall und Verschmutzung herbeiführen, dies muss bereits bei der Entwicklung der Produkte beginnen, weiter gehen über die Herstellung, der Logistik, der Nutzung bis hin zur späteren Entsorgung. Die ganze Kette von der Idee eines Produkts bis zum Ende vom Lebenszyklus muss umweltfreundlich gestaltet werden. VerbraucherInnen können dies mit ihrem Kaufverhalten beeinflussen, indem entsprechende umweltfreundliche Produkte ausgewählt werden.

Wir treten für ökologische und dezentrale Entsorgungslösungen anstelle von Großverbrennungsanlagen ein. So können z. B. mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen den Restabfall sinnvoller entschärfen und eine stoffstromspezifische Entsorgung ermöglichen. Dies schont sowohl die Umwelt als auch den Geldbeutel der Haushalte. Auch die Abfallwirtschaft muss in öffentlichen Betrieben gehalten werden, da nur so eine demokratisch kontrollierbare Steuerung erreicht werden kann. Abfall vermeiden lohnt sich in den Kommunen nur, wenn nicht gierige Müllverbrennungsanlagen gefüttert werden müssen.

Immer mehr wird Deutschland zum Müllentsorger Europas. Gewinnorientierte Müllverwerter importieren sogar aus dem 1600 km entfernten Neapel Müll, da das

Geschäft mit dem Müll immer einträglicher wird. Die vorgesehene Verbrennung von australischem Giftmüll in Herten konnte nach massiven Protesten verhindert werden.

Die Müllverbrennungsanlagen wurden in Erwartung wachsender Müllberge und Profite überdimensioniert gebaut. Sie benötigen immer mehr Müllmengen. Hinzu kommen die explodierenden Kosten für die sog. Stützfeuerung durch Heizöl. Die Zeche dafür zahlen die BürgerInnen.

In der Abfallpolitik steht Duisburg im Städtevergleich unabhängiger Umweltorganisationen schlecht da. Aufgrund von strategischen Fehlentscheidungen in der Vergangenheit wird der Hausmüll in der Oberhausener GMVA – in der die Stadt Duisburg trotz Privatisierung von Gesellschaftsanteilen immer noch Mitgesellschafterin ist – weitgehend unsortiert verbrannt. Langfristige Verträge zementieren diese umweltschädliche und teure Art der Abfallbeseitigung und -verwertung. Die Errichtung von biologisch-mechanischen Abfallbehandlungsanlagen ist nicht vorgesehen, die Erprobung der Biotonne im Versuchsstadium stecken geblieben. DIE LINKE will konsequente Müllverminderung und -vermeidung, die Trennung an der Quelle und weitestgehende Wiederverwertung. In der Wirtschaft wie im privaten Bereich. Müllvermeidung muss durch entsprechende Gebührenstaffeln belohnt werden. Auch in Duisburg konnten mit dem Verzicht auf eine geplante Sondermüllverbrennungsanlage (EZD) in den neunziger Jahren oder dem Verzicht auf die geplante Krankenhausmüllverbrennungsanlage beim Ev. Krankenhaus Nord bereits wichtige Teilerfolge durch Bürgerinitiativen und öffentlichen Druck erzielt werden. Die geplante Erweiterung der Hausmüllverbrennung in Krefeld lehnen wir ab.

Die Müllgebühren in Duisburg drohen nach dem langfristigen Vertrag der Stadt mit der Gemeinschaftsmüllverbrennungsanlage Oberhausen in den nächsten Jahren massiv anzusteigen. Hier muss die Stadtpolitik dringend Abhilfe schaffen.

Das Duisburger Abwasser muss unter hohem Aufwand von den vier städtischen Kläranlagen gereinigt werden. Häusliche Abwässer, häufig durch zahlreiche Reinigungsmittel und andere Chemikalien belastet, werden darüber hinaus noch mit hoch befrachteten Einleitungen aus Gewerbebetrieben und Industrie vermischt. Wir wollen weitere große Anstrengungen, um die Schadstofffracht im Abwasser zu minimieren. Dazu gehören öffentliche Kampagnen zur vermehrten Benutzung von abbaubaren Putz- und Reinigungsmitteln sowie ein verbessertes Angebot von ortsfesten und mobilen Gefahrstoffsammelstellen.

Geschützte Flächen sichern und ausweiten

Geschützte Flächen werden durch die bisherige Mehrheitspolitik in Duisburg immer wieder zur Disposition gestellt; egal ob unter SPD- oder CDU-geführter Stadtverwaltung, egal ob mit oder ohne Beteiligung der Grünen. Flächen, die im Biotopverbundplan stehen, werden Bauvorhaben geopfert, versiegelt und zweckentfremdet. Ersatzflächen und -pflanzungen stellen niemals einen gleichwertigen Ersatz dar. Nach umfangreichen Waldabholzungen wie für den Parallelkanal in Wedau dauert es viele Jahrzehnte, bis sich auf den Ersatzflächen wieder hochwertiger Wald entwickelt hat. Der Verlust an biologischen Habitaten mit ihren oftmals sogar auf der Roten Liste verzeichneten Tier- und Pflanzenarten schreitet fort. DIE LINKE setzt sich an der Seite der Umwelt- und Naturschutzverbände dafür ein, dass Schutzgebiete grundsätzlich geschützt bleiben. Wir brauchen endlich ein verbindliches Biotopverbundkonzept für das gesamte Stadtgebiet. Es ist nach Möglichkeit mit den Nachbarkommunen abzustimmen. Neue Parkanlagen wie der Rheinpark in Hochfeld sind in den Biotopverbund einzubeziehen. Ein Biotopverbundkonzept ist wichtig, um in städtischen Verdichtungsräumen mit ihren vielfältigen Zerschneidungen und Barrieren die Wanderung von Tier- und Pflanzenarten und ihren genetischen Austausch zu ermöglichen.

Die Stadt Duisburg muss in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden verstärkt Landschafts-, Naturschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Flächen (FFH- Flächen) für den Tier- und Pflanzenschutz ausweisen. Wir fordern die extensive Nutzung brachliegender Grünlandflächen für den Schutz und die Wiederherstellung von Flussauenlandschaften. Der Gewässerschutz gegen Verunreinigung, Trockenfallen usw. ist zu stärken. Stadtgrün, Parks, Friedhöfe, begrünte Dächer und naturnahe Ruhezone müssen in Stadtentwicklungsplanung, Umwelt- und Naturschutz weiter aufgewertet und gefördert werden. Rhein und Rheinufer sowie die Ruhr sind ökologisch von großer Bedeutung und zu schützen. Die Wasserqualität muss weiter gesteigert werden. Kleinere Gewässer müssen verstärkt renaturiert werden. Wasser muss als Gestaltungselement wieder stärker in die Stadt zurückgebracht werden. Die Anpflanzung von geeigneten Bäumen und Sträuchern ist zu fördern.

Das will DIE LINKE:

Umweltbewusstsein fördern

- Verankerung von Umweltschutzinhalten bei der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter der Verwaltung.

- Förderung der Umweltbildung und -erziehung in Kindergärten, Schulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen.
- Ein verbindlicher, langfristiger Maßnahmen- und Zielkatalog mit Zeitachse für die Entwicklung der kommunalen Umweltpolitik.

Abfallpolitik umstellen und Altlasten sanieren

- Konsequente Umstellung auf eine ökologische Abfallpolitik, weitestgehende Vermeidung der Müllverbrennung.
- Nachverhandlung zur Änderung des Vertrags mit der GMVA Oberhausen bzgl. der Müllverbrennungspreise.
- Verursacherprinzip bei der Altlastensanierung. Erstellung eines Zeit- und Finanzierungsplans zur Sanierung, abhängig von der Gefährdungslage.

Flächennutzung und -entwicklung verbessern

- Ein Flächenentsiegelungsprogramm für alle öffentlichen Grundstücke.
- Einen stadtweiten, planungsverbindlichen Biotopverbund.

Prüfung und Information von Umweltfaktoren

- Bei allen städtebaulich bedeutsamen Vorhaben der Kommune müssen Umweltbelange berücksichtigt werden.
- Fortschreibung der Luft- und Sonderluftreinhalteplanung nach strengen Maßstäben.
- Regelmäßige, flächendeckende Messung der Umweltbelastungen und ihre Veröffentlichung, solange Gefährdungspotenzial erkennbar ist oder besteht.
- Umfassender und kostenloser Zugang zu Umweltdaten.
- Strikte Anwendung des Vorsorgeprinzips bei elektromagnetischer Strahlenbelastung (Elektrosmog); Veröffentlichung aller relevanten Informationen.

- Hohe Sicherheitsstandards, ständig aktualisierte und erprobte Gefahrenabwehr- und Alarmpläne aller Unternehmen, die unter die Störfallverordnung fallen.
- Wiederherstellung der Sirenenwarnung.
- Optimale Ausstattung und Vorbereitung der Einsatzkräfte (v. a. Polizei und Feuerwehr).
- Konsequenter Hochwasserschutz, keine Experimente im Deichbau.
- Keine Gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf städtischen Grundstücken, kein Ankauf von gentechnisch genutzten Flächen.
- Beitritt zum Klimabündnis der Städte.

Umweltbewusst bauen

- Vorrang für ökologisches Bauen im öffentlichen und privaten Bereich.
- Konsequente Anwendung ökologischer Maßstäbe bei der Sanierung öffentlicher Gebäude.
- Ein kommunales Investitionsprogramm zur Instandhaltung und energetischen Sanierung für ältere Gebäudebestände.
- Verbindliche Aufnahme energetischer Standards bzgl. Wärmedämmung, effektiver Heizungssysteme und Möglichkeiten alternativer Energienutzung in der Bauleitplanung.
- Kommunale und gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften wie z. B. die GEBAG müssen konsequent Vorbildfunktionen übernehmen.

Energieeinsparung fördern

- Energieeinsparungsprogramme für alle öffentlichen Gebäude.
- Förderung rationeller und umweltfreundlicher Energieversorgung im privaten Bereich.

- Kommunale Energieberatung sowie eine intensive Verbraucher- und Umweltberatung zur Energie- und Wassereinsparung.
- Förderung von Vereinen und Initiativen, die sich für ökologische Belange einsetzen und/oder Umweltbildung betreiben.

13. Kulturpolitik für alle

Die gesellschaftlichen Verhältnisse prägen stets und überall auch die kulturellen Ausdrucksformen im Alltag, im privaten und im öffentlichen Kulturbetrieb. Kultur ist mehr als bildende Künste, Literatur, Musik, Film und Theater. Kultur ist die Summe der Gedanken und Handlungen aller Menschen. Kultur ist auch das gemeinsame Feiern, der menschliche Umgang miteinander, der Umgang mit der Natur, der Arbeit, des Kleidens, des Essens und Trinkens. Die Teilhabe am kulturellen Leben in allen Facetten, aktiven oder passiven, ist ein Grundrecht.

Klassenspaltung, Arm und Reich, Warenproduktion und am Gewinn orientiertes Wirtschaften haben nicht nur nachhaltigen Einfluss auf das Kulturschaffen und Kulturleben selbst. Sie bestimmen auch über die kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen und ihren Zugang zur Kultur.

DIE LINKE tritt entschieden für die umfassende Teilhabe aller Menschen am Kulturleben und ihren unbeschränkten Zugang zu den Kulturgütern ein. Kultur darf nicht dem marktwirtschaftlichen Prinzip untergeordnet werden, wie es der Neoliberalismus betreibt. Erste Folge ist die Verengung von Kunst und Kultur vor allem auf das, was „läuft“ und Gewinn abwirft. Die zweite Folge ist die wachsende Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung aus ökonomischen Gründen. Kulturelle Teilhabe darf kein Vorrecht, nichts ans Portemonnaie oder an den Sozialstatus gebunden sein. Keine Bevölkerungsgruppe darf aus Gründen nationalistischer oder rassistischer Überheblichkeit an ihrer kulturellen Entfaltung gehindert werden. DIE LINKE setzt sich insbesondere für die kulturellen Entwicklungs- und Zugangsmöglichkeiten der bisher benachteiligten Bevölkerungsgruppen und die „Kultur von unten“ ein.

Kulturelle Vielfalt ist ein wesentliches Element einer demokratischen und dynamischen Stadtgesellschaft. Es ist eine Tatsache, dass in Duisburg eine kulturelle Vielfalt existiert, aufgrund einer stark von Einwanderung geprägten Bevölkerung. Sie schafft Identität, fördert das wechselseitige Verständnis und bereichert das gesellschaftliche Leben.

Die kulturelle Vielfalt wird in Duisburg nicht ausreichend ausgeschöpft. Stattdessen bleibt das „Fremde“ weiterhin „fremd“ und das „Gewohnte“ wird

hervorgehoben und ausgeweitet. Dieses schafft nur eine Distanz zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Demokratische Kulturpolitik ist entscheidungstransparent

Die Vormacht von Kulturbürokraten und fragwürdigen Experten bei der Auswahl und Ressourcenverteilung im öffentlichen Kulturbetrieb, die ausufernde Kommerzialisierung und der immens wachsende Einfluss von Sponsoren, die vor allem aus Eigeninteresse spenden, verhindern die freie Kunst- und Kulturentwicklung in der Breite, aber auch ihrer Themen, Objekte, Gestaltungselemente und Entwicklungsrichtungen. Hauptnutznießer sind traditionelle Bildungseliten und Kulturschaffende mit Beziehungen.

Kommunale Kulturpolitik ist eine Querschnittsaufgabe

Alle Bereiche der Kultur und Kunst, alle Bevölkerungsgruppen einschließlich der zugewanderten sind einzubeziehen. Die dezentrale, wohnbereichsnahe Kultur im Stadtteil ist ebenso zu fördern wie die kulturellen Großeinrichtungen wie Stadttheater, Oper und Orchester; die freie Szene ebenso wie die kulturelle Bildung an den verschiedenen Schulformen, der VHS, Ausbildungseinrichtungen, außerschulischen Lernorten und in Vereinen.

All das ist nur mit einer demokratischen und nachhaltigen öffentlichen Kulturpolitik möglich. Umfassende Kulturförderung und -finanzierung ist gesellschaftliche Aufgabe und deshalb auch eine Kernaufgabe der Kommune. Sie verlangt die Bereitstellung von erheblich mehr Finanzmitteln. DIE LINKE setzt sich für einen kulturpolitischen Entwicklungsplan (Masterplan Kultur) ein, der zunächst auf 10 Jahre angelegt ist. Seine Grundlagen müssen unter breiter öffentlicher Beteiligung entwickelt und festgelegt werden.

Duisburg hat eine lange Reihe von bemerkenswerten und sogar international renommierten Kulturschaffenden, Kulturgütern (wie das Lehmbruck-Museum, den Landschaftspark Nord als Industriemuseum und vielfältigen Veranstaltungsort), Kulturinstitutionen (DOR, Philharmonie, Stadttheater) und -ereignissen (wie Akzente und Traumzeit) aufzuweisen, für die auch erhebliche öffentliche Mittel aufgewandt werden. Die ruhgebietsweite Kulturhauptstadt 2010 eröffnet bedeutende Chancen für den Ausbau des Kulturlebens. Auf der anderen Seite sind schwerwiegende Missverhältnisse und langjährige Fehlentwicklungen zu erkennen. Der Entwicklung lebendiger Stadtteilkultur, der Migrantenkultur, der freien Szene, den entsprechenden Vereinen und dezentralen jugendkulturellen Einrichtungen fließen nur relativ geringe Mittel zu. Sie finden kulturpolitisch viel zu wenig Beachtung. Wichtige öffentliche Kultur- und Bildungseinrichtungen wie Stadtteil-

bibliotheken werden finanziell ausgeblutet oder geschlossen. Freien Initiativen im Bereich von Theater, Musik, bildender Kunst oder Tanz werden kaum Probe- und Atelierräume oder sonstige Ausdrucksmöglichkeiten angeboten. Der dezentrale Zugang zu Medien wie Film, TV, Radio und Internet durch öffentliche Angebote ist gering.

Zu den Aufgaben der Kulturpolitik gehört die Bewahrung des stadtgeschichtlichen Erbes, und zwar in städtebaulicher, archivarischer, musealer und archäologischer Hinsicht. Mit dem Vorhaben, ein zentrales und angemessenes Dokumentationszentrum über die NS-Zeit in Duisburg zu schaffen, wurde ein längst überfälliger Schritt getan. Auch Duisburg muss im Interesse geschichtlicher Wahrheiten und ihrer politischen Lehren seine Erinnerungskultur pflegen. Es ist darauf zu achten, dass das Zentrum vollständig, wahrheitsgetreu und ohne Ansehen von Akteuren und Interessengruppen gestaltet wird. Es muss einen wertvollen pädagogischen Beitrag, gerade im Hinblick auf die jungen Generationen leisten.

Die Stadtarchäologie liegt nach dem Neubau des Kultur- und Stadthistorischen Museums und seines veränderten Schwerpunkts immer noch darnieder. Große Teile früherer Sammlungen und Ausgrabungen sind nicht in den Neubau aufgenommen worden. Ein bedeutender Teil noch nicht bearbeiteter Funde und Dokumentationen verfällt im Rathauskeller oder in provisorischen Lagerstätten. Der Umgang mit Bodendenkmälern oder die Erforschung von Siedlungsflächen, auf denen Bodendenkmäler vermutet werden konnten, ließ mehr als zu wünschen übrig. Nicht zuletzt auf Betreiben der Linksfraktion wurde 2007 vom Rat ein neues stadtarchäologisches Konzept verabschiedet. Dabei ist es allerdings nicht gelungen, die Zuständigkeit für die Stadtarchäologie vom Planungs- ins Kulturdezernat zu verlegen. Wir werden die begonnene Umsetzung des neuen Konzepts mit Nachdruck verfolgen, um ein dunkles Kapitel Duisburger Kulturpolitik endlich abzuschließen.

Auseinandersetzungen um den Erhalt und die Unterschutzstellung von traditionellen Siedlungen sind auch in Duisburg leider kein Ruhmesblatt für die Kommunalpolitik. Der erfolgreiche Kampf um den – teilweisen – Erhalt der Rheinpreußensiedlung in den siebziger Jahren hat bundesweite Aufmerksamkeit gefunden. Die traditionelle Siedlungsenklave Bissingheim steht nur zum Teil unter Schutz. Die Bewohner haben sich gegen das Ansinnen von Wohnungsbaugesellschaften zur Wehr setzen müssen, den Siedlungscharakter zu zerstören. Ein traditioneller Siedlungsbereich in Beeckerwerth wurde 2007 unter Schutz gestellt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass weitere, städtebaulich charakteristische und identitätsstiftende Siedlungen und Siedlungsbereiche, insbesondere ehemalige Bergarbeiter- und Eisenbahnersiedlungen, denkmalgeschützt werden. Belange des

Denkmalschutzes – wie der Stadtgestaltung generell – sind stets nur in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen anzugehen.

Das will DIE LINKE:

- Ausarbeitung und Verabschiedung eines kulturpolitischen Entwicklungsprogramms (Masterplan Kultur) unter demokratischer Beteiligung der Öffentlichkeit.
- Flächendeckender Aufbau von Kultur- und Bürgerzentren.
- Bereitstellung von mehr öffentlichen Proberäumen und Ateliers, insbesondere den Jugendlichen in den Stadtteilen.
- Erhalt und Ausbau von Stadtbibliotheken.
- Verbesserte Finanzausstattung der Bezirksvertretungen für kulturelle Aktivitäten.
- Dezentrale öffentliche Medienzentren (Internet, Film/Video, Lokalfunk usw.); Erhalt und Ausbau des Bürgerfunks.
- Bedarfsdeckender Einsatz von Kulturarbeitern und -pädagogen.
- Verpflichtende Aufnahme der in Duisburg vorhandenen Migrantenkultur in die städtischen Theater- und Konzertprogramme.
- Integration der Migrantenkultur und Migrationsgeschichte in den öffentlichen Museen.
- Für alle bezahlbare und zugängliche Kultureinrichtungen, u. a. durch Einführung des DU-Passes.
- Kostenlose Vergabe von nicht reservierten Plätzen z. B. im Stadttheater oder der Deutschen Oper am Rhein an Besucher mit DU-Pass.
- Bildung eines Kulturbeirats, der den Querschnitt des Duisburger Kulturlebens repräsentiert und der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zugänglich ist.
- Keine Privatisierung des Binnenschiffahrtsmuseums.

- Aufstockung der Zuschüsse an die Akteure der Kultur von unten.
- Mehr Stipendien für die Ausbildung von Kulturschaffenden.
- Ausbau der Kulturpädagogik und des kulturellen Angebots im Schulbereich.
- Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit und des Kulturaustauschs mit den Partnerstädten.
- Erhalt und Pflege von öffentlichen Denkmälern; Mahntafeln an Kriegsverherrlichende Denkmäler.
- Zügiger Ausbau des interkulturellen Angebots im öffentlichen Kulturbetrieb.

14. Neue Prioritäten für den Sport

Körperlich-sportliche Aktivitäten sind wesentlich für die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit. Sie sind unverzichtbar für das körperliche und seelische Wohlbefinden aller Altersgruppen. Für die jüngeren Generationen sind Sport und sportliche Wettkämpfe besonders wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung. Bewegung, Spiel und Sport werden auch immer wichtiger für die Prävention und Therapie von „Zivilisationserkrankungen“ (wie Herz-Kreislauf, Rücken- und Gelenkverschleiß, Übergewicht usw.), angesichts einseitiger beruflicher Belastungen, Umwelteinwirkungen, Fehlernährung und problematischen Freizeitverhaltens (TV, Video, Internet usw.).

Sportliche Betätigung und sportliche Wettkämpfe können darüber hinaus eine wichtige Rolle für das verständnisvolle und friedliche Zusammenleben der EinwohnerInnen unserer Stadt spielen. Sie können einen Beitrag zum Fairplay auf allen gesellschaftlichen Gebieten und zur Völkerverständigung leisten. Diese Funktion des Sports muss allerdings konzeptionell, personell und finanziell viel stärker gefördert werden. So ist es kein Zufall, dass es in Duisburg viele Vereine – vor allem im Fußball – gibt, die praktisch auf ethnischer oder landsmannschaftlicher Basis arbeiten.

Systematische Sportförderung und eine breite, gut ausgestattete Palette von Sportstätten sowie erschwingliche Vereinsbeiträge sind und bleiben für DIE LINKE eine wesentliche öffentliche Aufgabe. Dafür müssen ausreichende Finanzmittel bereitgestellt werden. Das Prinzip der „Kostendeckung“ wäre das Ende des Breitensports.

Sport ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor (Tourismus, Dienstleistungsbranchen, Sportartikel, Bauwirtschaft usw.). Die wirtschaftliche Rolle gilt es sinnvoll zu gestalten. DIE LINKE übersieht allerdings nicht, dass Sport und Sportbegeisterung vielfach pervertiert sind und missbraucht werden. Ganze Branchen machen Riesenumsätze mit Sportartikeln, die überwiegend unter menschenunwürdigen und Umwelt belastenden Bedingungen in armen Ländern hergestellt werden. Fragwürdige Höchstleistungen im Profisport, mafiaähnlicher Handel und Einsatz von Drogen, die zum bitteren Ende von Karrieren und menschlichen Wracks führen; horrenden Marktpreise für Spitzensportler und Übertragungsrechte; verlogene Produktwerbung unter Einsatz von bekannten Sportlern; Feindseligkeiten aus übertriebener Identifizierung mit Vereinen und nationalem Chauvinismus bis hin zu gewalttätigen Fanclubs und Neonazis zeigen allerdings, was auch mit Sport oder unter Berufung auf den Sport angerichtet werden kann.

Wir wollen, dass Duisburg seinen Ruf als Sportstadt festigt. Aber wir wollen die Schwerpunkte der örtlichen Sportpolitik und -förderung anders setzen. Breitensport muss klar den Vorrang haben vor Leistungs- und Spitzensport. Erst auf der Grundlage eines entwickelten Breitensports kommt dem Spitzensport Bedeutung zu, insbesondere wegen seiner motivierenden und vorbildhaften Funktion.

Der Erhalt und Ausbau von Sporteinrichtungen lässt in Duisburg seit Jahren zu wünschen übrig. Es fehlen zahlreiche Turnhallen für den Schulsport. Etliche öffentliche Bäder wurden in den letzten 10 Jahren geschlossen. Neubauten sind selten. Die Bewirtschaftung von Sportanlagen wurde an Vereine übertragen, die mit unzureichenden Zuschüssen klar kommen müssen. Örtliche Haushaltskrise und die Kürzung von Zuschüssen durch Bund und Land werden als Gründe angeführt. Mit der vom Rat beschlossenen Schaffung des finanziell vollkommen unzureichend ausgestatteten Eigenbetriebs Sport (DuisburgSport) ist eine Wende zum Besseren alles andere als gesichert. Auf der anderen Seite wurden und werden erhebliche öffentliche Mittel in den Spitzensport und in sportliche Events (wie das MSV-Stadion, die Kanumeisterschaften, Parallelkanal und World Games) gepumpt. Der Sportpark an der Wedau wird massiv ausgebaut und der Charakter des Landschaftsschutzgebiets mit großflächiger Abholzung, gesteigertem Individualverkehr, weiterer Flächenversiegelung, Klettergarten in altem Baumbestand, Hotelanlagen, einem Ausflugsrestaurant am Berta-See usw. missachtet.

DIE LINKE hat sich gegen die überzogenen Vorhaben gestellt und Alternativen vorgeschlagen, die die Landschafts- und Naturzerstörung nicht weitertreiben, die Kommerzialisierung bremsen und den öffentlichen Zugang an das Ufer des Berta-Sees (Klönnewiese) erhalten. Wir sind für intensive Sportförderung, aber nicht so, wie sie die Rathauspolitik betreibt.

DIE LINKE regt an, nach Möglichkeiten zu suchen, die allen Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren eine kostenlose Mitgliedschaft in einem Sportverein ermöglicht. Für Jugendliche über 14 Jahren und junge erwachsene Sportinteressierte muss ein künftiger DU-Pass ermäßigte Vereinsbeiträge umfassen.

Die notwendige finanzielle Unterstützung der Kommune bei der Beitragsfreiheit bzw. -ermäßigung ist im Hinblick auf die gesellschaftlich positiven Auswirkungen allemal „preiswerter“ als die Bewältigung von Drogenproblemen, Vandalismus und Jugendkriminalität. Gerade für Kinder und Jugendliche sind leicht zugängliche Bewegungsangebote – gerade auch im Freien – unverzichtbar für ihre körperliche, geistige und soziale Entwicklung. Turnhallen sollen in nutzungsfreien Zeiten für Jugendliche kostenfrei zur Verfügung stehen. Vereine, die Jugendarbeit und Breitensport fördern, sind von Steuern und Abgaben zu entlasten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass sich öffentliche Unternehmen wie die Sparkasse und die Stadtwerke vorrangig als Sponsoren des Breitensports profilieren. Die vielfältige Vereinslandschaft muss deutlich besser gefördert werden. Die Zuschussmöglichkeiten müssen von der Stadtverwaltung offensiv und rechtzeitig bekannt gemacht werden. Bei der Antragstellung ist die Hilfestellung besser zu organisieren. Qualifiziertes Vereinsmanagement ist zu fördern. Die Mittelvergabe ist an transparente und eindeutige Kriterien zu binden (v. a. interkulturelle Öffnung mit dem Ziel, Vereine auf ethnischer Basis bzw. auf Basis eines Herkunftslands zu überwinden; Umfang der Jugendarbeit; Förderung des ehrenamtlichen Engagements).

Ehrenamtliche Tätigkeit muss steuerlich und sozialversicherungsrechtlich gefördert und erleichtert werden. Sportwissenschaftliche Studiengänge sind zu erhalten und zu stärken. Ehrenamtliche Sportpädagogen und Betreuer sind zu fördern.

Wir wollen die besondere Förderung des Behindertensports. Duisburg braucht mehr und bessere Angebote für den Betroffenen-sport, aber auch für den leistungsorientierten Sport von Menschen mit Behinderungen.

Wir wollen den Ausbau von dialogorientierter bürgerschaftlicher Beteiligung in der Duisburger Sportpolitik wie den bürgerschaftlichen Beirat Sport. Diese umfasst die verschiedenen Nutzergruppen (vereinsgebundenes und nicht vereinsgebundenes Publikum sowie den Schulsport). Konflikte um Belegungszeiten von Bädern zwischen den verschiedenen Nutzergruppen können so besser gelöst werden; Anregungen und Vorschläge beim Angebot und bei der Ausgestaltung von Sporteinrichtungen können so stärker aus der Einwohnerschaft kommen; die Mobilisierung von mehr ehrenamtlichem Einsatz usw. kann sich besser entwickeln, wenn mehr und wirksame Beteiligungsangebote gemacht werden.

Das will DIE LINKE:

- Vorrang für Schul- und Breitensport.
- Gesicherte und ausreichende Zuschüsse für die Vereine, insbesondere in den Stadtteilen.
- Beitragsfreie Mitgliedschaft für bedürftige Kinder bis 14 Jahren in allen Sportvereinen.
- Altersgerechte Sportförderung von der Kindheit an bis ins Rentenalter.
- Förderung des Behindertensports.
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements.
- Soziale und familienfreundliche Eintrittspreise.
- Mindestens ein modernes Schwimmbad in jedem Stadtbezirk.
- Ausreichendes Hallenangebot für den Schulsport.
- Förderung und Konsolidierung des bürgerschaftlichen Beirats an der Seite des Eigenbetriebs DuisburgSport.
- Erhalt des von Abwicklung bedrohten Studienfachs Sportwissenschaft.

15. Öffentliche Finanzen endlich neu ordnen

Die Kommunen befinden sich – nicht nur in Duisburg – seit Langem in der Schuldenfalle. Die dauerhafte und schwere Finanznot ist zugleich ein massiver Angriff auf das Verfassungsprinzip der kommunalen Selbstverwaltung. In den vergangenen Jahren lag der durchschnittliche Anteil der Kommunen am gesamten Steueraufkommen nur noch bei rund 13 Prozent. Auf besonders niedrigem Niveau sind die Steuereinnahmen der meisten ostdeutschen Städte und Gemeinden. Im Rahmen des „Solidarpakts“ werden nach wie vor große Summen aus den westlichen in die östlichen Bundesländer transferiert. Das Finanzierungsmodell ist allerdings zu Recht in die Kritik geraten, weil viele ebenfalls hoch verschuldete Kommunen im Westen die Mittel für den Solidarpakt Kredit finanziert aufbringen müssen. Das

muss dringend geändert werden. Die Bedürftigkeit der Kommunen muss für Hilfen den Ausschlag geben und nicht die Himmelsrichtung.

DIE LINKE und ihre Bundestagsfraktion haben programmatisch und aktuell zum Abbau der hohen öffentlichen Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden immer wieder festgestellt: Notwendig ist vor allem eine stärkere Beteiligung der Reichen. Immer neue Steuergeschenke für Unternehmen und Wohlhabende und massive Dauererwerbslosigkeit führen dazu, dass Steuereinnahmen und Beiträge zu den Sozialkassen sinken.

Unsere Alternativen:

- Angemessene Besteuerung der Unternehmen, großen Erbschaften und hohe Einkommen.
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Börsenumsatzsteuer.
- Austrocknung der internationalen Steueroasen.
- Intensivere Betriebsprüfungen bei Großunternehmen und Banken.
- Bessere personelle und technische Ausstattung der Steuerfahndung.
- Bekämpfung der Umsatzsteuerhinterziehung bei Scheinfirmen als Schwerpunkt.

Die neoliberale Politik verzichtet bewusst auf Steuereinnahmen und schafft immer neue Haushaltslöcher, die sie dann als Begründung für „unvermeidliche Kürzungen“, vor allem bei den Sozialausgaben heranzieht. DIE LINKE lehnt den Abbau der öffentlichen Schulden durch Kürzung von Sozialleistungen und der Mittel für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ab. Die Zielsetzungen der LINKEN sind bei einer politischen Kurswende und veränderten politischen Prioritäten selbstverständlich finanzierbar. Sie würden viel weniger kosten, hätten einen unvergleichlich höheren und nachhaltigen gesellschaftlichen Nutzen als die verschiedenen „Rettungsschirme“ für Pleitebanken und marode Konzerne. Zu einer gründlichen Reform des staatlichen Finanzwesens gehört auch eine durchgreifende Reform der Gemeindefinanzierung zugunsten der kommunalen Ebene. Das Steueraufkommen muss zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen im Verhältnis zu den jeweiligen Aufgaben gerecht aufgeteilt werden.

Die massive Verschuldung der Kommunen in NRW lag Mitte 2007 bei einem neuen Rekordstand von 13,7 Mrd. Euro. Nicht verwunderlich, dass 197 Kommunen ihren Haushalt mit Haushaltssicherungskonzepten führen und 115 von ihnen sogar mit einem Nothaushalt arbeiten müssen, weil sie „kein Land sehen“. Das hat verheerende Auswirkungen für den Arbeitsmarkt und die örtliche Wirtschaft. Ein Ergebnis der Kommunalverschuldung besteht auch darin, dass sich viele Kommunen – mit Billigung des Finanzministeriums, der Finanzbehörden und der Kommunalaufsicht – auf abenteuerliche Spekulationsgeschäfte („Zinswetten“) und sog. Cross-Border-Leasing-Geschäfte (Scheingeschäfte zum Zweck des Steuerbetrugs durch Partnerbanken in den USA oder in Finanzoasen) eingelassen haben. Letztere wurden zwar Ende 2004 in den USA verboten, aber die bereits abgeschlossenen Verträge blieben zunächst bestehen. Infolge der schweren Finanzmarktkrise wird für CBL-Verträge und Zinswetten jetzt die Rechnung präsentiert, indem Masse, wie die einschlägigen US-Investoren und Banken zusammenbrechen. Viele Kommunen haben bereits höhere Zinsaufwände zu verkraften, indem sie neue Sicherungsbanken finden müssen. Das ganze Ausmaß ist noch nicht absehbar. Ob Duisburg dabei ist, ist derzeit noch offen. Eine Finanzanlage aus Rücklagen des städtischen DVV-Konzerns bei der Pleitebank Lehman Bros., die sich durch besonders riskante Finanzgeschäfte ausgezeichnet hat, in Höhe von 30 Mio. Euro ist ebenfalls in Gefahr.

Duisburg hat seit Mitte der neunziger Jahre keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Da die Vorschriften zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts nicht eingehalten werden können, hat Duisburg seit Jahren keinen von der Kommunalaufsicht genehmigten Haushalt mehr und unterliegt dem sog. Nothaushaltsrecht. Unsere Stadt bleibt trotz zahlreicher „Sparpakete“, einer niedrigen Investitionsquote und einer scharfen – von der Kommunalaufsicht angeordneten – Einschränkung für investive Maßnahmen und trotz vorübergehend verbesserter Steuereinnahmen durch die Konjunktur seit 2005 weiterhin hochgradig verschuldet. Die jährliche Zinslast beläuft sich inzwischen auf rd. 93 Mio. Euro. Unter Verweis auf das Nothaushaltsrecht werden immer wieder wichtige soziale Maßnahmen wie der Sozialpass mit Sozialticket, eine erhöhte Erstattung der Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-EmpfängerInnen, Zuschüsse für Schulbücher usw. abgelehnt. Andererseits scheut man sich nicht, die Mittel für Projekte, die Ratsmehrheit und Verwaltungsspitzen für wichtig halten, bei der Kommunalaufsicht durchzusetzen oder sich hohe Kosten aufzuladen wie z. B. für den Parallelkanal im Sportpark Wedau, bei dem allein die Mehrkosten fast 5 Mio. ausmachen, oder für den teuren Ankauf des Lehbruck-Nachlasses. Ende 2008 forderte die Kommunalaufsicht weitere Kürzungen von 100 Mio. Euro jährlich, um bis 2012 den jahresbezogenen Haushaltsausgleich zu erreichen. Aber selbst dann würden noch Altschulden von rd. 2,5 Mrd. Euro bestehen.

Eine wichtige kommunale Stellschraube bei den Einnahmen ist heute der Gewerbesteuerersatz. DIE LINKE hat in den zurückliegenden Jahren im Rat mehrmals vergeblich eine moderate Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes beantragt. Sie wurde regelmäßig von einer großen Mehrheit des Rates abgelehnt. Dadurch sind der Stadtkasse mehrere Dutzend Millionen Euro verloren gegangen, die zum Schuldenabbau und für soziale Zwecke hätten eingesetzt werden können.

Die Situation der Kommunen wurde zudem durch die Landespolitik bis hin zur aktuellen CDU/FDP-Koalition unter Rüttgers verschärft. NRW hat sich im Zeitraum 2006–2008 um fast 2,4 Mrd. Euro entschuldet. Die verringerte Nettoneuverschuldung des Landes wurde zulasten der Kommunen erreicht. Strukturelle Zuweisungen wurden entzogen und zusätzliche Belastungen aufgebürdet. Landesregierung und CDU/FDP-Landtagsmehrheit brechen die Landesverfassung und missachten grob das Konnexitätsprinzip. Nach diesem Prinzip darf das Land den Kommunen neue Aufgaben nur dann zuweisen, wenn die damit einhergehenden Kosten den Kommunen durch das Land erstattet werden. Zwar gibt es inzwischen ein Konnexitätsausführungsgesetz, aber dessen Vorgaben werden z. B. mit den Gesetzen zur Kommunalisierung der Aufgaben der Versorgungsämter sowie der Aufgaben nach dem veränderten Umweltrecht nicht eingehalten. Deutlich wird das auch bei der erhöhten Beteiligung der Kommunen an den Krankenhausinvestitionskosten von 20 % auf 40 %, der Reduzierung der Erstattungen für die Schülerbeförderung, massiven Kürzungen der Sachmittel für die pädagogische Arbeit sowie der Streichung der Landesmittel zum Ausgleich der Elternbeiträge in den Kinder-tagesstätten. Der besonders dreiste Versuch des Landes, die Kommunen überhöht an den Lasten für das Land NRW aus der deutschen Vereinigung zu beteiligen, konnte erst vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster gestoppt werden.

Die Kommunen werden darüber hinaus durch die Unternehmensteuerreform zusätzlich belastet, denn NRW hätte 2008 insgesamt rund 800 Mio. Euro mehr in der Landeskasse. Dadurch gehen auch den Kommunen finanzielle Mittel anteilig verloren. Auch der Bund trägt seit langer Zeit schon massiv zur Finanzkrise der Kommunen bei, indem er ihnen Verpflichtungen aufbürdet, ohne entsprechende Finanzausstattung wie z. B. bei den Kosten für Unterkunft im Rahmen von Hartz IV. Nach Aussagen des Städte- und Gemeindebunds gibt das Land NRW allein im Jahr 2008 rund 900 Mio. Euro an Steuermehreinnahmen nicht an die kommunale Ebene weiter.

Mit dem Konjunkturabschwung und der Finanzmarktkrise zeichnen sich im zweiten Halbjahr 2008 bereits erneute und starke Steuerausfälle, darunter auch der kommunalen Gewerbesteuern ab. Die Verluste treffen die Kommunen zwar unterschiedlich, aber Duisburg gehört bereits wieder zu den großen Verlierern. Die

Haushaltskrise wird sich absehbar erneut zuspitzen. Es drohen neue, umfangreiche Kürzungskataloge. Die Investitionstätigkeit droht wieder zurückzufallen mit dramatischen Auswirkungen auf Kaufkraft und Arbeitsplätze. Der Druck, noch mehr kommunales Eigentum zu privatisieren und die öffentliche Daseinsvorsorge einzuschränken, wird weiter ansteigen.

Das will DIE LINKE:

- Eine grundlegende Änderung der Staatsfinanzen zugunsten der kommunalen Ebene. Dazu gehören eine Neuaufteilung des Steueraufkommens und eine kommunale Entschuldung durch Bund und Länder. Diese sind maßgeblich für die Finanzkrise der Kommunen verantwortlich.
- Die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, ebenso wie der besonderen Funktion von Stadtteilen, Städten und Oberzentren.
- Die Beendigung der interkommunalen Konkurrenzsituation und den damit verbundenen Senkungswettbewerb bei der Gewerbesteuer, damit es in vergleichbaren Städten und Kommunen zu gleichen Gewerbesteuerhebesätzen kommt.
- Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer und jeder anderen, auf die Wirtschaftskraft bezogenen Steuerquellen (Art. 28 Abs. 2 Satz 3 GG). Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Wertschöpfungssteuer. Ihre Bemessungsbasis ist durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren deutlich zu verbreitern. Damit wird zugleich ihre hohe Konjunkturabhängigkeit eingeschränkt.
- Die Ausdehnung der Steuerpflicht auf Freiberufler, wie Ärzte, Anwälte, Architekten. Dieser Personenkreis soll die neue Besteuerung aber mit der Einkommensteuer verrechnen können. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten für Verlustvor- und -nachträge bei der Gewerbesteuer zeitlich und der Höhe nach begrenzt werden. Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an Bund und Länder wird gänzlich abgeschafft.
- Die Neuausrichtung der Grundsteuer unter verstärkter Berücksichtigung von ökologischen Erfordernissen und von Belangen der Stadtentwicklung. Dazu werden die längst veralteten Bewertungsgrundlagen (Einheitswerte) durch eine realistische, gleichmäßige Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen abgelöst.

- Die Neuordnung der Anteile des Bundes, der Länder und insbesondere der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern. Unser Ziel ist, dass gerade die finanzschwächeren Kommunen stetig und deutlich mehr Geld bekommen. Dazu soll der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöht werden.
- Strikte Einhaltung des NRW-Gesetzes zur Konnexität, sowohl bei der gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung durch die Kommunen als auch bei der Verlagerung von Aufgaben des Landes auf die Kommunen. Aufgaben dürfen nur im Einvernehmen mit der kommunalen Ebene übertragen werden. Bei der Beteiligung der Kommunen an den Lasten der deutschen Einheit müssen die Vorgaben des Gemeindefinanzreformgesetzes eingehalten werden und die Überzahlungen durch die erhöhte Gewerbesteuerumlage kurzfristig und in einem transparenten Verfahren in vollem Umfang an die Kommunen zurückgezahlt werden.
- Die Neubestimmung der Rechte der Kommunalaufsicht zum Eingriff in die kommunalen Haushalte. Die Kommunalaufsicht darf angesichts der verfassungswidrigen Schieflage der Finanzen zulasten der Kommunen nicht länger der bloße Büttel der Landesregierung zur Durchsetzung von Kürzungen sein.
- Einen kommunalen Finanzausgleich innerhalb der Länder, damit in angemessener Weise die Aufgaben Defizitfinanzierung, Erhöhung der kommunalen Investitionskraft, Herstellung von Chancengleichheit zwischen den so genannten „Leuchttürmen“ und den benachteiligten Gebieten, Ausgleich ökonomischer und sozialer Strukturprobleme sowie zwischen Stadt und Umland erfüllt werden können.
- Eine soziale Stadt für alle, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist und gegen den Umbau der öffentlichen Verwaltung zu einem Konzern.
- Gegen einen Missbrauch des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Buchführung, in der aus BürgerInnen KundInnen und aus kommunalen Versorgungsleistungen nur Produktgruppen werden, die auch noch – rein quantitativen – interkommunalen Benchmarks unterzogen werden. Vielmehr muss eine Umstellung den Kommunen auf neue Prinzipien der Haushaltsführung die Möglichkeit zum Vermögenserhalt geben, zur Lösung der konkreten Bedürfnisse vor Ort und den Einstieg in Bürger- bzw. Beteiligungshaushalte (zunächst im investiven Bereich) ermöglichen. Transparenz und die Erfüllung der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen im Vordergrund stehen.

- Die Begrenzung der Rücklagen der Stadt und der kommunalen Unternehmen auf ein sozial und wirtschaftlich angemessenes Niveau sowie die anschauliche Dokumentation des kommunalen Eigenkapitalanteils.
- Angemessene Rückstellungen für Reparaturen und die Instandhaltung des kommunalen Infrastrukturvermögens und keine rein bilanziellen Abschreibungen.
- Ein Verbot des Einsatzes von Zinsderivaten in der kommunalen Finanzwirtschaft, weil dadurch kaum abzuschätzende Risiken entstehen und eine Ablehnung der ebenfalls risikoreichen PPP/ÖPP-Modelle.

Kreisgeschäftsstelle
DIE LINKE Duisburg
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Tel.: 02 03 / 8 05 63 87

Fax: 02 03 / 8 05 63 86

kreisverband@dielinke-du.de

www.dielinke-duisburg.de